

**124. Sitzung**

**Mittwoch, den 29.08.2018**

**Erfurt, Plenarsaal**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Hennig-Wellsow, DIE LINKE	10681, 10682
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10681
Blechschmidt, DIE LINKE	10683, 10685
Geibert, CDU	10683, 10683,
	10683, 10683, 10683, 10685, 10685, 10685
Wolf, DIE LINKE	10684
Möller, AfD	10685

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Der Dürresommer in Thüringen – Liquiditätsbeihilfen für Ernteauffälle unbürokratisch prüfen und weitere Schäden zukünftig vermeiden“** 10686  
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/6007 -

Rudy, AfD	10686
Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10686
Primas, CDU	10687
Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE	10688, 10689,
	10689, 10689
Becker, SPD	10690

Dr. Sühl, Staatssekretär	10690
<b>b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Hitze und Trockenheit in Thüringen – Priorität für wirksamen Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels“</b>	10691
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags - Drucksache 6/6054 -	
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10692, 10693
Möller, AfD	10693
Mühlbauer, SPD	10694
Gruhner, CDU	10694
Harzer, DIE LINKE	10695
Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz	10696
<b>c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Aufholjagd verstärken – Für gute Arbeit in Thüringen“</b>	10699
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags - Drucksache 6/6088 -	
Leukefeld, DIE LINKE	10699
Holzapfel, CDU	10699, 10700, 10700
Lehmann, SPD	10701
Rudy, AfD	10702
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10702
Gentele, fraktionslos	10703
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	10704
<b>d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Moralischer Druck auf Thüringer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge“</b>	10707
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags - Drucksache 6/6089 -	
Herrgott, CDU	10707, 10712
Berninger, DIE LINKE	10708, 10713
Höcke, AfD	10709
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10710
Dr. Hartung, SPD	10711, 10713

Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz 10713

**e) Aktuelle Stunde auf Antrag  
der Fraktion der SPD zum Thema:  
„Nach der verhinderten  
Großveranstaltung von  
Rechtsextremistinnen und  
Rechtsextremisten in Mattstedt  
– Gemeinsames Engagement  
weiter stärken“** 10714

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/6094 -

*Aussprache*

Marx, SPD 10714  
Fiedler, CDU 10715,  
10717  
Möller, AfD 10717  
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10718  
König-Preuss, DIE LINKE 10719,  
10720,  
10720  
Maier, Minister für Inneres und Kommunales 10721

**Anwesenheit der Abgeordneten:****Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Rosin, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Prof. Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpennig, Zippel

**Fraktion DIE LINKE:**

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

**Fraktion der SPD:**

Becker, Dr. Hartung, Lehmann, Marx, Mühlbauer, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Warnecke

**Fraktion der AfD:**

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Rietschel, Rudy

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

**fraktionslos:**

Gentele, Krumpe, Reinholz

**Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:**

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Holter, Keller, Lauinger, Maier, Siegesmund, Werner

Beginn: 14.01 Uhr

**Präsident Carius:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich darf Sie zu unserer heutigen Plenarsitzung begrüßen und Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Für die Plenarsitzung hat als Schriftführer neben mir Herr Abgeordneter Schaft Platz genommen und die Redeliste wird von Frau Abgeordnete Rosin geführt.

Für die heutige Sitzung haben sich einige Kollegen entschuldigt: Herr Abgeordneter Hey, Herr Abgeordneter Helmerich, Frau Abgeordnete Annette Lehmann, Frau Abgeordnete Muhsal, Frau Ministerin Keller.

Dann habe ich eine sehr glückliche und frohe Pflicht zu erfüllen, und zwar persönlich der Abgeordneten Floßmann zur Geburt ihres Kindes sowie der Abgeordneten Henfling zur Geburt ihres Jungen und Frau Abgeordneter Muhsal zur Geburt ihres Jungen herzlich zu gratulieren.

(Beifall im Hause)

Diese Pflicht verknüpfe ich aber auch mit einem Hinweis – ich will das hier gern offen besprechen, weil es auch immer wieder Pressenachfragen gab –: Wir hatten untersucht, ob es Möglichkeiten gibt, die Kinderunterbringung von Abgeordneten oder auch Mitarbeitern landtagsnah zu organisieren. Das haben wir den Parlamentarischen Geschäftsführern alles dargestellt. Im Ergebnis haben wir uns darauf verständigt, diese Pläne nicht weiterzuverfolgen. Umgekehrt kann ich sagen, wir haben auch nicht die Mittel und, ich glaube, es wäre auch nicht angemessen, Kinderbetreuungsräume und alles Weitere in den gebotenen Qualitätsstandards hier im Landtag einzurichten. Selbstverständlich bemühen wir uns dennoch, für die Abgeordneten dafür zu sorgen, dass die betroffenen jungen Mütter ihre Kinder nahe am Plenarsaal stillen können.

Wir haben eine Prüfung veranlasst, ob sich Kinder im Plenarsaal aufhalten dürfen. Diese Prüfung und ein Beschluss des Landtagsvorstands haben ergeben, dass wir der Auffassung sind, dass Kleinkinder im Plenum nichts zu suchen haben. Ich möchte darum bitten, dass wir – auch aus Gründen des Kinderschutzes – diese Regeln beachten.

(Beifall CDU, AfD)

Bitte schön.

**Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:**

Sehr geehrter Herr Carius, ich möchte Sie bitten, diese Regelung noch mal zu überdenken, weil das Frauen, die Mütter sind, zu Abgeordneten zweiter Klasse macht und ihnen nicht gestattet, ihre parla-

mentarischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es immer noch die Mütter und Väter sind, die über das Wohl ihrer Kinder, auch in diesem Alter, zu befinden haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte Sie deshalb, diese Entscheidung zu revidieren.

**Präsident Carius:**

Frau Hennig-Wellsow, zunächst nehme ich Ihre Bitte zur Kenntnis. Gern bin ich bereit, das im nächsten Ältestenrat noch mal zu besprechen. Aber in der Zwischenzeit gilt, dass der Vorstand beschlossen hat – wer auch jeweils die Sitzung führt –, dass uns die Geschäftsordnung ganz eindeutig vorgibt, wer sich in diesem Raum aufhalten kann. Ich möchte alle Kollegen bitten, sich daran zu halten.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Alle Kolleginnen!)

Frau Rothe-Beinlich, bitte.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Werter Herr Landtagspräsident, ich möchte für unsere Kolleginnen mit Kleinstkindern darum bitten, dass sie zumindest ihre Pflicht, an Abstimmungen teilzunehmen, wahrnehmen können. Da es manchmal nicht möglich ist, ein Kind so schnell – im wahrsten Sinne des Wortes – zur Seite zu legen, muss es zumindest bei den Abstimmungen möglich sein, dass die Abgeordneten gegebenenfalls mit ihren Kindern hier im Plenarsaal anwesend sind. Darum möchten wir Sie dringlich bitten.

**Präsident Carius:**

Ich finde es jetzt mittlerweile ziemlich albern, um ehrlich zu sein.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht albern!)

In jeder Fraktion gibt es junge Mütter, die das für sich so handhaben, wie sie es für sich handhaben wollen. Es ist selbstverständlich, dass Sie zwischen den Fraktionen auch darüber Einmütigkeit erreichen können, im Rahmen eines Pairings genau auf diese Punkte zu reagieren. Ich würde Sie einfach darum bitten, dass ich hier die Geschäftsordnung des Landtages auszulegen habe, auch die Hausordnung dieses Hauses, dass wir für uns festgestellt haben, auch nach einer intensiven Prüfung durch die Landtagsverwaltung, dass es dem Kindeswohl abträglich ist und im Übrigen auch der Geschäftsordnung nicht entspricht.

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt hinweisen. Wir haben auch einige ältere Kollegen, deren

**(Präsident Carius)**

Anverwandte in einem nicht guten gesundheitlichen Zustand sind. Wenn die nun auch auf die Idee kämen, dass sie diese mit in den Landtag bringen müssten, müsste ich dem auch Rechnung tragen. Deswegen möchte ich Sie jetzt einfach bitten, Frau Abgeordnete Henfling, den Sitzungssaal zu verlassen. Für den Fall ...

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Sie ist Abgeordnete dieses Landtags, Herr Carius!)

Sie kann doch gern wieder hereinkommen.

Solange das jetzt nicht geschieht, unterbreche ich die Sitzung.

(Beifall CDU)

Wir können mit der Sitzung fortfahren. Frau Hennig-Wellsow hat sich gemeldet.

**Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:**

Ich beantrage für die Fraktion Die Linke eine Sitzung des Ältestenrats, damit wir jetzt klären können, ob eine Abgeordnete verwiesen werden kann oder nicht.

**Präsident Carius:**

Dann machen wir das. Ich unterbreche die Sitzung und bitte den Ältestenrat, in 5 Minuten zusammenzutreten.

Ich darf mit der Sitzung fortsetzen. Ich darf Sie kurz darüber informieren, dass wir unsere unterschiedlichen Standpunkte zu den Möglichkeiten der Geschäftsordnung im Ältestenrat ausgetauscht haben, dass ich nach wie vor der Meinung bin, dass für den Fall, dass die Mehrheit dieses Hauses der Meinung sei, dass es für Kleinkinder eine Zulassung, sich aufzuhalten, geben müsse, dass man dies in der Geschäftsordnung regeln solle. Ich persönlich würde allerdings auch eher davon abraten und lieber zu dem Instrument greifen, welches wir im Übrigen auch kennen und haben, dass nämlich, falls ein Abgeordneter der jeweiligen Mehrheit aus persönlichen Gründen verhindert ist, ein Abgeordneter der Minderheit auf sein Recht der Abstimmung verzichtet. Dieses Angebot ist auch tatsächlich unterbreitet worden von der Abgeordneten Tasch, der ich dafür noch ganz herzlich danken möchte.

(Beifall CDU)

Ich schließe nicht aus, dass wir uns mit diesem Thema in den nächsten Wochen und Monaten erneut beschäftigen, vielleicht, wenn wir über die Geschäftsordnung reden.

Ich möchte Ihnen jetzt für diese Sitzung und für die Folgesitzungen, in denen ich präsidieren, mitteilen, wie ich es handhaben werde: Nach der Geschäftsordnung ist in § 17 vorgesehen, wer sich im Land-

tag aufhalten darf. Ausnahmen sind – wenn – nur durch den Sitzungsleiter vorgesehen und beschränken sich selbstverständlich nur auf solche, die die Sitzung nicht beeinträchtigen können. Aus dieser Erwägung, der Lautstärke, der Helligkeit dieses Raums, also auch aus Kinderschutzberätungen, würde ich persönlich jedem Abgeordneten dringend empfehlen, sich für die Betreuung seines Kindes im Fall einer Abstimmung oder Beratung hier im Haus und der Notwendigkeit seiner Teilnahme an der Sitzung um eine Betreuungsperson zu kümmern oder vom besprochenen Pairing Gebrauch zu machen. Andernfalls würde ich die Sitzung jeweils unterbrechen.

(Beifall CDU, AfD)

Wir sind damit aber noch nicht in der Sitzung, sondern tatsächlich zunächst noch bei den allgemeinen Hinweisen. Ich darf allgemein darauf hinweisen, dass gegen 19.00 Uhr der parlamentarische Abend der Thüringer Heilberufe beginnen wird, der gewiss genügend Gesprächsstoff für die Abgeordneten bietet.

Ich darf darauf hinweisen, dass der Ältestenrat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung für Frau Lily Meyer von „MDR Aktuell“ und für Frau Laura Gieß von „Wartburg-Radio“ Dauerarbeitsgenehmigungen für Bild- und Tonaufnahmen im Plenarsaal erteilt hat. Aufgrund der Eilbedürftigkeit habe ich für Herrn Jens Kalaene, Fotoagentur Zentralbild, für diese Plenarsitzung eine außerordentliche Akkreditierung für Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteilt.

Die Fraktionen waren im Ältestenrat übereingekommen, Tagesordnungspunkt 7 am Donnerstag als ersten Punkt aufzurufen.

Der Alternativantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 6/5763 zu TOP 11 wurde in einer Neufassung verteilt.

Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 1 hat die Drucksachennummer 6/6075.

Da Tagesordnungspunkt 9 im zuständigen Ausschuss noch nicht abschließend beraten wurde, wird dieser Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Tagesordnungspunkt 15 wird ein Alternativantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 6/6109 verteilt.

Für die Kleinen Anfragen 3151 und 3101 sind inzwischen die Antworten der Landesregierung eingegangen. Die mündliche Beantwortung hat sich damit erübrigt.

Zur Fragestunde unter TOP 20 kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu: in den Drucksachen 6/6067, 6/6069, 6/6073, 6/6074, 6/6076, 6/6077 und 6/6090 bis 6/6093.

**(Präsident Carius)**

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu dem Tagesordnungspunkt 17 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Wünsche zur Tagesordnung? Das ist der Fall. Herr Blechschmidt.

**Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:**

Danke, Herr Präsident. Namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich, das „Thüringer Standortegezet“ im Tagesordnungspunkt 3 – Drucksache 6/6039 – an diesen Plenartagen in erster und zweiter Beratung zu behandeln, am Donnerstag die erste und am Freitag die zweite Beratung.

Darüber hinaus, da wir es versäumt hatten im Ältestenrat, TOP 18, die Wahl, zu platzieren, würde ich für das bisherige Prozedere plädieren, diesen Punkt am Donnerstag nach der Fragestunde aufzurufen.

**Präsident Carius:**

Gut, dann stimmen wir darüber ab. Also zunächst TOP 3 in erster und zweiter Beratung, also heute und am Freitag aufzurufen – Oder? –,

(Zuruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Donnerstag und Freitag!)

Donnerstag und Freitag: Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen und der fraktionslosen Kollegen. Danke schön. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides sehe ich nicht, damit einstimmig. Das handhaben wir dann so und ordnen ihn entsprechend ein.

TOP 18 so zu platzieren, dass wir nach der Fragestunde am Donnerstag die Wahl durchführen: Da sehe ich auch keine Gegenstimme, muss also auch darüber nicht abstimmen.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung? Herr Abgeordneter Geibert.

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Herr Präsident, wir widersprechen der Tagesordnung insoweit, als Tagesordnungspunkt 16 aus der vorläufigen Tagesordnung auf die endgültige Tagesordnung aufgenommen werden soll.

**Präsident Carius:**

Das ist der Antrag „Vorlage eines Zwischenberichts durch den Untersuchungsausschuss 6/3“. Stimmen wir über diesen Widerspruch ab. Wer sich dem Widerspruch anschließt und damit diesen Tagesordnungspunkt ...

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Kann der Widerspruch noch begründet werden?)

Wer sich diesem Widerspruch anschließt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion. Gegenstimmen? Das ist eine Mehrheit dagegen. Somit würde dieser Widerspruch gegenstandslos und der Tagesordnungspunkt bliebe auf der Tagesordnung.

Weitere Wünsche? Herr Geibert? Herr Möller? Das ist nicht der Fall. Dann sind wir damit fertig und wir steigen in die Tagesordnung ein. – Herr Geibert, doch? Entschuldigung!

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Sie haben die Tagesordnung ja damit dann festgestellt,

**Präsident Carius:**

Ja. Dann stelle ich die Tagesordnung so fest und dieser TOP bleibt auf der Tagesordnung.

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

was es nach § 21 Abs. 3 ja bedurft hätte, und jetzt würde ich nach § 22 Abs. 1 Nr. 4 der Geschäftsordnung des Landtags die Absetzung des Tagesordnungspunkts 16 von der Tagesordnung beantragen.

**Präsident Carius:**

Gut. Dann stelle ich diesen Antrag zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion und einzelne Stimmen ... Geschäftsordnungsantrag, noch mal?

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Also vom Prozedere käme jetzt die Begründung des Antrags und die Gegenrede, soweit eine Gegenrede gewünscht wäre.

**Präsident Carius:**

Mir war jetzt nicht klar, dass Sie das noch extra begründen wollen. Wenn Sie davon Gebrauch machen möchten, Herr Geibert, dann gebe ich Ihnen gern das Wort. Das können Sie von hier vorn machen.

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen, davon mache ich gern Gebrauch, das auch zu begründen.

Nach § 28 Abs. 5 Untersuchungsausschussgesetz besteht die Möglichkeit, dass der Landtag jederzeit einen Bericht zum Stand des Verfahrens in einem Untersuchungsausschuss verlangen kann. Dieses Recht gilt jedoch nicht unbegrenzt. Es gilt insbeson-

**(Abg. Geibert)**

dere dann nicht – da der Untersuchungsausschuss eine Minderheitenenquete darstellt –, wenn damit die Minderheitenrechte verletzt werden. Das ist vorliegend der Fall. Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 16 sieht vor, dass ein Zwischenbericht zum Untersuchungsausschuss „Lauinger“ erstellt wird mit der Frist ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie heißt der?)

Ich glaube, Sie hatten damals großen Wert darauf gelegt, dass es in Bezug auf diesen Ausschuss „Amtsmissbrauch“ heißt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Möglicher!)

„Möglicher Amtsmissbrauch“.

(Beifall CDU)

Wir haben bereits Feststellungen dergestalt getroffen, dass man auf das „möglicher“ auch verzichten kann.

Wenn der Zwischenbericht jetzt zum Datum 31.03.2019 gefordert wird, bedeutet das, dass damit die Rechte der Minderheit im Hinblick auf Ermittlungen, Befragungen und Zeugen allein schon durch die Erstellung des Zwischenberichts in massiver Form beeinträchtigt werden. Wir haben gestern erst wieder erlebt, dass verhindert wurde, dass Zeugenaussagen gemacht werden konnten, umfänglich gemacht werden konnten. Wir haben in den Monaten zuvor erlebt, dass Aktenvorlagen nur schleppend erfolgten, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses massiv behindert wird.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das gehört wohl kaum noch zur Begründung!)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unhaltbar!)

Nein, das ist nicht unhaltbar, das können Sie nachvollziehen, wenn Sie sich die Daten anschauen, wann die Akten vorgelegt wurden. Das ist relativ einfach.

(Beifall CDU)

Das hat in der Summe etwa ein Jahr gedauert, bis alle Akten da waren. Als alle Akten da waren und man sie lesen konnte, hat es dazu geführt, dass man Widersprüche feststellen konnte,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das gehört aber schon zur Debatte, nicht mehr zur Begründung!)

die schlussendlich auch in einer Demission einer Ministerin gemündet haben. Also von daher sieht man schon, dass es nicht haltlos ist, um was es hierbei geht. Es geht darum, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses auch mit dem Zwischenbericht erschwert und behindert werden soll.

Deshalb widersprechen wir der Aufnahme auf die Tagesordnung. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Carius:**

Danke schön, Herr Geibert. Es gibt den Bedarf zur Gegenrede. Bitte schön, dann haben Sie das Wort, Herr Wolf.

**Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:**

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hier geht es also um die Frage, Skandalisierung oder Aufklärung. Was wir zwei Jahre lang erlebt haben, ist, dass die Öffentlichkeit über die CDU nicht aufgeklärt worden ist, sondern dass über Pressemitteilungen oder Pressegespräche skandalisiert wurde oder dies versucht worden ist. Hier auch noch mal der korrekte Name des Untersuchungsausschusses: „Möglicher Amtsmissbrauch“, Herr Geibert.

Zu dem von Ihnen zitierten Paragraphen – ich lese ihn gern mal vor –: „Der Landtag kann während der Untersuchung jederzeit vom Untersuchungsausschuss einen Bericht über den Stand des Verfahrens verlangen.“ Genau das haben wir vor. Wenn Sie darauf abzielen, dass irgendetwas verschleppt worden ist: Auf der Grundlage Ihres Antrags, Vorlage UA 6/3-24, wurden 40 Zeugen, die Sie benannt haben, gehört. Zwei Drittel davon waren völlig unbrauchbar, konnten keine Aussagen machen. Das hält natürlich auf, das hat uns anderthalb Jahre an der Aufklärungsarbeit gehindert. Jetzt hier zu sagen, dass das an dem Untersuchungsausschuss oder ganz und gar der Landesregierung gelegen hat, ist wirklich hanebüchen.

Letzte Bemerkung: Wir sind derzeit an einem Stand, dass wir in die Aufklärungsarbeit gehen. Etwa ein Drittel des Einsetzungsbeschlusses ist abgearbeitet. Sie können es nicht wissen, weil Sie nicht mehr da sind, Herr Geibert. Ihr Kollege Emde arbeitet sich im Moment ein, wie wir wissen. Er stellt Fragen, die wir schon längst abgearbeitet haben, immer wieder neu. Wir haben das Interesse, mit diesem Zwischenbericht, mit dem Sachstandsbericht die Öffentlichkeit zu informieren. Dass ein öffentliches Interesse da ist, das erleben wir immer wieder, aber auf Grundlage der Arbeit des Untersuchungsausschusses und nicht auf Grundlage der Wahrnehmung einzelner, die bei einer öffentlichen Sitzung tatsächlich anwesend sind. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Damit haben wir der Möglichkeit von Rede und Gegenrede zum Antrag Rechnung getragen. Bean-

**(Präsident Carius)**

tragt wurde, TOP 16 von der Tagesordnung abzusetzen. Ich möchte das jetzt zur Abstimmung stellen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion. Wer dagegen ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen. Enthaltungen von den fraktionslosen Kollegen und der AfD-Fraktion. Damit mit Mehrheit abgelehnt. Herr Geibert.

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Herr Präsident, wir beantragen nach § 121 der Geschäftsordnung und in analoger Anwendung zu § 2 Abs. 3 Untersuchungsausschussgesetz die Einberufung des Justizausschusses, um über diese Verfahrensfrage zu befinden.

**Präsident Carius:**

Gut. Der Justizausschuss wird sich in 5 Minuten im Raum 202 treffen. Die Sitzung ist damit unterbrochen. Vielen Dank.

Wir haben wir ein Ergebnis aus dem Justizausschuss. Dort ist mehrheitlich beschlossen worden – wenn ich gerade richtig informiert wurde –, dass der Antrag der CDU-Fraktion, den Justizausschuss mit dieser Frage zu befassen, als unzulässige Befassung des Justizausschusses bewertet wurde bzw. dass beschlossen wurde, dass das unzulässig ist – so herum war es. Herr Geibert, gibt es noch einen weiteren Wunsch zum ...

(Zwischenruf aus dem Hause)

Der Vorsitzende hat es mir berichtet und ich habe das Ergebnis versucht, so wiederzugeben, wie es mir mitgeteilt wurde.

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Da wäre es natürlich hilfreich, die Begründung dazu zu erfahren, warum denn beide Anträge, die gestellt wurden, also § 121 Abs. 2 der Geschäftsordnung und § 2 Abs. 3 Untersuchungsausschussgesetz, unzulässig sein sollten, damit die Möglichkeit besteht, gegebenenfalls die Sache im Ältestenrat zu erörtern oder aber es überprüfen zu lassen.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE)

**Präsident Carius:**

Also, jetzt frage ich zunächst mal den Vorsitzenden des Justizausschusses, ob er bereit wäre, uns diese Begründung, die der Ausschuss dafür hatte, vorzutragen. Herr Möller.

**Abgeordneter Möller, AfD:**

Also ganz kurz gesagt: Es ging hier um keine formelle Frage der Geschäftsordnung, sondern um eine materielle Rechtsfrage, und über die hat der Justizausschuss nicht zu entscheiden. Das war die Mehrheitsmeinung im Justizausschuss.

**Präsident Carius:**

Herr Geibert, ist Ihnen das Antwort genug

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Da müssen wir den Ältestenrat befassen!)

und liefert das die Möglichkeit, dass Sie uns in die Sitzung einsteigen lassen oder den Ältestenrat zusammenerufen lassen wollen?

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Also die Begründung – das würde ich schlichtweg hier dann auch fürs Protokoll festhalten – trägt die Entscheidung nicht, denn sie hebt eindeutig nicht auf § 2 Abs. 3 Untersuchungsausschussgesetz ab. Dort ist das ja eindeutig geregelt. In Anbetracht der Tatsache, dass uns heute schon mal eine Frage nachhaltig im Ältestenrat beschäftigt hat, die uns Zeit gekostet hat, obwohl die Entscheidung durch die Sitzungsleitung schon herbeigeführt war und diese Zeit einsparbar gewesen wäre, verzichten wir auf eine erneute Einberufung des Ältestenrats.

(Beifall AfD)

**Präsident Carius:**

Herr Blechschmidt, wollen Sie jetzt eigens eine Ältestenratssitzung einberufen? Nein?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Nein, er wollte!)

Nein, Herr Geibert hat nur eine Begründung geliefert, warum er jetzt darauf verzichtet. Bitte schön, Herr Blechschmidt.

**Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:**

Da ich – Entschuldigung – im Gegenteil zum Kollegen Geibert in der Sitzung dabei gewesen bin. Es ging auch um den UA, § 2 Abs. 3. Dort kann eine Überweisung nach Auffassung des Justizausschusses nur dann erfolgen, wenn der Antrag materiell einen Wert hat. Den hat er noch nicht, sondern er ist ja hier noch zur Abstimmung. Der kann ja auch durchfallen. Dann haben wir etwas überwiesen, was gar nicht abgestimmt ist. Sie können – um Ihnen einen Tipp zu geben – gegebenenfalls, wenn er beschlossen ist, im Ausschuss wieder „zucken“.

**Präsident Carius:**

Ich denke, damit haben wir hinreichend Klarheit. Gut wäre vielleicht für das nächste Mal, dass wir

**(Präsident Carius)**

vom Justizausschussvorsitzenden den Beschlusstext, der ja zunächst verfasst wird, und eine kurze Begründung erhalten, dann ersparen wir uns diese Debatten. Das ist aber keine Kritik an Ihnen, sondern das geht natürlich auch an die Landtagsverwaltung, damit wir das im Verfahren besser handhaben können.

Gibt es weitere Wünsche zur Tagesordnung? Das ist jetzt nach anderthalb Stunden nicht mehr der Fall, sodass wir nun eintreten können in die Tagesordnung.

Ich darf aufrufen **Tagesordnungspunkt 21**, die Aktuelle Stunde. Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde eingereicht. Zu den Redezeiten ist Ihnen alles bekannt. Ich eröffne den **ersten Teil** der Aktuellen Stunde.

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Der Dürresommer in Thüringen – Liquiditätsbeihilfen für Ernteauffälle unbürokratisch prüfen und weitere Schäden zukünftig vermeiden“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/6007 -

Abgeordneter Rudy hat zunächst für die AfD-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Rudy, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste auf der Tribüne und im Netz, wie der große Staatsmann Bismarck bereits richtig feststellte, ist der Verfall der Landwirtschaft eine der größten Gefahren für unseren staatlichen Verband. Ohne den ständigen harten Einsatz der Landwirte für unser tägliches Brot, würden wir wohl alle hier ziemlich alt aussehen. Allein dies ist schon Grund genug, sich um unsere Bauern zu kümmern und ihnen in Zeiten der Not unter die Arme zu greifen. Wie dies bereits durch die Bundesministerin bestätigt wurde, handelt es sich bei dem diesjährigen heißen Sommer unzweifelhaft um ein Schadensereignis nationalen Ausmaßes. Dass Thüringen aber, wie es die Landesregierung bisher suggeriert hat, gerade noch so mit einem blauen Auge davongekommen ist, kann man keinesfalls sagen, nicht bei einer bisher geschätzten Gesamtschadenshöhe von 88 Millionen Euro und 260 in ihrer Existenz bedrohten Betrieben. Allein diese Betriebe haben bisher einen Schaden von über 30 Millionen Euro erlitten. Hier hat die Landesregierung also gnadenlos beschönigt, auch, um ihre eigenen Versäumnisse zu überdecken. Denn wer im Vorfeld zwar immer von einem angeblichen Klimawandel fabuliert, aber dann die ent-

sprechenden Haushaltsstellen für Zuschüsse zur Bewältigung von Schäden durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse auf null setzt, handelt nicht vorausschauend oder verantwortungsbewusst.

(Beifall AfD)

Er handelt blauäugig und grob fahrlässig. Da hilft es auch nicht, erst 2 Millionen Euro zu versprechen und dann später 7,5 Millionen Euro in Aussicht zu stellen. Auch mit Bundeszuschüssen sind das immer noch Tropfen auf heiße Steine, wobei abzuwarten ist, wie viel von diesen Zuschüssen überhaupt bei den betroffenen Landwirten ankommen wird, wenn sich diese durch Anträge und Formulare gekämpft und im zu erwartenden bürokratischen Dschungel Nerven gelassen haben. Aber schließlich sind die Thüringer Landwirte auch nur die Menschen, die unsere Nahrungsmittelversorgung sicherstellen, und keine ideologischen Hätschelkinder der Landesregierung – wie der Wolf, für den gern mal 13 Millionen Euro Steuergelder eingeplant werden, oder die gescheiterte, völlig unnötige Gebietsreform mit ihren 240 Millionen Euro Kosten.

(Beifall CDU, AfD)

Da wäre es natürlich zu viel verlangt, eine entsprechende finanzielle Vorsorge zu betreiben, um die Landwirte abzusichern. Stattdessen lässt man sich lieber Gängeleien wie Bearbeitungsverbote von 10 Meter breiten Gewässerrandstreifen oder eine viel zu hohe Grunderwerbsteuer einfallen, um ihnen das Leben noch schwerer zu machen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, den jetzt von den Ernteauffällen betroffenen Bauern schnell und unbürokratisch zu helfen, diese Hilfe massiv aufzustoßen und sich nicht hinter künstlichen formalistischen Hürden zu verstecken. Schließlich geht es bei den in ihrer Existenz bedrohten Betrieben um jeden einzelnen Tag. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsident Carius:**

Vielen Dank. Als Nächster hat Abgeordneter Müller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Er hat eine grüne Hose an, das sagt schon was!)

**Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher, werte Kolleginnen und Kollegen, auf den Regen warten wir noch immer, kühler geworden ist es auch noch nicht wirklich. Das heißt, der dürre Sommer ist zumindest von der Warte noch immer nicht zu Ende. Wetterbedingte Ernteauffälle hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben und sie wird es – da braucht man

**(Abg. Müller)**

kein Prophet zu sein – auch in der Zukunft weiterhin geben. Je nachdem, wie groß die Ausfälle im Einzelnen sind, können tatsächlich einzelne Betriebe damit auch an den Rand der Existenzgefährdung kommen.

Die bisher aus Thüringen vorliegenden Zahlen zeigen ein recht heterogenes Bild. Ein Blick in die Pressemitteilung des Thüringer Landesamts für Statistik zeigt das relativ deutlich.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: In welchem Land leben Sie denn?)

Da heißt es unter anderem: überdurchschnittliche Spargelernte, unterdurchschnittliche Getreide- und Rapserte, aber auch überdurchschnittliche Obst-ernte. Das heißt, dass die Bedürftigkeit nicht grundsätzlicher Art zu sein scheint. Von daher ist jeder Betrieb, der Hilfe beantragt, sorgfältig zu prüfen. Eine Vergabe von Steuergeldern nach dem Prinzip „Gießkanne“ lehnen wir als Bündnis 90/Die Grünen entschieden ab.

Die Landesregierung hat frühzeitig mit einer Umfrage bei den Betrieben begonnen, um eine auswertbare Datenbasis zu erhalten. Diese liegt mittlerweile vor. Auch der Bund hat reagiert. Die Landesregierung hat im Endeffekt einen Vorschlag unterbreitet, auf dessen Basis entsprechende Mittel ausgereicht werden sollen. Wir reden hier von einem Betrag von rund 7,5 Millionen Euro, die das Land Thüringen zusätzlich zu den Bundesmitteln als direkte Hilfe zur Verfügung stellt.

Voraussetzung für diese Entschädigung ist, dass der Antragstellende zumindest einen Ernteverlust von 30 Prozent unter der durchschnittlichen Jahreserzeugung haben muss und dass dieser tatsächlich existenzbedrohend ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, wieder einmal – es ist ja nicht das erste Mal – ruft der Bauernverband – in diesem Fall ist es der Bundesverband – nach Milliardenhilfen. Bitte verstehen Sie mich an der Stelle nicht falsch. Unsere Landwirte und Landwirtinnen werden in begründeten Fällen auch die erforderlichen Hilfen erhalten. Ich frage mich allerdings, warum es immer wieder Wirtschaftsbetriebe gibt – und zu diesen zähle ich Agrarbetriebe genauso wie einen Handwerksbetrieb, ein Ingenieurbüro oder einen Automobilzulieferer –, die es nicht schaffen oder vielleicht auch nicht wollen, aus eigenem Interesse heraus eigene Vorsorge in Zeiten zu schaffen, wo die Ertragslage besser ist als vielleicht nur der Durchschnitt. Von allen anderen erwarten wir das. Ich ganz persönlich erwarte das auch von dem Sektor Landwirtschaft.

Wetterbedingte Ertragschwankungen sind wahrlich keine Seltenheit. Der schnelle Ruf nach Steuermitteln in einem Wirtschaftssektor, in dem rund 70 Prozent der Gewinne aus Transferleistungen bestehen, in dem Bereich erwarte ich von den Ge-

schäftsführungen, dass sie besondere Sorgfalt walten lassen, wenn es darum geht, Vorsorge zu betreiben, und nicht immer darauf zu hoffen, dass der Steuerzahler einspringt.

Die Steuerzahler sind in diesem Fall wirklich keine Vollkaskoversicherung für die Landwirtschaft. Nothilfen dürfen beileibe nicht zum Dauerzustand werden. Wir brauchen an dieser Stelle eine Agrarpolitik, die auf klimatische Veränderungen reagiert und unsere Landwirtschaft tatsächlich auch krisenfester macht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehören unter anderem Pflanzensorten, die resistenter gegen Dürren sind oder auch mit stark wechselnden Wetterverhältnissen klarkämen. Dazu kann aber auch der Aufbau einer geeigneten Bewässerungstechnik gehören. Wenn man sich in Thüringen und gerade im Thüringer Becken umguckt, sieht man einzelne Betriebe, die hier schon seit Jahren aktiv sind und sich auch im Bereich des Klimawandels umstellen.

Das, was wir in den vergangenen Wochen erleben mussten, werden wir mit Sicherheit in der Zukunft immer häufiger erleben. Es sind die Folgen des Klimawandels.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der AfD, mit einem Hinweis auf Ihre Klimaleugner in Ihren Kreisen und Reihen: Leugnen Sie es weiterhin, Sie sind von der Realität längst überholt worden! Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Was ist denn Klima, Herr Kollege?)

**Präsident Carius:**

Herr Abgeordneter Primas hat das Wort für die Fraktion der CDU.

**Abgeordneter Primas, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein ungeheuer wichtiges Thema, in der Aktuellen Stunde kaum zu bewältigen – das sage ich mal dazu. Wir müssen natürlich auch versuchen, nicht noch aus der Not der Landwirte, die zweifelsfrei da ist, hier und da politisch Honig saugen zu wollen. Das bringt nun wahrhaftig nichts.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft ist wie keine zweite Branche dem Wetter ausgesetzt. Aufgrund der Trockenheit gibt es in diesem Jahr in vielen Regionen wirklich massive Ernteaufschläge. Ernteaufschläge von bis zu 50 Prozent sind nicht selten. Vielerorts wird sogar das Futter für die Tiere knapp. Es handelt sich nicht um normale Ernte-

**(Abg. Primas)**

schwankungen, sondern um teilweise dramatische Einbußen. Die Einbußen fallen allerdings regional unterschiedlich aus. Von der Dürre sind besonders Betriebe im Altenburger Land, Nordhausen, Kyffhäuserkreis, Sömmerda, Weimarer Land und Wartburgkreis betroffen.

Meine Damen und Herren, die Liquidität vieler Betriebe hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert; die Investitionsbereitschaft ist entsprechend zurückgegangen. Das kann sich auf die Sicherheit von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft oder die Modernisierung von Ställen auswirken, die aus Gründen des Tierwohls erforderlich sind. Viele Tierhalter stehen vor der Frage, wie viele Tiere sie noch ernähren können.

Meine Damen und Herren, wichtig ist, dass wir trotz der angespannten Situation alle besonnen und vorausschauend handeln. Sorgfalt muss vor Aktionismus gehen, damit die Hilfe die Richtigen erreicht. Das sind aus unserer Sicht diejenigen, die durch die Dürre in wirtschaftliche Not geraten sind und die unsere Hilfe dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, genau für diese Besonnenheit und gleichzeitig Entschlossenheit bin ich den Landwirtschaftsministern dankbar. Sie haben mit den Vorschlägen zum Bund-Länder-Programm für existenzgefährdete Landwirtschaftsbetriebe gut und richtig entschieden. Nun kommt es darauf an, dass die Hilfgelder schnell an die akut betroffenen Thüringer Landwirte ausgezahlt werden können. Klar ist aber auch: Es darf und wird keine Verteilung der Gelder mit der Gießkanne geben. Über Hilfsmaßnahmen für von Dürre geschädigte Landwirte muss nun in Abhängigkeit von der betrieblichen Betroffenheit und Bedürftigkeit sowie nach nachvollziehbaren Kriterien entschieden werden. Die Landesregierung muss jetzt die Voraussetzungen schaffen, um die Dürre-Liquiditätshilfen an akut betroffene Landwirte auszuzahlen. Wichtig ist für die betroffenen Betriebe, schnellstmöglich Klarheit über die mögliche Unterstützung zu erhalten.

Mit entsprechenden Forderungen zur Unterstützung der Landwirte hatte meine Fraktion bereits vor zwei Wochen ihre Sommerklausur in Sondershausen beendet. Über die Forderung nach Liquiditätshilfen hinaus haben wir uns hinter eine Forderung des Bauernverbandes gestellt, um für die Absicherung extremer Wetterrisiken künftig steuerfrei – und das ist der Hintergrund – Risikoausgleichsrücklagen bilden zu können, Herr Müller.

(Beifall DIE LINKE)

Die Lösung dafür wäre die Einführung einer solchen – wir nennen sie mal – „Klimarücklage“. Die Idee: Landwirtschaftliche Betriebe sparen einen Teil ihrer Gewinne an, auf die keine Steuern entrichtet werden müssen. Erforderlich wäre aber eine echte Zweckbindung für die Liquiditätshilfe zur Krisenvor-

sorge. So könnte in guten Zeiten eigenverantwortlich für schlechte Zeiten vorgesorgt werden, denn, meine Damen und Herren, unsere Landwirte wollen keine Hilfsempfänger sein, wie es immer dargestellt wird. Bauer zu sein, das ist kein Beruf wie jeder andere. Die Landwirte sorgen für unsere täglichen Mittel zum Leben. Deshalb sehen wir als CDU-Fraktion die gesamte Gesellschaft in der Verantwortung. Von der Thüringer Landesregierung erwarten wir, die Auszahlung der EU-Direktzahlungen an die Betriebe vorzuziehen. Das ist wohl auch im Gange. Es wird gelingen, die diesjährigen EU-Direktzahlungen zum frühestmöglichen Zeitraum auszuzahlen. Für die Sicherung der Liquidität der Unternehmen ist das ungeheuer wichtig. Die Landesregierung soll zudem prüfen, wie mittel- und langfristig die Wasserversorgung zu Bewässerungszwecken sichergestellt werden kann. Dazu soll die Landesregierung entsprechende Investitionen fördern. Wir brauchen dazu ein Investitionsprogramm für die Bewässerung. Es gibt da noch viele andere Forderungen, die man auch mal noch im Ausschuss diskutieren kann, aber das ist leider in einer Aktuellen Stunde nicht möglich. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Präsident Carius:**

Danke schön, Herr Abgeordneter Primas. Als Nächste hat Abgeordnete Scheringer-Wright für die Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Sommer zeigt, der Klimawandel ist in vollem Gang. Die Ausprägungen sind so, wie es die Wissenschaftler schon vor zehn Jahren für Thüringen und Deutschland vorausgesagt haben. Dieses Jahr hat das gravierende Auswirkungen auf die Erträge in der Landwirtschaft, wie die Ernteschätzungen zeigen. Es gab auch in Thüringen massive Einbußen für die betroffenen Betriebe. Die vorläufige Auswertung der Befragungen unseres Landwirtschaftsministeriums ergab, dass mindestens 260 Betriebe existenzgefährdet sind. Diese Betriebe haben durch die Dürre einen Gesamtschaden von 30 Millionen Euro erlitten. Der Gesamtschaden der Dürre in Thüringen insgesamt beläuft sich auf mindestens 88 Millionen Euro. Im Zuge der Auswertung der Dürreschäden auf Bundesebene wurde von der Bundeslandwirtschaftsministerin zugesagt, dass für die existenzgefährdeten Betriebe 50 Prozent der finanziellen Auswirkungen der Ernteeinbußen als Zuschuss abgefangen werden. Dieser Zuschuss soll zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern getragen werden. Ministerin Keller hat schon angekündigt, dass dies in Thüringen umgesetzt

**(Abg. Dr. Scheringer-Wright)**

wird. Am 11. September wird sich das Kabinett damit befassen. 7,5 Millionen Euro müssen eingeplant werden.

Bislang ist mir noch unklar, ob diese Zuschüsse gleichmäßig auf alle Betriebe verteilt werden oder wie das gemacht wird. Wenn die Entscheidung im Kabinett gefallen ist, muss umgehend die Auszahlung erfolgen, um den Betrieben wenigstens ein bisschen Liquidität zu sichern. Besonders hart trifft es viehhaltende Betriebe. Auch da wird es schwierig oder extra teuer, Futter zu kaufen, weil die Dürre bundes- bzw. europaweit aufgetreten ist. Daher ist zu begrüßen, dass die ökologischen Vorrangflächen zur Gewinnung von Futter genutzt werden können. Jedoch die Hoffnung, dass jetzt noch schnell angesät werden kann, um dann Futter zu bekommen, ist, wenn es nicht regnet, auch trügerisch.

Noch größere Sorgen mache ich mir um die Zukunft. Wir hatten diesen Sommer Temperaturen von 29 Grad Celsius am Polarkreis. Das Abschmelzen des Polareises und die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen in Taiga und Tundra durch das Zurückgehen des Permafrostes werden die diesjährigen Klimaphänomene zukünftig noch stärker werden lassen. Darauf müssen wir uns einstellen. Bewässerung – wurde schon gesagt –, Regenwasser auffangen, meliorierte Flächen nicht wie um Erfurt herum zuzubauen, das ist eigentlich angesagt. Die einzelnen Betriebe können das vielleicht kaum schaffen, diese Melioration durchzuführen. Da müssen sie eben Meliorationskooperativen – oder wie auch immer man die nennen will – bilden, um das durchzuführen. Es gibt das AFP, Herr Primas. Auch da können sicherlich Kredite für so etwas freigesetzt werden.

Es gibt noch eine ganze Menge von Forderungen. Die habe ich auch schon alle mal hier in diesem Haus vorgetragen. Die will ich jetzt aus Zeitgründen weglassen. Im Jahr 2007 haben wir uns hier schon über Anpassungsstrategien der Landwirtschaft an den Klimawandel unterhalten. Es ist einerseits ganz wichtig, die Erderhitzung zu reduzieren, damit die Klimakatastrophe abgemildert werden kann, es ist aber auch wichtig, sich in der Landwirtschaft an den Klimawandel anzupassen.

Jetzt noch mal zur AfD: Das ist ja so was von scheinheilig, dass ausgerechnet Sie diese Aktuelle Stunde einbringen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert.“ ist ein Zitat aus Ihrem Grundsatzprogramm, Seite 156.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Das ist eben Klima!)

Dann folgen in Ihrem Programm langwierige Erklärungen, warum die steigenden CO<sub>2</sub>-Gehalte in der Atmosphäre positiv zu bewerten sind und dass ein Umsteuern wegen des Klimawandels nur die individuellen Freiheiten einschränken würde. Was wollen Sie überhaupt? Trotz anderslautendem Programm stellen Sie sich dann hierher und fordern Liquidationshilfen.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Definieren Sie doch erst mal „Klima“!)

Wenn Sie dran wären, dann würden Sie so etwas ablehnen. Oder würden Sie den Betrieben sagen, okay, wer deutsche Vorfahren hat oder einen Deutschen Schäferhund hatte, der kriegt die Liquidationshilfen, die anderen nicht? Aber mal im Ernst: Sie lehnen es ab, den Klimawandel zur Kenntnis zu nehmen. Sie wollen die fossile Energiegewinnung weiterverfolgen und dann stellen Sie sich hierher und fordern Liquiditätshilfen. Das zeigt, wie Sie die Menschen betrügen. Das zeigt, dass Sie angeblich Sorgen ernst nehmen, um dann aber etwas ganz anderes zu machen. Ich hoffe, Ihre Wähler merken das endlich mal.

**Präsident Carius:**

Ihre Redezeit ist beendet.

**Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:**

So etwas gab es schon einmal in der deutschen Geschichte und danach haben viele gesagt, ja, wenn wir das gewusst hätten.

**Präsident Carius:**

Nun ist die Redezeit vorbei.

**Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:**

Ich kann den Wählerinnen und Wählern nur raten,

**Präsident Carius:**

Frau Scheringer-Wright, die Redezeit ist vorbei.

**Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:**

lesen Sie das ...

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Bei mir ging das schneller damals beim Abdrehen!)

**Präsident Carius:**

Herr Abgeordneter Fiedler, was wollen wir denn jetzt spielen? – Frau Becker hat sich gemeldet und hat das Wort für die SPD-Fraktion.

**Abgeordnete Becker, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich glaube, die Lage der Bauern sollten wir in Thüringen sehr ernst nehmen

(Beifall DIE LINKE)

und uns hier mit ihrer Lage befassen. Gut – Herr Primas hat das schon gesagt –, eine Aktuelle Stunde ist nicht der richtige Weg, weil es doch tiefgründiger ist.

(Beifall DIE LINKE)

Da geht es wirklich um mehr Sachen und nicht nur darum, hier Populismus zu verbreiten, sondern wir müssen schon – und da sind im Landwirtschaftsbereich meistens alle demokratischen Parteien auf einer Linie – eine Lösung finden, die auch EU-Rechtverträglich ist. Das ist erst einmal das Wichtigste. Wir dürfen nicht irgendwas tun, was den Bauern, den Landwirten auf der anderen Seite schadet. Das ist erst einmal ganz wichtig. Wir müssen abwarten, Gott sei Dank haben sich die Zahlen in der letzten Zeit noch mal verschoben – das muss man ja so sagen. Wir sind erst von höheren Ausfällen ausgegangen. Aber unser Thüringer Bauernpräsident, Herr Dr. Klaus Wagner, hatte gleich gesagt, dass man das in Thüringen ganz differenziert sehen muss. Herr Primas hat schon auf die Regionen hingewiesen. Es gibt wirklich Regionen, wo ein großer Ernteausfall war, aber andere Regionen sind gar nicht so stark betroffen. Im Gegenteil, die werden sogar ihre Gewinne erzielen. Das ist auch gut so. Wir sind in diesem Land alle unterschiedlich aufgestellt. Darauf müssen wir eingehen.

Wo es besonders prekär ist, das sind natürlich die Milchviehbetriebe. Da fehlt das Futter für Milchkühe und Kälber über den Winter. Da brauchen wir schnelle Hilfe – das ist auch klar –, denn die müssen das Silofutter weit transportieren, sodass sie dann in Situationen kommen, wo sie unbedingt Hilfe vom Staat brauchen. Ich finde das ganz in Ordnung, wenn der Staat in solchen Fällen hilft.

Natürlich wissen wir alle, dass das eng mit dem Klimawandel einhergeht, aber die Landwirte können nicht allein etwas dafür, dass sich das Klima in Deutschland und in der Welt ändert. Auf dem Rücken der Landwirte können wir das nicht austragen. Deshalb sind wir als Freistaat Thüringen verpflichtet, ihnen in solchen Situationen zu helfen, und werden das auch tun. Ich glaube, das hat in den letzten Jahren gerade in Thüringen immer geklappt. Wir sind uns über den Ansatz der Hilfen im Grundsatz einig. Das Landwirtschaftsministerium wird die Erfassung bis zum Ende machen und dann müssen wir sehen. Natürlich werden wir versuchen, KULAP wieder so schnell wie möglich auszuzahlen. Das ist eine Hilfe, wo die Landwirte sagen, das hilft ihnen sehr. Das haben wir auch schon mal geschafft. Da waren wir Sachsen weit voraus. Thürin-

gen ist auch in seinen Behörden, mit den Landwirtschaftsämtern und dem Innenministerium gut aufgestellt. Wir wissen, worauf es jetzt ankommt. Nur: Die steuerfreie Risikovorsorge, Herr Primas, können wir hier nicht regeln, das muss der Bund machen.

(Beifall DIE LINKE)

Nein, ich sage nur, da müssen wir auf Bundesebene handeln. Das fordern ja die Landwirte schon länger. Es ist jetzt nicht das erste Mal, dass die CDU oder CSU die Landwirtschaftsministerin oder den Landwirtschaftsminister trägt; da müssten wir wirklich auf Bundesebene mal gemeinsam einen Vorstoß wagen, um da etwas zu erreichen. Aber das fordern die Landwirte schon über 20 Jahre, das Thema ist nicht einfach.

In Bezug auf die Vorauszahlung der Finanzämter hat Finanzministerin Taubert gleich reagiert und ihre Finanzämter angewiesen, dass sie da sehr sensibel vorgehen sollen, auf die Landwirte zugehen und ihnen bei den Steuervorauszahlungen auch entgegenkommen sollen. Das ist erst mal eine Hilfe, die sicherlich nicht gleich direkt hilft, aber es hilft bestimmt auch in der Abfolge.

Was wir auch nicht vergessen dürfen, sind natürlich die Fischereibetriebe, die es teilweise sogar noch stärker betroffen hat als manche Landwirtschaftsbetriebe. Den Forst dürfen wir auch nicht außer Acht lassen. Wir haben jetzt gerade auch Hilfe bekommen, also Hilfeanfragen – ich bin ein bisschen durcheinander heute, ich weiß auch nicht warum, Entschuldigung – von Baumschulen, weil auch die Baumschulen durch die Hitze große Probleme haben. Darüber sollten wir vielleicht im Landwirtschaftsausschuss reden, wie wir auch den anderen helfen können. Da gehört es, glaube ich, hin, dass wir im Landwirtschaftsausschuss gemeinsam Wege suchen, um unseren Betroffenen in Thüringen zu helfen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Herr Staatssekretär Sühl, Sie haben das Wort.

**Dr. Sühl, Staatssekretär:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, seit April dieses Jahres bis heute ist es in Thüringen ähnlich wie in anderen Teilen Deutschlands deutlich zu trocken und auch deutlich zu warm. Die für das Pflanzenwachstum und damit für den späteren Ertrag besonders ausschlaggebenden Wachstumsmonate April bis Juni waren geprägt durch sehr geringe Niederschläge und hohe Temperaturen. Die

**(Staatssekretär Dr. Sühl)**

hohen Tagestemperaturen und überdurchschnittlich vielen Sonnenstunden führten – zusätzlich zu dem Niederschlagsdefizit – dazu, dass die Verdunstungswerte des Bodenwassers extrem hoch waren. Diese Trockenstressbedingungen für die Pflanzen werden umgangssprachlich auch als „Dürre“ bezeichnet.

Die diesjährige Dürresituation führt letztendlich dazu, dass bei den Hauptkulturen Getreide und Raps landesweit gegenüber dem langjährigen Durchschnitt bis zu 23 Prozent weniger geerntet wird. So beträgt der Hektarertrag bei Winterweizen 64,4 dt/ha, das entspricht einem Minus von 17,1 Prozent gegenüber dem langjährigen Mittel. Bei Winterraps wurden 29,7 dt/ha geerntet, was ein Minus von 23 Prozent bedeutet.

Es bestehen – darauf ist schon hingewiesen worden – regional, lokal und damit auch auf betrieblicher Ebene zum Teil erhebliche Unterschiede. Besondere Sorgen bestehen im Bereich der Futtermittelversorgung für die Raufutter verzehrenden Tierarten Rinder, Pferde und Schafe. Es werden Ertragsausfälle bei Ackerfutter, Mais und Grünland in Höhe von 20 bis 60 Prozent erwartet, sodass viele Tierhalter Sorge haben, die Futtermittelversorgung für ihre Tierbestände über den Winter nicht vollständig gewährleisten zu können.

Die Landwirtschaft ist bekanntermaßen eine Branche, die in der Natur und im Einklang mit der Natur wirtschaftet. Landwirte sind seit jeher dem Einfluss der Witterungsbedingungen auf Wachstum und Erträge und damit auf das landwirtschaftliche Einkommen ausgesetzt. Diese Situation ist nicht neu und wird in normalen, durchschnittlichen Jahren durch die landwirtschaftlichen Unternehmer auch problemlos gemeistert. Die seit April dieses Jahres zu verzeichnende Dürre stellt jedoch eine Extremsituation dar.

Über die zu erwartenden Auswirkungen auf die Landwirtschaft hat Frau Ministerin Keller das Kabinett bereits unterrichtet. Dabei hat man sich darauf verständigt, dass die Ministerin der Landesregierung nach Vorliegen der endgültigen Ertragszahlen, nach erfolgter Auswertung einer Online-Befragung aller Landwirtschaftsbetriebe und einer Positionierung des Bundes zur finanziellen Beteiligung an Hilfsmaßnahmen der Länder erneut berichten wird. Ziel ist es, ein entsprechendes Hilfsprogramm für besonders dürregeschädigte Unternehmen aufzulegen. Mittlerweile hat auch der Bund zugesagt, dass er sich zu 50 Prozent an Hilfsmaßnahmen der Länder beteiligen wird.

Die Auswertung der Ergebnisse der amtlichen Ernteschätzung und die Auswertung der Online-Befragung haben ergeben, dass die Landwirte in Thüringen gegenüber dem Jahresmittel der vergangenen drei Jahre Ernteverluste von bis zu 90 Millionen Euro haben werden. Dass dieser Schaden als sol-

cher nicht pauschal ausgeglichen werden kann, versteht sich meines Erachtens von selbst. Bund und Länder sind sich prinzipiell darüber einig, dass für staatliche Ausgleichszahlungen eine besondere Bedürftigkeit gegeben sein muss. Das bedeutet im Klartext: Steuerfinanzierte Transferzahlungen an dürregeschädigte Betriebe sind nur dann zu rechtfertigen, wenn die betroffenen Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet sind. Das wird vor allem dann anzunehmen sein, wenn auf Unternehmerseite die Summe aller Betriebserlöse um mehr als 30 Prozent zurückgegangen ist. In Auswertung der bereits erwähnten Betriebsbefragung wurden in Thüringen etwa 260 Landwirtschaftsbetriebe identifiziert, die unter die Kategorie einer Existenzgefährdung der Betriebe fallen könnten. In diesen Betrieben beträgt der Schaden insgesamt etwa 30 Millionen Euro. Bei einem Schadensausgleich von 50 Prozent würde damit ein Thüringer Landesprogramm zum Ausgleich von Schäden aus der Dürre 2018 bis etwa 15 Millionen Euro notwendig, wobei jeweils 7,5 Millionen Euro von Bund und Land getragen werden sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht und sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt. Die endgültigen Abstimmungen dazu sind innerhalb der Landesregierung jedoch noch nicht abgeschlossen. Insbesondere bedarf es neben der weiteren inhaltlichen Untersetzung und konkreten Ausgestaltung der Programmbedingungen der haushaltsrechtlichen Absicherung der geplanten Maßnahmen. Insofern bitte ich Sie, die weiteren Abstimmungen und die Kabinettsbefassungen abzuwarten. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Ich schliesse den ersten Teil und rufe den **zweiten Teil** der Aktuellen Stunde auf.

**b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Hitze und Trockenheit in Thüringen – Priorität für wirksamen Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/6054 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Kobelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ging es Ihnen in den letzten Tagen und Wochen nicht auch so wie mir, dass Sie einen Sommer erlebt haben, der von Hitze geprägt wurde, von hohen Temperaturen? Leider ist Frau Tasch nicht da, Frau Becker auch nicht – ja, doch, hier hinten –, die ja bekanntermaßen auch im ländlichen Raum große Gärten bewirtschaften. Ich frage Sie – vielleicht können Sie es nachher mal sagen –, wie oft Sie zum Bewässern in Ihren Garten gegangen sind, wie ich das getan habe, gegossen haben, sich bewegt haben, versucht haben, die Pflanzen vor der großen Hitze zu schützen. Es gab Schulklassen, die haben Patenschaften für ihre Kürbisse aufgenommen, um diese zu retten. Das zeigt, dass wir in diesem Sommer eine Hitze hatten wie lange nicht mehr. Da kann man natürlich sagen, das ist ein singuläres Ereignis. Aber, ich glaube, man kann nicht darüber hinwegsehen, dass es seit der Wetteraufzeichnung, seit 250 Jahren, der heißeste April, das heißeste Frühjahr gewesen ist, dass wir in Thüringen im Sommer Temperaturen gehabt haben von bis zu 30 Grad und darüber, teilweise 39 Grad. Wir haben die heißesten Tage des Jahres gehabt in einer großen Häufigkeit, wie sie noch nicht da gewesen sind – das nicht nur deutschlandweit, sondern die Wetterextreme haben sich weltweit mehr als verfünffacht, sowohl in Hitze als auch in anderen Unwettern, in Dürren, in Überschwemmungen, in Stürmen. Ich glaube, das ist offensichtlich, dass man da nicht mehr leugnen kann, dass das auch mit dem Einfluss des Menschen zu tun hat. Über 99 Prozent der Wissenschaftler sagen eindeutig, die erhöhten Temperaturen haben mit dem Menschen zu tun. Der erhöhte CO<sub>2</sub>-Eintrag ist die Ursache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns doch wirklich Gedanken machen, wie wir unsere Politik gestalten wollen, wie wir unser Leben gestalten wollen, damit überhaupt noch unsere Enkel und Urenkel auf dem Planeten leben können und zu welchen Bedingungen. Wenn Sie das moralische Argument nicht überzeugt, dann bitte ich doch, darüber nachzudenken – gerade die CDU-Fraktion, die sich in den letzten Jahren stark für einen Wirtschaftsstandort Thüringen eingesetzt hat –, sich über die ökonomischen Folgen Gedanken zu machen. Wenn Sie mir als Grünem nicht glauben, dann glauben Sie doch bitte Wissenschaftlern wie Nicholas Stern oder Frau Kemfert, die ganz eindeutig ausgerechnet – das übrigens auch auf Thüringen – und runtergerechnet haben, was denn der Klimawandel für wirtschaftliche Auswirkungen hat. Für Thüringen bedeutet das, dass bis 2050 im Durchschnitt – am Anfang noch nicht so stark, aber immer mehr steigend – 1 Milliarde Euro jedes Jahr notwendig sind, um die Folgen des Klimawandels auszugleichen. Die ersten Folgen

haben wir gerade diskutiert, Ausgleichszahlungen an Bauern. Das wird mit anderen Umweltbelastungen weitergehen.

Ist es dann nicht in unserer Verantwortung, zu sagen, wir wollen als verantwortliche Politiker diese Kosten für die nächsten Generationen senken, wollen jetzt in mehr Klimaschutz investieren und es den Menschen auch ermöglichen, etwas zu tun? Ganz viele Menschen, ganz viele Bürgerinnen und Bürger in Thüringen wollen auch etwas tun. Sie sehen sich da in der Verantwortung. Sie bauen sich Solaranlagen, sie fahren Fahrrad, sie lassen mal das Auto stehen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sie benutzen öffentliche Verkehrsmittel. Im Übrigen zeigen diese Fälle auch, dass Klimaschutz auch Spaß machen kann, dass es gesundheitsfördernd ist. Ich möchte Sie auch gar nicht belehren, Ihren Lebensstil zu wandeln. Aber ich denke, es ist verantwortlich, wenn wir sagen, wenn Menschen das erkennen und dies tun wollen und da auch Verantwortung übernehmen, dass wir sie als Politik unterstützen mit bestimmten Förderprogrammen, wie wir es bis jetzt auch in der rot-rot-grünen Landesregierung getan haben, Verantwortung übernehmen und parallel zur deutschen Gesetzgebung in Thüringen ein Klimagesetz diskutieren.

Mich hat es sehr gefreut, dass zur Anhörung zum Klimagesetz auch der Gemeinde- und Städtebund gesagt hat, ja, wir unterstützen, dass es ein Klimagesetz gibt, lasst uns aber darüber reden, wie wir die Gemeinden mitnehmen können, wie wir die Privaten, die Wirtschaft mitnehmen können. Das ist genau auch mein Ansatz, zu sagen, lasst uns Anreize schaffen, lasst uns aber auch klare Ziele, die dann auch eingehalten werden, verkünden. Ich bin sehr dankbar, dass wir mit dem Klimagesetz jetzt im parlamentarischen Verfahren sind. Wenn wir es schaffen, zum Beispiel mit dem Gemeinde- und Städtebund und der Wirtschaft einen Klimapakt zu schließen, dass in den Gemeinden Maßnahmen getroffen werden, aber auch die Privateigentümer und die Wirtschaft Möglichkeiten haben, in Klimaschutz zu investieren, dann sichert das Arbeitsplätze hier in Thüringen und ist unsere Beteiligung an einem Widerstand gegen den Klimawandel.

Ich bitte Sie als Parlamentarier, dies zu unterstützen und uns beim Klimagesetz und in der parlamentarischen Beratung zu unterstützen, damit wir schnell ein Klimagesetz haben und dann auch entsprechende Maßnahmen mit noch stärkeren Fördermitteln für einen gesellschaftlichen Konsens erzielen, weil Klimawandel keine Nebensache ist.

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter ...

**Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Es wird unsere Existenzfrage für die nächste Generation sein. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Danke. Als nächster Redner hat Abgeordneter Möller, Fraktion der AfD, das Wort.

**Abgeordneter Möller, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wann wird's mal wieder richtig Sommer? Das habe ich mich in den letzten 15 Jahren öfter mal gefragt, vor allem dann, wenn ich hier in Deutschland Urlaub machen wollte und es eben kein richtiger Sommer war. Sie müssen wissen, ich bin beim Wetter mehr der südländische, mediterrane Typ. Deswegen habe ich mich natürlich auch ziemlich gefreut, dass es jetzt endlich mal wieder ordentlich Sommer ist. Zugegebenermaßen geht das nicht jedem so. Insbesondere in der Landwirtschaft ist das so. Dagegen kann man was tun, zum Beispiel mit Dürrehilfen, aber auch mit Bewässerung. All das ist nicht unbedingt ein Riesenproblem. Man kann das alles auch fördern als Politik, wenn man dazu den politischen Willen hat.

Aber, meine Damen und Herren, wer stattdessen aus einem heißen Sommer wie in diesem Jahr sozusagen als Zeichen eines bösen Unheils für die Klimasünden der Menschheit, nämlich dem Klimawandel, in bester Tradition der Ablassprediger irrationale Ängste schürt, der hat den Pfad der Wissenschaft verlassen und bastelt

(Heiterkeit DIE LINKE)

sich doch eher so etwas wie eine Art Ersatzreligion zusammen.

(Beifall AfD)

Denn, meine Damen und Herren, wissenschaftlicher Fakt ist, dass ein heißer Sommer noch keinen Klimawandel ausmacht, auch nicht zwei heiße Sommer, wenn wir den von 2003 dazurechnen. Einige lang anhaltende, heiße Sommer in 15 Jahren, das ist nichts Ungewöhnliches und schon gar kein Klimawandel. Das sind schlicht Wetterphänomene. Warme Sommer gab es übrigens auch im letzten Jahrhundert zuhauf und teilweise in deutlich kürzeren Abständen als jetzt, und das finden selbst informierte Laien schnell im Internet heraus. Auch der IPCC, gern Weltklimarat genannt, hat in seinem Fünften Sachstandsbericht zwar die Extremwetterdaten seit 1950 ausgewertet, findet in diesen Daten aber weder eine zunehmende Häufigkeit von Dürren noch zunehmende Stärke von Hurrikanen oder

von Hagel, Stürmen, Starkregen und weiteren solchen Extremwetterphänomenen. Und damit nicht genug! Die alte mittelenglische Temperaturreihe, die 1659 beginnt und damit die längste verfügbare ist, weist sogar nach, dass der höchste Temperaturanstieg im 18. Jahrhundert lag, also vor der Industrialisierung. Es sprechen also so ziemlich alle wissenschaftlichen Erkenntnisse, wenn sie nicht politisch umgedeutet werden, eine relativ klare Sprache, und diese klare Sprache lautet, diese Botschaft lautet: Ja, es gibt einen Klimawandel, es hat ihn immer gegeben. Ja, wir befinden uns gerade in einer Warmzeit. Nein, die Menschheit wird deshalb nicht untergehen, sie hat schon viele warme und kalte Zeiten erlebt und überlebt und das Gleiche gilt übrigens auch für den Eisbären, der hat schon vor 400.000 Jahren die Warmzeit überlebt, in der der Homo erectus gleich hier um die Ecke bei Bilzingsleben ins Gras gebissen hat.

(Beifall AfD)

Im Grunde ist das, was wir derzeit an Klimawandel mitmachen, sogar ein Witz im Vergleich zu den sogenannten Dansgaard-Oeschger-Ereignissen in den letzten 100.000 Jahren, als es nämlich zu Temperatursprüngen von bis zu 10 Grad innerhalb eines Menschenlebens kam. Stellen Sie sich mal vor, meine Damen und Herren, die Panik unter den Steinzeitmenschen, die müsste wirklich fürchterlich ausgefallen sein, wenn es damals schon die Grünen gegeben hätte.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da war aber noch eine Eiszeit dazwischen!)

Es gibt also, meine Damen und Herren, überhaupt keinen Grund, irgendwelche Ängste zu schüren, irgendwie panisch zu werden, bloß weil man vermutet, dass das Klima um einige paar Zehntelgrade in den nächsten 100 Jahren wärmer wird. Das ist ein völlig normaler, natürlicher Prozess, den es schon immer gegeben hat. Es gibt da, wie gesagt, keinen Grund, Panik zu machen, jedenfalls keinen wissenschaftlich abgesicherten. Natürlich kann man mit Panik Geschäfte machen, man kann damit eine Riesen-Vermögensumverteilung unter dem Aspekt des Klimaschutzes konzipieren und auch vertreiben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Man kann damit natürlich auch Spenden einwerben für die eigene Partei, zum Beispiel bei den Lobbyorganisationen dieser, sage ich mal, Grün-Industriellen, und man kann damit natürlich auch eine Vermögensumverteilung weltweit bewerkstelligen, wenn das zum Ziel der eigenen politischen Kraft gehört. Das hat der Herr Ottmar Edenhofer mit ent-

**(Abg. Möller)**

waffnender Ehrlichkeit auch entsprechend zugegeben; ich darf ihn da mal zitieren: Man muss klar sagen, wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch fast nichts mehr zu tun. Damit, meine Damen und Herren, ist eigentlich alles gesagt. Diese Politik, diese Klimaschutzpolitik verstößt gegen die Interessen unseres Nationalstaats und unseres Freistaats. Das ist eigentlich das Hauptproblem an der Klimaschutzpolitik von Rot-Rot-Grün

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Die Flüchtlinge sind schuld, das fehlt noch!)

und deswegen können wir uns der natürlich auch nicht anschließen. Danke.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der SPD hat Abgeordnete Mühlbauer das Wort.

**Abgeordnete Mühlbauer, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Möller, Sie wiederholen sich hier ja immer wieder im Leugnen der Tatsachen, sind auch, glaube ich, nicht konsequent in Ihren Beantragungen, beantragen selbst, haben festgestellt, wir haben die Dürre, und reden beim zweiten Punkt die Dinge wieder klein in sich. Ich kann hier nur sagen: inhaltsfreie Aussagen vergleichbar mit Ihrem Rentenkonzept, das im Rahmen eines Sommerinterviews dargestellt worden ist. Das bringt uns eigentlich nicht weiter. Denn, meine Damen und Herren, 2017 lagen die globalen Mitteltemperaturen um 1,1 Grad Celsius höher als im vorindustriellen Zeitraum und sie folgten damit einem ungebrochenen Trend.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wo denn?)

2017 war das zweitwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wo denn? Am Flughafen Erfurt?)

Kenntage ändern sich und folgen einem linearen Trend. Die Anzahl der Sommertage – und da brauchen Sie jetzt wirklich nur die Daten des Wetterdienstes herunterzuladen – nimmt zu, in dem Jahr nachweislich auch mit bemessen. Die Anzahl der Frosttage nimmt ab. Nicht umsonst diskutieren wir über die Möglichkeiten des Wandels von Wintertourismus in Thüringen. Wir haben hier auch schon erkannt, dass der Schnee nicht mehr meterhoch liegt. Warum tut er das? Die Niederschläge nehmen lei-

der, wie wir hier gesehen haben, nicht zu, sondern sind problematisch.

(Beifall Abg. Krumpe, fraktionslos)

Extremphänomene nehmen zu – entnehmen Sie das bitte den Daten von Versicherungsunternehmen –, weltweit übrigens, sodass Rückstellungen in den Versicherungsbereichen Risikoanlagen in sich darstellen. Wir haben Extremereignisse von Starkregen, von Hurrikans, von sonstigen Dingen, die wir definitiv nicht leugnen können und nicht leugnen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, deswegen ist es richtig und wichtig – Kollege Kobelt hat es gesagt –, wir werden hier ein Klimagesetz verabschieden, wir werden uns den Fragen stellen. Wir haben Förderprogramme, die nachgefragt sind – E-Mobilität, Fotovoltaik. Wir sind in nachhaltiger Politik unterwegs und wir werden dieses auch weitermachen.

Um heute hier noch die Sache etwas weiter zu ergänzen: Ja, wir müssen eine Debatte anregen, eine Debatte bundesrepublikweit, ob Klimaschutz nicht eines der Staatsziele sein muss, die wir in Grundgesetz und Verfassungen verankern müssen, weil Klimaschutz die Lebensgrundlage der nächsten Generationen ist. Hier geht es nicht um irgendwelche Eisbären und hier geht es nicht um die Betrachtungen in Jahrtausenden, sondern hier geht es um Entwicklungen unseres Landes in den nächsten 20, 30, 40, 50 Jahren – und da haben wir einen Wandel vor uns.

Oder wie der Kollege neben mir auf der Bank vorhin gerade sagte: Bei Ihnen kommt die Realität wahrscheinlich erst an, wenn das Wasser hier 2,15 Meter in den Plenarsaal reinschwappt. Anscheinend sind Sie im Ignorieren besser. Aber man nimmt Ihnen das nicht ab und auch nicht wahr. Aus diesem Grund: Lassen Sie es uns angehen. Lassen Sie uns mit den Menschen in Thüringen ein Klimagesetz zur Gestaltung der Zukunft machen, um ein klares Zeichen zu setzen. Wir wollen etwas gegen den Klimawandel tun. In diesem Sinne haben wir viel zu tun und ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den dazu notwendigen Gremien. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Gruhner das Wort.

**Abgeordneter Gruhner, CDU:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine zeitgemäße Klimapolitik baut auf zwei Säulen auf. Die erste ist die Vermeidung von Treibhausgasen, also aktiver Klimaschutz. Die zweite Säule

**(Abg. Gruhner)**

ist die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Mit Blick auf die Anpassungen an die Folgen des Klimawandels – in der vorhergehenden Aktuellen Stunde hat das ja schon eine Rolle gespielt – will ich schon noch einmal sagen, dass – auch wenn ich einen heißen Sommer ganz toll fand – wir die Auswirkungen des Klimawandels selbstverständlich merken: heiße Tage im Sommer, mildere Winter, Häufungen von Extremwetterereignissen. Wir wissen das alle. Ich muss es hier nicht noch mal unterstreichen.

Deswegen müssen neben aktivem Klimaschutz natürlich die Anpassungsstrategien genauso Priorität haben, wenn wir über Klimapolitik reden, denn die Veränderungen des Klimas und entsprechende Anpassungsstrategien betreffen alle Lebensbereiche. Wir haben gerade über die Land- und Forstwirtschaft gesprochen, wo es um klimaangepasste Arten geht, wo es um veränderte Anbaumethoden geht, wo es aber auch darum gehen muss, dass Forschungseinrichtungen des Staates oder halbstaatliche Forschungseinrichtungen hier entsprechend unterstützen und helfen. Es geht darum, dass man Bevölkerung sensibilisieren muss, dass Bevölkerung auch im öffentlichen Raum geschützt ist. Denn extreme Wetterlagen sind natürlich auch eine Gefahr für Bürgerinnen und Bürger, eine Gefahr für die gesamte soziale Infrastruktur, wenn wir an Kindergärten, Schulen, Sportanlagen denken.

Es geht aber auch darum, dass wir im Bereich der Verkehrsinfrastruktur Anpassungen vornehmen müssen, dass hier auf Extremwetterereignisse vorbereitet werden muss, wenn wir beispielsweise an die Straßen- und Schieneninfrastruktur denken, wenn wir daran denken, dass Autobahnplatten bei enormer Hitze plötzlich aufbrechen, bis hin zu Fragen, dass eben auch die Deutsche Bahn dafür sorgen muss, dass der ICE nicht bei 38 Grad Außentemperatur ohne Klimaanlage herumfährt. All das sind ganz praktische Themen, die hier eine Rolle spielen. Es geht auch um die Stärkung des Katastrophenschutzes, es geht darum, dass wir Technisches Hilfswerk, Feuerwehren etc. gut vorbereiten, sowohl was die Ausbildung als auch die technische Ausstattung betrifft. Jetzt will ich noch mal sagen: Unsere Feuerwehren und alle Rettungskräfte haben bei den vergangenen Extremwetterereignissen wirklich eine gute Arbeit gemacht, auch hier in Thüringen. Das muss man ausdrücklich noch mal unterstreichen.

Dann geht es um die zweite Säule – das eine ist Klimaanpassung, das andere ist Klimaschutz, Vermeidung von Treibhausgasen. Natürlich geht es darum, dass wir eine erfolgreiche Energiewende machen, die tatsächlich Treibhausgase mindert, wobei es um die Frage geht, dass wir behutsam aus der Kohleverstromung aussteigen, aber eben behutsam, ohne zu große Verwerfungen für die Region zu produzieren. Da ist eine Kohlekommission – das

wissen wir – an der Arbeit. Es geht darum, dass wir im Verkehrssektor tatsächlich auch dazu kommen, eine Verkehrswende zu machen. Aber auch da geht es um technologieoffene Lösungen. Es geht nicht darum, dass wir einzelne Technologien bevorzugen und dass wir vorschreiben, wie der Markt zu reagieren hat, sondern der Markt muss letztlich mit seinen Mechanismen selbst dahinkommen, dass die Antriebsformen eine Chance haben, sich im Markt durchzusetzen. Politische Verbote, Vorgaben – ich habe es gesagt – nützen da wenig. Deswegen will ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich unterstreichen: Wenn es um Klimaschutzpolitik geht, sagen wir ganz generell, statt Verboten und ordnungsrechtlichen Eingriffen befürworten wir eher, dass in allen Bereichen klare Leitlinien gesetzt werden, dass es klare Zielvorgaben gibt und dass sich in diesem Rahmen dann auch die effizientesten Lösungen herausbilden können. Deswegen geht es auch darum, dass man mit staatlichen Förderangeboten und nicht mit staatlichem Zwang hier entsprechend flankiert. Freiwillige Maßnahmen privater Akteure müssen positiv angeregt werden, es darf nicht allein Vorschriften geben. Deswegen sei das an dieser Stelle noch mal gesagt: Mit Gängelungen und Bevormundungen, wie Sie es mit Ihrem Klimagesetz hier in Thüringen vorgemacht haben, erweisen Sie dem Klimaschutz einen Bärendienst – ich habe das schon an anderer Stelle gesagt. Die Quoten, was den Bereich der Wärmeversorgung betrifft, sind kontraproduktiv. Das ist Zwang, das ist Gängelung, aber auch mehr Bürokratie für die Wirtschaft in Thüringen. Auch das wird dazu führen, dass Klimaschutz eher unattraktiver wird. Deswegen sei auch noch mal unterstrichen, dass wir der Überzeugung sind, dass es gerade diese rot-rot-grüne Landesregierung ist – eine Regierung mit grüner Beteiligung –, die das Klima für den Klimaschutz in diesem Land verschlechtert. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Die Linke hat sich Abgeordneter Harzer zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schwanke ja immer, wenn ich Herrn Möller höre, zwischen politisch zu antworten, wissenschaftlich zu antworten oder gar nicht zu antworten, denn dieses Niveau ist so tief, ich weiß gar nicht, wie man das wieder heben will. Es basiert nicht auf Fakten, es basiert nicht auf Wissen, es basiert nicht auf Wissenschaft, es ist reine Behauptung, es sind Verschwörungstheorien von einer Weltregierung, die hier angeblich das deutsche Vermögen, das Volksvermögen umverteilen will, die uns Armen das alles wegnehmen will. Ich habe

**(Abg. Harzer)**

mich gewundert, dass das Wort „Flüchtlinge“ heute mal nicht aufgetaucht ist. Das war, glaube ich, die erste Rede, Herr Möller, von Ihnen hier im Hohen Hause, wo Sie dieses Wort nicht verwendet haben,

(Unruhe AfD)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Habe ich vergessen!)

denn die sind ja grundsätzlich an allem schuld. Aber grundsätzlich ist es so – und davon müssen wir mal ausgehen –, wir als Menschen sorgen mit unserem Lebenswandel, mit unserem unvergleichlichen Verbrauch an Energien dafür, dass wir die Erde, die Atmosphäre seit Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber dem damaligen Stand um 35 Prozent mehr mit CO<sub>2</sub> angereichert haben. Das führt zu diesem sogenannten Treibhauseffekt. Es gibt genügend wissenschaftliche Studien, liebe Kollegen von der AfD, dass diese dazu führen, dass die Wärme zunimmt, dass der Treibhauseffekt, dieser natürliche Treibhauseffekt, unnatürlich wird. Wir leben in einem natürlichen Treibhauseffekt. Wenn es den nicht gäbe, hätten wir zarte minus 18 Grad Durchschnittstemperatur auf der Erde, und ob wir da leben könnten, weiß ich nicht. Aber durch diesen zusätzlichen Eintrag in die Atmosphäre, durch den Menschen, durch unseren Lebenswandel, wird dieser Treibhauseffekt, dieser Gewächshauseffekt aufgeköffert und führt dazu, dass wir seit 1880 in den Jahren 2015, 2016 und 2017 die drei wärmsten Jahre seit Beginn der Temperaturlaufzeichnung hatten. 2018 ist noch nicht ausgewertet – das geht ja auch nicht, weil wir es jetzt erst haben. 10 der 15 wärmsten Jahre in Deutschland liegen im 21. Jahrhundert. Wenn das keine Tendenz ist, dann weiß ich nicht.

Dann wird ja immer behauptet, dieser Klimawandel ist eine ganz normale Geschichte, wir hatten immer Warmzeiten. Das Problem ist nur, dass sich diese Warmzeiten über 5.000 bis 10.000 Jahre entwickelt haben, auch die Kaltzeiten. Wir sind in keiner Warmzeit. Wenn wir in einer Warmzeit oder zu Beginn einer Warmzeit wären, hätten wir keine vereisten Pole, lieber Herr Möller. Da müssten Sie halt auch mal in die Geschichte gehen. Hätten Sie in Geografie in der Schule ein bisschen aufgepasst, da hatte man das nämlich mit Warm- und Kaltzeiten, wie sich das entwickelt und welche Zeiträume das umfasst und wann man von einer Kaltzeit und von einer Warmzeit spricht. Aber auch da haben Sie nicht aufgepasst.

Gerade die AfD, die sich immer damit brüstet, so viele Doktoren und Diplomingenieure und was weiß ich im Bundestag und in den Landtagen und sonst wo zu haben, negiert hier Faktenwissen. Vor allem negiert sie es, obwohl es ja eigentlich eines ihrer Kernthemen betrifft. Denn wenn wir so weitermachen, dann werden wir in Regionen dieser Welt irgendwann kein Trinkwasser mehr haben. Jetzt ra-

ten Sie, was die Menschen dann dort tun, die nichts mehr zu trinken haben, die nicht mehr Ackerbau betreiben können, die ihre Kinder nicht mehr ernähren können. Die werden sich auf den Weg machen, die werden ihre Koffer packen. Raten Sie mal, wohin sie gehen. In die nördlichen Länder, da, wo noch einigermaßen Temperaturen sind, die erträglich sind, wo man noch Ackerbau betreiben kann, wo man noch Wasser hat.

Von der Warte aus haben wir uns in Thüringen auf den Weg gemacht und haben ein Klimagesetz auf den Weg gebracht. Herr Gruhner, es ist Ihnen entgangen, wir haben es noch nicht verabschiedet. Sie haben von „Ihr Klimagesetz“ gesprochen, aber es ist noch nicht verabschiedet im Parlament, es ist noch in der Diskussion im Ausschuss. Ich möchte auch deutlich an die Adresse des BUND sagen, weil Herr Vogel in der Presse so komische Sätze sagt, wie, es stockt, es ist gestoppt, die SPD und die Linke wollen keiner Verschärfung zustimmen: Das ist alles Käse, was da erzählt wird. Wir arbeiten daran und wir arbeiten sehr konstruktiv daran. Wir haben im Ausschuss eine große Anhörung dazu durchgeführt, weil es ein so wichtiges Thema ist. Wir haben die Auswertung dazu gemacht, haben im letzten Ausschuss diese Anhörung ausgewertet und werden uns im nächsten Ausschuss über entsprechende Änderungsinitiativen gemeinsam in der Koalition beraten.

Wir sind auf dem Weg, für die Zukunft gewappnet. Wir arbeiten an der Zukunft für Thüringen, für Deutschland, für Europa und für die Welt. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Landesregierung hat nun Ministerin Siegesmund das Wort.

**Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ihre Anmeldung der Aktuellen Stunde „Hitze und Trockenheit in Thüringen – Priorität für wirksamen Klimaschutz“. Dass es notwendig ist, darüber zu reden, hat die Debatte eben gezeigt. Mir geht es vor allen Dingen darum, einmal darüber zu reden, was es eigentlich für die Menschen, die in diesem Jahr die Hitze in den Städten kaum ertragen konnten, und für diejenigen, die auf dem Land leben und die Dürre mit eigenen Augen gesehen oder auch am eigenen Leib gespürt haben, heißt.

Wer wie die AfD so tut, als gäbe keinen Grund zum Handeln, als gäbe es keinen Klimawandel, der nimmt an der Stelle nicht ernst, dass es erhebliche

**(Ministerin Siegesmund)**

gesundheitliche Beeinträchtigungen für die Menschen gibt.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das ist eine Unterstellung!)

Damit sehen wir wieder einmal, dass die AfD vor allen Dingen eines will: nicht im Sinne der Menschen unterwegs sein, so wie wir das tun, sondern vor allen Dingen Lügen verbreiten.

Damit wir Ihnen helfen, das nachzuholen, haben wir als serviceorientierte Landesregierung Ihnen allen in Ihren Postfächern die Fakten für Thüringen zusammengetragen. Ich gebe an der Stelle durchaus auch zu Protokoll, dass wir uns bemüht haben, die Fakten zum Klimawandel in Thüringen noch mal für Sie zusammenzutragen, um zu zeigen, dass wir immer neue Klimarekorde haben, dass wir mittendrin sind im Klimawandel, dass wir mehr Extremwetterereignisse wie Sturm, Starkregen und Hochwasser in den letzten 150 Jahren feststellen und dass Sie hier sehen können: Wir reden nicht über Wetter und wir reden auch nicht über Witterung, wir reden über Klimaveränderungen. Es ist jetzt Zeit zu handeln, nicht nach dem Motto „Nach uns die Sintflut!“, so wie Sie das als AfD immer hier antexten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch der Blick über unser Land hinaus belegt, wie weit der Klimawandel fortgeschritten ist. Denken Sie nur an die Waldbrände, nicht nur in Berlin oder wie neulich in Jena-Drackendorf, wo glücklicherweise niemandem etwas passiert ist, sondern eben auch in Schweden, an Stellen, wo das selten der Fall ist, wozu der Wissenschaftler Mojib Latif sehr klar sagte, das ist unüblich, untypisch. Natürlich hat es schon früher an einzelnen Stellen dort Waldbrände gegeben, aber wir haben jetzt eine Situation, die auch für Schweden extrem untypisch ist – Mitte 30 Grad im Sommer. Der Klimawandel zeigt sich übrigens – wer auf Twitter Alexander Gerst folgt – in Europa an vielen Stellen dadurch, dass wir eine extreme Trockenheit und damit natürlich auch extreme Beeinträchtigungen haben.

Wenn wir noch ein Stück nördlicher gehen – von Schweden noch weiter hoch, sozusagen ganz in den Norden –, sehen wir, dass die Eiswerte derzeit zehn der Niedrigsten sind, die seitdem die Wettermessungen 1881 begonnen wurden, festzustellen sind. In diesem Sommer hat sich sogar erstmals Packeis im Norden Grönlands vom Festland gelöst usw. Ich könnte Ihnen noch viele Fakten aufzählen, die zeigen, dass wir über eine existenzielle Frage reden.

Diese existenzielle Frage hat schon jetzt ein richtig fettes Preisschild, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vergangenes Jahr hat die Versicherungswirtschaft global bereits über 130 Milliarden Euro

durch die Kompensation von Naturkatastrophen bezahlen müssen – zusammengerechnet 130 Milliarden, umgerechnet in Euro. Das ist der höchste Stand, der jemals gemessen wurde, um Naturkatastrophen sozusagen, wenn Sie so wollen, wieder zu heilen. Heilen kann man da nicht, man kann im Zweifel nur investiv versuchen, Schaden zu begrenzen.

Aber wir reden über mehr. Wir reden darüber, dass der Klimawandel verschiedene Lebensbereiche betrifft, vor allen Dingen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Er betrifft genauso Fragen der Stadtplanung, um darüber zu reden, was können wir in den Städten tun, muss man sich das in Zukunft angucken. Er betrifft – das haben wir gerade gehört – die Landwirtschaft. Er betrifft die Fragen der Ernährung, des Forstes und des Waldumbaus, unserer Wasserversorgung, der Wirtschaft und übrigens auch Fragen der Bildung. Sie sehen, dass es damit ein absolutes Querschnittsthema ist. Ich habe mich eben sehr gefreut, dass die Abgeordnete Mühlbauer darauf verwiesen hat. Dadurch, dass diese vielen Lebensbereiche betroffen sind, ist es an der Zeit, tatsächlich Klimaschutz im Grundgesetz festzuschreiben und deutlich zu machen. Es ist jetzt an der Zeit, Klimaschutz als Staatsziel zu verankern.

(Beifall SPD)

Denn am Ende, liebe Frau Mühlbauer, ist der Klimaschutz wie ein Marathon. Wer von Ihnen schon einmal versucht hat, für die Zehn-Kilometer- oder Marathonstrecke zu trainieren, der weiß, wenn man zwei Tage vorher beginnt, wird das nichts, sondern im Gegenteil. Man braucht ordentlich Zeit, um sich fit zu machen, um am Ende sein Ziel zu erreichen. Das gilt auch dafür. Deswegen bin ich der festen Überzeugung: Wir müssen jetzt beginnen.

Wer immer noch nicht überzeugt ist – übrigens, Internet heißt nicht gleich „seriöse Wissenschaft“, man muss sich schon angucken, welche Quellen man benutzt –,

(Heiterkeit DIE LINKE)

guckt vielleicht mal – sie ist ja hier ums Eck und Ihnen vielleicht nahe – auf die CO<sub>2</sub>-Uhr der Hochschule Nordhausen. Demnach sind es noch zehn Tage, bis die Anreicherung mit CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre am Ende dazu beiträgt, dass wir das 1,5-Grad-Ziel, was wir niemals reißen wollten, tatsächlich reißen. Das sind die Daten, die unsere Wissenschaftler an der Hochschule Nordhausen erheben. Schauen Sie auf die Uhr, gucken Sie sich das an, worüber wir reden. Diese Uhr läuft anders als die Schuldenuhr des Landes Thüringen – übrigens dank der erfolgreichen Arbeit von Rot-Rot-Grün – nicht rückwärts, meine sehr geehrten Damen und Herren.

**(Ministerin Siegesmund)**

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die globalen Bemühungen zum Klimaschutz haben, denke ich, durch das Pariser Abkommen und andere Punkte Fahrt aufnehmen können. Am Ende ist aber immer die Frage: Was passiert denn tatsächlich in den Regionen und vor Ort? Es ist übrigens nicht so, Herr Gruhner – auch wenn Sie immer wieder diese Phrase bemühen, dass wir in irgendeiner Art und Weise überbürokratisieren oder mit unserem Klimagesetz gängeln. Im Gegenteil. Das Klimagesetz weist einen Weg und bietet Möglichkeiten, diesen Weg und die Ziele, die wir beschreiben, zu begehen. Wir machen das eben anders, als es früher übliche Regierungspraxis war, mit den Kommunen, mit denjenigen, die betroffen sind – übrigens auch durch umfassende Anhörungen dokumentiert. Wir setzen auf Konzepte der Kommunen, wir unterstützen diese finanziell. Wir wollen die Menschen nicht nur einbinden, sondern wir hören sie an, indem wir sie beispielsweise die Klimastrategie mit erarbeiten lassen. Es sind Klimaschutzstrategien der Kommunen und Landkreise, die am Ende regional einzelne Puzzlestückchen zusammensetzen, sodass wir auch in Thüringen eine Menge tun können. Das gilt genauso natürlich für die Kommunen. Ich finde es überhaupt nicht unredlich, Gebäudeeigentümern den Vorschlag zu machen, darüber nachzudenken oder sich ausrechnen zu lassen, wie viel CO<sub>2</sub> sie einsparen können, wenn sie sich beraten lassen. Ich denke, die wenigsten Gebäudeeigentümer wissen eigentlich, wie sie an dieser Stelle leichterdingens einen eigenen Beitrag leisten können. Diese Unterstützung geben wir.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Klimaschutz ernst nehmen wollen, dann beginnen wir diesen Weg und unterstützen dabei. Dass wir nicht nur reden, sondern auch handeln, sieht man schon jetzt. Sie kennen die Förderprogramme des Landes, die da heißen: Solar Invest. Wir geben vielen die Möglichkeit, mit Fotovoltaik oder Solarthermie die Energiewende ein Stück weit selbst in die Hand zu nehmen, denn die Sonne stellt keine Rechnung. Das ist sozial, klimafreundlich und energetisch relevant.

Wir haben für die Wirtschaft das Programm GREEN invest, in dem wir Energieeffizienz unterstützen. Auch das ist ein großer Hinweis dahin gehend, dass wir mit geeigneten Instrumenten unterwegs sind, um beides zu tun, eine Win-win-Situation zu erreichen, um einerseits Programme auf den Weg zu bringen, die die Thüringer Wirtschaft unterstützen, indem sie nämlich weniger für Energie ausgeben müssen, und auf der anderen Seite ihren CO<sub>2</sub>-Bereich senken. Da sehen Sie, wenn man will, ist auch ein Weg da.

Wir unterstützen die Kommunen durch Klima Invest, wo es für die Kommunen verschiedene Möglichkeiten gibt, zu investieren. Keine andere Landesregierung vor dieser hat innerhalb einer Legislatur so zusätzlich für Klimamaßnahmen 100 Millionen Euro in Thüringen in den Haushalt eingestellt, um die mittelständische Wirtschaft zu unterstützen, um Solaranlagen oder Eigenheimbesitzer zu unterstützen, um die Fernwärme der Landeshauptstadt ebenso zu unterstützen wie beispielsweise den Tausch von Fenstern und Türen in Gemeindehäusern einer kleinen Rhöngemeinde oder E-Busse anzuschaffen usw.

Was wir geben, ist die Möglichkeit und Anreize, selbst Klimaschutz zu machen, anstatt nur darüber hinwegzureden, dass es doch gar nicht notwendig sei. Das zeichnet uns aus! Das ist wirksamer Klimaschutz neben der Anpassung an den Klimawandel, was Sie völlig richtig erwähnt haben, was auch genauso zweite Säule sein muss. Hier gibt es nicht nur Regionalkonferenzen, sondern entsprechend breite Maßnahmenpakete, die wir den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ebenso wie den Landkreisen bieten mit Förderrichtlinien für Kommunen, wo sie im Bereich Klimaanpassung von uns unterstützt werden, vom Hochwasserschutz bis hin zur Starkregenvorsorge.

Und ja, es ist richtig, dass wir gerade auch in den Städten, wo wir zum Teil messen, dass in bestimmten Stadtlagen noch mal zusätzlich Temperaturunterschiede von 8 bis 10 Grad mehr als in anderen Ortsteilen messbar sind, dass wir hier auch baulich Veränderungen brauchen. Auch hierfür werden wir Hilfestellung geben, um dieser Vorsorge, der Gesundheit, den Menschen die höchste Priorität einzuräumen.

Weil ich auch nicht aufgeben will bei der Frage der Lerneffekte: Der Klima-Pavillon, Sie sind alle herzlich eingeladen. Er schließt am Freitag erst mal für diese Saison seine Türen. Wir haben in Weimar unheimlich viel Zuspruch erfahren. Ich denke, das ist der Weg. Miteinander diskutieren, wie kann jeder ein Stück weit mithelfen, Klimaschutz auch selbst zu machen. Dann gelingt das auch miteinander. Auf die Debatte zum Klimagesetz und die Verabschiedung demnächst hier im Thüringer Landtag freue ich mich. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Aufgrund der längeren Redezeit der Landesregierung stehen jetzt jeder Fraktion noch mal 2 Minuten zur Verfügung. Wünscht noch jemand das Wort? Das kann ich nicht erkennen. Dann schließe ich die zweite Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf den **dritten Teil** der Aktuellen Stunde

**(Vizepräsidentin Jung)****c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Aufholjagd verstärken – Für gute Arbeit in Thüringen“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/6088 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile Abgeordneter Leukefeld, Fraktion Die Linke, das Wort.

**Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Thüringen hat die längsten Arbeitszeiten und mit die niedrigsten Löhne. Das stimmt uns nicht froh, aber das waren die Schlagzeilen der letzten Tage, und das bringen auch die neuesten Zahlen des Bundesamts für Statistik und der Arbeitsagentur zum Ausdruck. Um es gleich vorwegzusagen: Ja, die Löhne sind auch in Thüringen gestiegen, und zwar überdurchschnittlich, mehr als anderswo. Minister Tiefensee – war nachzulesen – sprach von einem Plus von 26,8 Prozent seit 2010. Gut so, das ist mehr als ein Viertel in den letzten acht Jahren.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen heißt unsere Aktuelle Stunde auch: Aufholjagd für gute Arbeit und gerechte Löhne – und da sind wir dabei. Zum Glück wird schon lange nicht mehr mit Thüringen als Niedriglohnland geworben wie zu Zeiten der CDU-Alleinregierung. Das niedrige Lohnniveau in Thüringen ist aber immer noch eine direkte Folge dieser verheerenden Billiglohnstrategie. Gleichzeitig spiegeln sich hier auch die fatalen wirtschaftspolitischen und strukturellen Fehlentscheidungen nach der Wende wider, die auch mit dem Instrument der treuhandbetriebenen großflächigen Deindustrialisierungspolitik durchgesetzt wurden.

Thüringen ist heute ein attraktiver Standort mit hoher Lebensqualität. Das hat uns auch die IHK Südthüringen bestätigt, nämlich dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit in ihrer Stellungnahme zur Anhörung zur Fachkräfteentwicklung schriftlich mitgeteilt. Sie schreibt dann aber weiter: „Regelmäßige Kampagnen, die Thüringen als Niedriglohnstandort diffamieren, sind daher kontraproduktiv.“ Ja, meine Damen und Herren – oder besser gesagt: Nein, meine Damen und Herren, eine neue Kampagne zur Diffamierung ist das nicht. Aber wir sind schon verpflichtet, auch als Parlamentarier, zu sagen, was ist. Denn von den Lohnzuwächsen profitieren leider eben eine Reihe von Beschäftigten nicht, darunter vor allem auch viele Frauen. Richtig ist: Es gibt einerseits viel Arbeit, es gibt steigende Löhne und zum Teil auch attraktive Arbeitsbedingungen. Aber andererseits ist es noch nicht gelungen, die sozialen Unterschiede und damit auch

Ängste abzubauen. Das wird eine Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Zweierlei ist wichtig, zur Kenntnis zu nehmen: Im Osten wird im Schnitt 67 Stunden im Jahr mehr gearbeitet als im Westen. In Thüringen war das 2017 mit 1.371 Stunden die Zeit, wo am längsten gearbeitet wurde. Zugleich lagen die Jahresbruttolöhne je Arbeitnehmer im Westen mit 35.084 Euro im Durchschnitt fast 5.000 Euro höher als in den neuen Ländern. Fakt ist: Der monatliche Bruttolohn beträgt in Thüringen im Durchschnitt 2.459 Euro, im Jahresdurchschnitt sind das 28.728 Euro. Da werden manche sagen: Ich wäre froh, wenn ich das hätte. Ich will mir aus Zeitgründen die Zahlen der anderen Bundesländer hier ersparen, wir liegen ziemlich weit unten.

Was also tun, um Lebensqualität, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West und auch Fachkräftesicherung in Zukunft besser zu gestalten?

1. Der Tariffucht und der Tarifabstinenz müssen wir ein Ende setzen. Das können wir hier aber nicht beschließen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber weniger als 25 Prozent aller Unternehmen in Thüringen sind tarifgebunden und das ist auf die Dauer nicht haltbar. Da gibt es dringenden Handlungsbedarf.

2. Wir Linken bleiben bei unserer Forderung nach einem höheren Mindestlohn von 12 Euro.

3. Wir wollen die Aufholjagd bei Löhnen und Gehältern mit gemeinsamen Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und den Gewerkschaften verbessern. Deswegen sage ich auch die Botschaft an die Beschäftigten: Organisiert euch in Gewerkschaften, stärkt eure Betriebs- und Personalräte. Wir sind eure Partner, denn wir brauchen den gemeinsamen Kampf für faire Arbeitsbedingungen und bessere Löhne in Thüringen! Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Danke. Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Holzapfel, Fraktion der CDU, das Wort.

**Abgeordnete Holzapfel, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren – Zuschauer haben wir heute nicht –,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Na ja, ein paar sind es schon!)

einige Zahlen werden sich wiederholen, gezwungenermaßen. Thüringen liegt beim Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter an der Spitze aller Bundes-

**(Abg. Holzapfel)**

länder. Sie sind zwischen 2010 und 2017 um 26,8 Prozent angestiegen. Das ist sehr erfreulich. Hierbei ist jedoch auch das Niveau entscheidend. So liegt Thüringen im deutschlandweiten Vergleich insgesamt nach wie vor auf dem viertletzten Platz. Das zeigt, dass wir noch viel nachzuholen haben. Da sind wir schon mal auf einer Wellenlänge. Abhaken!

Gleichzeitig arbeiteten die Thüringerinnen und Thüringer einer aktuellen Datenauswertung zufolge – Sie sagten es schon – bundesweit mit 1.371 Stunden im vergangenen Jahr am längsten. Auch das wirkt sich wiederum negativ auf das Lohnniveau aus.

Klar ist auch, dass der Wirtschaftsstandort Thüringen auch heute noch strukturelle Nachteile im Vergleich zu westdeutschen Flächenländern aufweist. Das wirtschaftliche Profil Thüringens ist vom Fehlen größerer industrieller Strukturen bestimmt. Daraus resultiert eine im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern signifikante Forschungsschwäche der Unternehmen, denn rund 90 Prozent der Thüringer Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte. Hört, hört! Deshalb sind die privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Thüringen bei nur knapp über 1 Prozent und damit deutlich unter dem Bundesschnitt von 2 Prozent. Außerdem fehlen Konzernzentralen, sodass die Beschreibung Thüringens als verlängerte Werkbank nach wie vor Gültigkeit besitzt.

In den Aufbaujahren nach der friedlichen Revolution lag der Schwerpunkt vor allem auf der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auch ich als damalige Verantwortliche, als Betriebsratsvorsitzende kann Ihnen davon ein Lied singen. Wir hatten noch im Jahr 2005 eine Arbeitslosenquote von 18,6 Prozent. Da ist es nur verständlich, dass für die vorigen Landesregierungen die Schaffung von Arbeitsplätzen ein bedeutendes Ziel war. Nicht einmal zehn Jahre später hat sich die Arbeitslosigkeit mehr als halbiert und lag 2014 bei 7,8 Prozent.

(Beifall SPD)

Heute liegt unser Freistaat mit 5,4 Prozent an der Spitze der jungen Länder und es fehlen nur noch 0,3 Prozent zum Bundesdurchschnitt. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Landesregierungen hat mehr als gewirkt.

(Beifall CDU)

Wir sind es leid, immer noch eine Niedriglohnstrategie vorgehalten zu bekommen – so wie es die Linken in dieser Woche in einem Tweet wieder einmal getan haben –, denn die Angleichung der Einkommensverhältnisse war und ist ein zentrales Ziel unserer Politik.

(Beifall CDU)

Richtig ist, dass für gute Arbeit auch guter Lohn gezahlt werden muss. Von Ihrer Fraktion unterscheiden wir uns allerdings erheblich in den Maßnahmen, die wir zur Erreichung dieses Ziels für geeignet halten. So wird in Ihren Reihen immer wieder eine erhebliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ins Gespräch gebracht. Wir erteilen einer außerplanmäßigen Anpassung des Mindestlohns auf die gewünschten 12 Euro eine Absage, weil sie in das Tarifgeschehen und in die Tarifautonomie eingreift. Hierfür wurde eine Kommission im Bund gegründet. Es gibt Branchen wie die Systemgastronomie, das Bäckerhandwerk oder das Friseurhandwerk, in denen die Tariflohnentwicklung durch die Mindestlohnentwicklung bestimmt wird. Es würde das Tarifgefüge ausgehebelt werden, wenn wir einen politischen Mindestlohn einführen, und es würde Arbeitsplätze gefährden, wenn es zu einem wirtschaftlichen Abschwung kommt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das war schon immer falsch!)

Klar ist aber auch, dass der Mindestlohn keine Armutsprobleme löst. So ist die Anzahl der Aufstocker seit der Einführung des Mindestlohns kaum gesunken. Deshalb plädieren wir für die gezielten Maßnahmen, um Menschen dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Zu der von Ihnen propagierten Aufholjagd gehört auch,

**Vizepräsidentin Jung:**

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist um.

**Abgeordnete Holzapfel, CDU:**

endlich die bürokratischen Barrikaden und Hindernisse zu durchbrechen und zu beseitigen, damit sich die Unternehmen auf ihre eigentliche Geschäftstätigkeit konzentrieren können.

**Vizepräsidentin Jung:**

Jetzt ist sie um.

**Abgeordnete Holzapfel, CDU:**

Gute Arbeit, gute Löhne, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Die hat aber abgeschrieben!)

**Vizepräsidentin Jung:**

Danke schön, Frau Holzapfel. Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Lehmann, Fraktion der SPD, das Wort.

**Abgeordnete Lehmann, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Berichte über die Lohnentwicklung in Thüringen sind für mich als Arbeitsmarktpolitikerin immer wieder ernüchternd, auch in diesen Tagen, wenn dazu noch eines deutlich wird, nämlich dass in Thüringen wie in den anderen ostdeutschen Ländern die niedrigsten Löhne gezahlt werden – vom bundesdeutschen Durchschnitt erreichen wir gerade mal 83 Prozent – und gleichzeitig hier die längsten Arbeitszeiten gearbeitet werden. Da sind auch Meldungen, dass die Löhne in Thüringen im Vergleich zu anderen Ländern überdurchschnittlich steigen, wenig entlastend. Wir starten nämlich von einem sehr niedrigen Niveau. Selbst bei der aktuellen Dynamik, die sich in der Lohnsteigerung abzeichnet, braucht es noch Jahrzehnte, bis wir eine Lohnangleichung mit den anderen westdeutschen Ländern erreichen können. Zum Beispiel hat es fatale Konsequenzen, dass wir in den kommenden Jahren weit mehr als bisher mit Altersarmut zu tun haben werden, weit mehr als das in Westdeutschland der Fall sein wird. Gleichzeitig ist eine Frage in dieser Debatte immer drängender, nämlich die, wie wir dauerhaft Fachkräfte in Thüringen halten können. Auch das diskutieren wir regelmäßig hier im Parlament, aber auch mit Vertretern der Wirtschaft, mit Unternehmern, mit Gewerkschaften und mit Beschäftigten. Ein Bereich, in dem der Fachkräftemangel schon jetzt besonders sichtbar wird, ist die Sozialwirtschaft.

Ich würde gern auf zwei Beispiele eingehen, die noch mal deutlich machen, wie groß die Konkurrenz der anderen Bundesländer zu Thüringen ist. Eine Studie des Sozialministeriums, auch die ist hier schon häufiger zitiert worden, zeigt, dass wir zum Beispiel im Bereich der Pflege in den vergangenen Jahren ausreichend Auszubildende ausgebildet haben, um den Fachkräftebedarf zu sichern. Dennoch sind die heute nicht in Thüringen, sondern in anderen Bundesländern, in angrenzenden westdeutschen Bundesländern, weil dort eben besser bezahlt wird. Der Blick auf die Zahlen zeigt auch, warum. Während eine Altenpflegerin in Vollzeit in Thüringen 2.245 Euro verdient, verdient sie in Bayern 2.875 Euro, mehr als 600 Euro Unterschied.

Das zeigt sich aber auch zum Beispiel im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Kürzlich hat eine Studentin an der FH berichtet, dass sie nach dem Bachelor in der Kindheitspädagogik eine Kita-Leitung im fränkischen Coburg anstrebt. Das ist inzwischen nicht mehr nur nahe an Südthüringen, das ist inzwischen auch nahe an Erfurt. Sechsmal am Tag fährt ein ICE nach Coburg, da ist man in 30 Minuten da. Die BahnCard 100 kostet im Jahr ungefähr 4.300 Euro und trotzdem lohnt sich das noch. Das zeigt, dass gute Löhne einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten können.

Auch aus diesem Grund haben wir als Koalition derzeit einen Antrag zur Fachkräftesicherung im Parlament, weil gute Arbeit da eine Schlüsselrolle spielt. Wir haben im kommenden Monat eine Anhörung im zuständigen Sozialausschuss. Wir werden natürlich als Fraktion auch darüber hinaus mit Gewerkschaften und mit Arbeitgebern, mit Fachverbänden weitere Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und -qualifizierung vereinbaren.

Dennoch sind die Landesregierung und auch wir als Parlament nur begrenzt handlungsfähig, was die Löhne angeht. Wir sind es, wenn wir zum Beispiel einen Mindestlohn festlegen. Frau Holzapfel, ich muss Ihnen da widersprechen; auch die Einführung des aktuellen Mindestlohns hat schon in Tarife eingegriffen, weil es Tarife gab, die weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn lagen. Das war ja einer der Gründe, warum wir gesagt haben, dass es diese politisch vereinbarte Lohnuntergrenze überhaupt geben muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch dann Einfluss, wenn wir zum Beispiel öffentliche Vergaben regeln, auch da können wir bestimmte Standards fordern. Aber ansonsten gilt, die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Unser Ziel ist es, die Tarifbindung zu stärken. Aber dazu brauchen wir vor allem eines, nämlich starke Tarifpartner. Das ist der einzige Weg, mit dem wir langfristig in Thüringen eine deutliche Lohnsteigerung für alle Beschäftigten erreichen können. Aus unserer Sicht ist das auch notwendig, weil gute Löhne nicht nur sozialpolitisch notwendig sind, sie sind auch wirtschaftspolitisch vernünftig. Will der Wirtschaftsstandort Thüringen auf lange Sicht konkurrenzfähig bleiben, dann brauchen wir gute Arbeitsbedingungen. Das bedeutet in harten Fakten vor allem gute Löhne, Arbeitszeiten und auch eine gute Personalbemessung.

Hier braucht es das Engagement der Tarifparteien. Meine Kollegin Ina Leukefeld hat schon dazu aufgerufen. Auch ich möchte appellieren: Liebe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, organisieren Sie sich in Gewerkschaften. Aber dieser Appell richtet sich auch an die Arbeitgeber. Ich bin der Meinung, dass Schluss damit sein muss, dass Arbeitgeber sich in Arbeitgeberverbänden organisieren können, alle Vorteile genießen, aber keine Pflicht mehr zur Tarifbindung haben. Damit muss Schluss sein, weil das die Tariffucht ermöglicht, mit der wir hier in Thüringen konfrontiert sind. Das ist nicht im Interesse der Wirtschaft, das ist nicht im Interesse der Beschäftigten und das ist auch nicht im Interesse des Freistaats Thüringen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Thüringen darf nicht Niedriglohnland bleiben, das haben die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag hart dafür arbeiten, dass es unserer Wirtschaft gut

**(Abg. Lehmann)**

geht, nicht verdient. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Rudy, Fraktion der AfD, das Wort.

**Abgeordneter Rudy, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste, die Linke will mit dem Thema ihrer Aktuellen Stunde den Anschein erwecken, dass sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Thüringen vertritt. Wenn man die Sache dann genauer anschaut, sieht man jedoch, dass es nur Nebelkerzen sind, die hier abgefackelt werden.

(Beifall AfD)

Was die Bestandsaufnahme angeht, die dabei gezeichnet wird, ist die Lage in Thüringen natürlich alles andere als befriedigend. Da kann man durchaus auf die Zahlen zurückgreifen, die auf Berechnungen der Linken im Bundestag beruhen und dadurch durch die Medien gehen. So hat sich das Arbeitsvolumen in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert. Thüringen ist demnach das Bundesland mit der höchsten durchschnittlichen Anzahl jährlicher Arbeitsstunden pro Erwerbstätigen. Thüringer Arbeitnehmer arbeiteten 1.371 Stunden im Jahr 2017, in Nordrhein-Westfalen beispielsweise waren das 110 Stunden weniger. Sodann rangiert Thüringen mit einem durchschnittlichen Jahresbruttogehalt von 28.728 Euro je Arbeitnehmer im Jahr 2017 bundesweit auf einem der hinteren Plätze. Ein Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen verdiente 2017 durchschnittlich 34.404 Euro. Nun stehen verschiedene Faktoren hinter dieser Entwicklung. Da wird zu Recht etwa auf Tarifabschlüsse verwiesen und natürlich spielt die Arbeitsproduktivität eine entscheidende Rolle. Die Kenngröße der Arbeitsproduktivität ist viel bedeutender für die Entlohnung als die Anzahl der Arbeitsstunden. Aber gerade die Produktivität ist Resultat nicht zuletzt von politischen Entscheidungen.

Damit kommen wir zu den Forderungen, die die Linke zur Begründung ihrer Aktuellen Stunde anführt. Es ist richtig, dass eine bessere Entlohnung wünschenswert ist. Ein entsprechender Appell an die Tarifparteien, die die Löhne und Gehälter aushandeln, ist nichts Falsches. Dieser Appell ist aber verlogen, wenn zudem eine Standortpolitik gemacht wird, die einer Erhöhung der Arbeitsentgelte zuwiderläuft. Genau eine solche Politik wird in Thüringen unter einem linken Ministerpräsidenten, der eine rot-rot-grüne Koalition anführt, betrieben. Das ist

eine Politik, die der wirtschaftlichen Attraktivität des Standorts Thüringen nachhaltig schadet.

Es ist doch die Linkspartei, die diese Koalition anführt. Warum haben Sie die Bedingungen für die Thüringer Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren nicht zugunsten der Thüringer Wirtschaft und damit der Arbeitnehmer verbessert? Die Antwort lautet: Die rot-rot-grüne Regierung betreibt eine wirtschaftsschädliche Politik, eine Politik, die den Wirtschaftsstandort Thüringen nicht voranbringt, sondern ins Hintertreffen führt.

(Beifall AfD)

Denn was machen Sie denn? Sie erhöhen die Belastungen für die Unternehmer; ich nenne da mal Ihr grandioses Bildungsfreistellungsgesetz. Sie forcieren eine sogenannte Energiewende, die exorbitante Strompreise zur Folge hat. Das belastet gerade die kleineren und mittleren Unternehmen. Sie reden zwar ständig von Digitalisierung, ändern aber nichts daran, dass Thüringens digitale Infrastruktur in weiten Landstrichen auf dem Niveau eines Entwicklungslandes steht. Sie ruinieren unser Bildungssystem, sodass immer mehr ausbildungsunfähige junge Leute die Schule verlassen. Sie bejubeln eine EU, die gerade den Unternehmen unentwegt neue Lasten und Pflichten auferlegt. Da braucht man nur an den Verwaltungsaufwand zu denken, den die Datenschutz-Grundverordnung nach sich zieht.

(Beifall AfD)

Reden Sie sich nicht damit heraus, dass dafür Brüssel verantwortlich sei. Es ist die Linkspartei im Verein mit CDU, SPD und Grünen, die auch hier in Thüringen ausdrücklich viel mehr Brüssel will. Viel mehr Brüssel, das ist Ihre Agenda. Anstatt zu lamentieren, sollten Sie endlich anpacken und unser Land voranbringen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Totaler Blödsinn!)

Damit steigen auch die Löhne und Gehälter. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Pfefferlein, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

**Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, in Deutschland gibt es 2018 so viele freie Stellen wie nie zuvor. Mit 1,19 Millionen hat die Zahl der zu besetzenden Jobs im I. Quartal sogar den Spitzenwert vom Vorjahresquartal überschritten. Das geht aus einer ver-

**(Abg. Pfefferlein)**

öffentlichsten Stellenerhebung des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung hervor. Im Jahr 2017 brauchte ein Unternehmen zur Neubesetzung einer Stelle im Durchschnitt 55 Tage. Damit sind wir in Thüringen angekommen, dem Land der kleinen und mittelständischen Unternehmen, in denen immerhin 91 Prozent der Beschäftigten arbeiten. Das Dilemma heißt „Nachfrage und Markt“. Die offenen Stellenangebote können nicht besetzt werden, weil schon heute Fachkräfte fehlen. Gut ausgebildete Menschen haben die Auswahl. Nehmen wir die Fakten dazu, dass Thüringen das Bundesland mit den längsten Arbeitstagen und den beinahe niedrigsten Löhnen ist, nimmt es nicht wunder, dass freie Arbeitsplätze in unserem schönen Bundesland nicht in Rekordgeschwindigkeit neu besetzt werden. Die demografische Entwicklung und die gute Wirtschaftsprognose gelten für ganz Deutschland, aber aus Thüringen sind viele abgewandert, als es auf dem Arbeitsmarkt schlecht aussah. Der Wettkampf um gute Arbeitskräfte hat längst begonnen, aber Thüringen wurde als Lohndumping-Bundesland jahrzehntelang vorgeführt auf Kosten der Beschäftigten und – wie sich derzeit unverkennbar zeigt – auch mit massiven Folgen für die Unternehmen. Leider hat die Politik der vergangenen CDU-geführten Landesregierung dabei auf das falsche Pferd gesetzt. Wie sieht es denn in der Folge davon heute in Thüringen aus? Die Armut vieler Erwerbstätiger bleibt ein Thema. Die Menschen arbeiten und müssen ihren Lohn trotzdem im Jobcenter aufstocken, um über die Runden zu kommen. Minijobs sorgen für kein auskömmliches Einkommen. Die Leiharbeitskräfte verdienen in der Regel immer noch deutlich weniger als die Stammbeslegschaften. Überhaupt hängt Ostdeutschland bei den Löhnen im Vergleich zu den Westländern weiter klar hinterher. Thüringen steht bei den Durchschnittseinkommen weit unten. Auch die Tarifbindung sinkt seit 20 Jahren massiv. Nicht einmal mehr die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in tarifgebundenen Betrieben. Frauen haben erst recht das Nachsehen und verdienen im Durchschnitt immer noch 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Außerdem sind sie diejenigen, die mehrheitlich in Teilzeit arbeiten.

Nun gilt es schleunigst, im Schulterschluss von Unternehmen, Politik und Gesetzeslagen den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Dass dies nicht einfach ist, ist klar. Patentrezepte gibt es keine. Zu viele Missstände sind abzubauen, zu viele Jahre Versäumnisse aufzuholen. Aus der eben ausgeführten Liste möchte ich mir zwei Fakten herausgreifen, die mir besonders am Herzen liegen.

Erstens: Die Sozialwirtschaftsbranche ist vor allem eine Frauendomäne. Deshalb komme ich – das liegt mir persönlich sehr am Herzen – auf das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Wir alle müssen Familie wieder als einen selbstverständli-

chen Teil von betrieblichen Abläufen sehen. Wir wollen eine leistungsfähige soziale Infrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für das Zusammenleben mit Kindern als auch für die Sorgearbeit der Familien, auch gegenüber der älteren Generation, gewährleistet. Darum hat Thüringen auch im Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben“ der Generationen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtiges Gestaltungselement aufgenommen.

Noch ein Aspekt scheint bei der umfassenden Betrachtung des Fachkräftemangels von Bedeutung: Wie hoch Verdienste regional ausfallen, hängt von der Anzahl gut bezahlter Jobs ab. Wir brauchen also ein gerechtes und zukunftsfähiges Berufsausbildungssystem. Eine Unterstützung ist hier ganz gewiss: die Einführung und Weiterentwicklung des Azubi-Tickets.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch gibt es bereits viele Maßnahmen beim Übergang von Schule zu Beruf. Wir müssen frühe Berufsorientierung an jede Schule bringen. Dazu brauchen wir auch eine fachliche Expertise der beruflichen Bildungsträger. Langfristige Konzepte müssen darauf abzielen, frühzeitig Interesse an der Ausbildung in Handwerk und Industrie zu wecken. Den Thüringer Arbeitsmarkt für alle potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder attraktiv zu machen wird eine Mammutaufgabe. Der stellt sich Rot-Rot-Grün sehr gern.

Dafür braucht es eine gemeinsame Strategie und mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Fachkräfteentwicklung in Thüringen – Beschäftigte halten, bilden und fördern“ bieten wir den Thüringer Unternehmen politische Strategien zur Fachkräfteentwicklung an. Aber ich sage auch sehr deutlich, der Arbeitsmarkt und das Fachkräfteangebot ist keine Einbahnstraße. Die Wirtschaft muss ihren Teil dazu beitragen, dass Thüringen ein attraktiver Standort sowohl für Unternehmerinnen und Unternehmer als auch für alle Beschäftigten wird. Nur so können alle Potenziale entdeckt, gefördert und genutzt werden. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner hat Abgeordneter Gentele das Wort.

**Abgeordneter Gentele, fraktionslos:**

Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, liebe Besucher, auch am Livestream! Herr Rudy ist leider nicht da, aber an die AfD: Der Breitbandausbau erfolgte erst unter Rot-Rot-Grün – nur mal so zur Info.

**(Abg. Gentele)**

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Aber immer noch nicht flächendeckend!)

Aber wenigstens angefangen, nicht wie bei den Regierungen davor.

Zum Thema hier in der Aktuellen Stunde, „Aufholjagd verstärken – Für gute Arbeit in Thüringen“: Werte Landesregierung, Sie sind nun fast vier Jahre im Amt und konnten leider diesem Trend nicht genug entgegenreten, denn Thüringen im Herzen Deutschlands zählt im Bundesvergleich immer noch zu den Schlusslichtern. Ein klares Armutszeugnis der letzten Jahre! Dabei hätten Sie es gerade in der Hand gehabt, dies entscheidend zu verändern. Leider hat sich in diesem Sektor nicht sehr viel getan, mit wenigen Ausnahmen. Aber unter der Regierung der CDU und unter CDU/SPD wurde Thüringen ein Dumpinglohnland. Das ist stellenweise leider immer noch so.

Ich zitiere mal ein paar Zahlen – Quelle ist die TA –: Zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten im Freistaat gibt es erhebliche Unterschiede. Beim Vergleich der monatlichen Bruttoentgelte liegt in Thüringen Jena an der Spitze. Das ist erfreulich. Laut Bundesagentur für Arbeit kommen die Beschäftigten dort auf ein mittleres Einkommen von 3.066 Euro im Monat. Es gibt leider erhebliche Unterschiede bei der Höhe der Entgelte. So liegen etwa Beschäftigte in Greiz mit einem mittleren Bruttomonatsentgelt von nur 2.233 Euro und im Altenburger Land sogar 2.218 Euro am unteren Ende der Skala. Betrachtet man statt des Arbeitsortes den Wohnort der Vollzeitbeschäftigten, liegt der Saale-Holzland-Kreis auf der Spitzenposition bei den Arbeitsentgelten in Thüringen. Demnach kommen Menschen dort auf ein mittleres Bruttoeinkommen von 3.543 Euro, gefolgt von Erfurt mit 3.525 Euro. Im bundesweiten Vergleich der Gehaltssituation ist Thüringen demnach eines der Schlusslichter Ostdeutschlands und liegt in der Vollzeitbeschäftigung bei einem mittleren Einkommen von 2.600 Euro und bleibt damit deutlich hinter Westdeutschland mit 3.339 Euro zurück. Die Schlusslichter im Bundesvergleich sind neben Thüringen, 2.459 Euro, auch Sachsen, 2.479 Euro, und Mecklenburg-Vorpommern mit 2.391 Euro, was aber keinen Trost darstellt.

Thüringen verzeichnete zwar zuletzt einen höheren Lohnanstieg, der allerdings von einem niedrigen Niveau ausgeht. Die Lohnschere zwischen Ost- und Westdeutschland muss dringend geschlossen werden. Das sind wir der Bevölkerung in Thüringen schuldig.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Jawohl!)

Denn jeder von uns geht einkaufen, zahlt Miete, muss tanken usw. Aber die Preise steigen ständig. Jeder, der einer Beschäftigung nachgeht, muss von dieser anständig leben können, ohne dass noch

das Amt aufstocken muss. Früher sagte man: ein Drittel Lohn für die Miete, ein Drittel für Lebensmittel und Lebensunterhaltungskosten und ein Drittel zum Sparen. Ich frage Sie: Denken Sie wirklich, dass man vom Mindestlohn noch sparen kann? Ich weiß, dass es nicht so ist. Wir brauchen einen Lohn von mindestens 12,50 Euro die Stunde und die Abschaffung der Leiharbeit. Schließlich gehe ich mit offenen Augen durchs Leben und rede mit meinen Mitmenschen. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass Thüringer höhere Einkommen erzielen können. Ich fordere gute Bezahlung und gerechte Bezahlung für die Arbeitnehmer. Wir müssen die Arbeitgeber dazu anhalten, in die Tarifbindung zu gehen und Betriebsräte zu fördern. Das hilft auch beim Gewinnen und Halten von Fachkräften, denn Fachkräfte, aber auch Ungelernte müssen wir halten – und das geht meist nur über einen gerechten Lohn, von dem man leben kann. Hier sind Sie und auch die nächste Regierung gefordert. Ansonsten erleben wir Dresden und Chemnitz auch bald bei uns. Verstärken Sie Ihre Arbeit, um Besseres für Thüringen zu erreichen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Landesregierung hat nun Ministerin Werner das Wort.

**Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Gentele, lassen Sie uns mal in den nächsten zwei Tagen einen Kaffee trinken gehen, ich würde Ihnen gern darstellen, was die rot-rot-grüne Landesregierung tatsächlich im Bereich der Arbeitsmarktförderung, der Förderung von Menschen mit niedrigen Einkommen, der Förderung von Familien geleistet hat. Das würde jetzt die Zeit sprengen, das hier in dieser Ausführlichkeit darzustellen. Aber gern würde ich Ihnen dieses Angebot unterbreiten.

(Zwischenruf Abg. Gentele, fraktionslos: Ich erwarte auch von Ihnen, dass Sie etwas erreichen wollen!)

Ja, das habe ich auch wohlwollend zur Kenntnis genommen, sonst hätte ich Ihnen auch nicht den Kaffee angeboten.

Das ist ein schönes Stichwort – oder vielleicht ein nicht so schönes Stichwort –: AfD. Ich würde trotzdem sehr gern – oder ungern, aber kurz zumindest – auf Herrn Rudy eingehen wollen und muss sagen: Ich habe mich sehr geärgert, wie verächtlich Sie das Thema jetzt betrachtet haben. Es zeigt uns zum einen, dass Ihnen Armut wahrscheinlich doch nicht so wichtig ist, dass Ihnen ein Anliegen der

**(Ministerin Werner)**

Menschen, die sozial benachteiligt sind, erst mal wo auch immer vorbeigeht – kann man auch in anderen Dingen nachlesen –, und auch die Diskussion zur Rente zeigt, dass es kein Thema ist, das sich in der AfD wirklich geklärt hat. Ich hoffe, dass viele Menschen das auch so wahrnehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Zweitens zum – wie Sie es nennen – „äh, Bildungsfreistellungsgesetz“: Ich kann sagen, dass die rot-rot-grüne Regierung dieses Gesetz mit sehr viel Augenmaß auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, es würde dem einen oder anderen Abgeordneten nicht schaden, tatsächlich auch mal Bildungsfreistellung zu nehmen. Leider – habe ich mir jetzt sagen lassen – geht das für Abgeordnete gar nicht, da müsste man vielleicht zurück ins Unternehmen gehen und dann einmal davon profitieren.

Und zum Dritten: Was das Thema „Wirtschaft“ angeht, will ich hier wirklich ganz eindeutig das Thema zurückweisen, das Sie benannt haben. Von wegen Rot-Rot-Grün bzw. der Ministerpräsident sei ein Standortnachteil für Thüringen, genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn Sie mit Unternehmen sprechen, werden Sie hören: Das größte Problem, das Unternehmen heute benennen, ist das Thema „Fachkräftesicherung“. Hier ziehen wir tatsächlich gemeinsam an einem Strang, um hier Menschen zu gewinnen, a) aus den Potenzialen, die wir hier in Thüringen haben, um die weiter zu heben, zu fördern, aber auch b), um Menschen zu gewinnen, nach Thüringen zu kommen, sowohl aus anderen Bundesländern, auch Pendlerinnen und Pendler, aber natürlich auch aus anderen Ländern.

Ich will an dieser Stelle auch auf einen „Spiegel“-Artikel hinweisen, der gestern erst auf [spiegel.de](http://spiegel.de) zu finden war, wo beispielsweise gesagt bzw. zitiert wurde, dass Ökonomen vor den Folgen einer zunehmenden Aggression gegen Zuwanderer warnen. „Ereignisse wie in Chemnitz werden die wirtschaftliche und soziale Polarisierung in Deutschland weiter verstärken“, hat immerhin der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gesagt und auch noch mal darauf hingewiesen, dass nicht nur Ausländer, sondern auch eine große Mehrheit der Deutschen in Städten und Regionen leben wollen, in denen Menschen nicht Selbstjustiz üben und in denen kein Fremdenhass vorherrscht. Das heißt, es geht darum: Wir brauchen Frieden und Toleranz, das ist der wichtigste Aspekt für Unternehmen, um sich tatsächlich für einen Standort zu entscheiden. Genau daran arbeiten wir gemeinsam als Rot-Rot-Grün, diese Atmosphäre auch zu schaffen. Ich glaube, dass das Thema heute hier auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dient nämlich auch genau dem, zu zeigen, es geht uns darum, die Potenziale zu fördern, die wir in Thüringen haben, aber natürlich auch, Menschen einzuladen, zu

uns zu kommen. Aggression und Verächtlichmachen helfen dabei überhaupt nicht.

Es wurden heute schon sehr viele Zahlen genannt und ich möchte ganz kurz zumindest auch das Positive ansprechen: Ja, die Löhne sind in den vergangenen zehn Jahren so stark gestiegen wie nirgendwo; die Zahlen wurden schon genannt. Gleichzeitig kann man sagen, dass in diesem Zeitraum die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken ist. Diese hat sich um zwei Drittel verringert. Wir nähern uns dem bundesdeutschen Durchschnitt an und sind Spitze, was die ostdeutschen Bundesländer angeht. Das hat eben nicht nur, weil es manchmal gedacht wird, vielleicht mit Verrentung zu tun, sondern wir sehen auch, dass die SV-pflichtige Beschäftigung in den letzten Jahren eine positive Entwicklung genommen hat. Wir sind inzwischen bei über 800.000 Menschen, die in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung arbeiten. Das sind gute Entwicklungen besonders der letzten Jahre. Aber es ist eben nur die eine Seite der Medaille, es beschreibt nicht die Entbehrungen, die Beschäftigte lange Zeit in Kauf nehmen mussten oder weiterhin auch in Kauf nehmen.

Die gute Entwicklung bedeutet nämlich nicht, dass der Freistaat auch bei den Löhnen insgesamt bzw. beim Durchschnittslohn Spitzenplätze belegt, ganz im Gegenteil. Auch hier wurden schon Zahlen genannt. Auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen immer noch erhebliche Lohnunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Thüringen bildet hier keine Ausnahme. Wie in der letzten Woche in einer Zeitung, in einer Studie zu lesen war, erhielten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im letzten Jahr in Thüringen durchschnittlich etwa 5.500 Euro weniger als der Bundesdurchschnitt. Thüringen befindet sich damit im Ländervergleich auf dem viertletzten Platz. Die Länder, die nach uns kommen, wurden schon benannt.

Besonders problematisch ist zusätzlich die Tatsache, dass die Gehaltsunterschiede vor allem zu unseren westlichen Nachbarländern in jenen Branchen besonders groß sind, in denen wir bereits heute Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften haben oder die Schwierigkeit bei der Gewinnung zukünftig absehbar ist – das wurde auch schon benannt. Es geht beispielsweise um das verarbeitende Gewerbe, den Handel oder die Pflege. Dramatisch ist, dass diese Wirtschaftszweige gleichzeitig eine besonders niedrige Verbreitung von Tarifverträgen und Betriebsräten ausweisen. Wie die Ergebnisse des neuen IAB-Betriebspanels bestätigen, ist die Tarifbindung im Jahr 2017 bezogen auf alle Branchen in Thüringen erneut gesunken. Noch nie seit Beginn der Erhebung waren weniger Betriebe und Beschäftigte tarifgebunden. Diese Entwicklung muss uns Sorge bereiten, denn die Geschichte hat deutlich gemacht, dass eine verhandlungsstarke gewerkschaftliche Vertretung ein

**(Ministerin Werner)**

Garant für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten ist.

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden uns also zukünftig auch weiterhin dafür einsetzen, dass mehr Betriebe zurück in die Sozialpartnerschaft kommen und dass vor allem in denjenigen Branchen die Tarifbindung steigt, die heute nur selten an Tarifverträge gebunden sind. Das sage ich nicht nur, weil ich an die Sozialpartnerschaft als ein sehr hohes Gut glaube, sondern weil es auch für die wirtschaftliche Entwicklung von Thüringen höchstproblematisch ist, wenn große Betriebe in Westdeutschland übertariflich bezahlen und damit begehrte Fachkräfte abwerben, während wir in Thüringen darum kämpfen müssen, überhaupt eine tarifliche Partnerschaft aufrechtzuerhalten.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Standortwerbung der Landesregierung in den 90er-Jahren mit niedrigen Löhnen und geschwächten Gewerkschaften zwar zu einem Aufwuchs an Arbeitsplätzen in Thüringen geführt hat, diese aber heute oft nicht mehr besetzt werden können, weil gut qualifizierte Arbeitskräfte wegen höherer Löhne nach Westdeutschland abwandern. Das, sehr verehrte Frau Holzapfel, ist ein Grund, warum das Thema „Niedriglohn“ eben immer noch eine Rolle für Thüringen spielt und wir leider immer noch darüber reden müssen.

Besonders bei den Männern macht sich dieser Ost-West-Gap mit etwa 30 Prozent bemerkbar, sodass wir in den vergangenen Jahren gerade bei den 20- bis 30-Jährigen hohe Abwanderungszahlen beobachten mussten. Der Verlust aber von den gut ausgebildeten jungen Menschen wird in Thüringen zu einem immer größeren Problem, denn inzwischen hat sich auch der Arbeitsmarkt in Thüringen gewandelt. Ich habe es gesagt: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist im Freistaat gestiegen und lag zuletzt bei 800.000 Menschen. Das waren 100.000 Menschen mehr als noch vor 20 Jahren, obwohl sich die Bevölkerungszahl seitdem um mehr als 10 Prozent verringert hat. Gleichzeitig ist auch die Zahl der arbeitslosen Menschen stetig gesunken. Entfielen ehemals auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 30 arbeitslose Menschen, so sind wir jetzt bei 8 Arbeitslosen bezogen auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Gleichzeitig lässt die Nachfrage der Unternehmen nach gut ausgebildeten Fachkräften nicht nach, sodass aus der früheren Angst der Beschäftigten, Arbeit zu verlieren und in die Arbeitslosigkeit abzurutschen, inzwischen ein gesundes Selbstbewusstsein der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geworden ist. Die Beschäftigten haben sozusagen eine Art Verhandlungsmacht. Das beweist auch der Anteil an Eigenkündigungen durch die Beschäftigten, der im vergangenen Jahr erstmals deutlich über je-

nen der Arbeitgeber lag. Das heißt, inzwischen gehen mehr als ein Drittel aller Kündigungen auf die Beschäftigten zurück und das hat oftmals positive Auswirkungen auf das Lohnniveau im neuen Job. Die Zahlen noch mal, weil das, glaube ich, sehr deutlich macht, was das für Thüringen bedeutet: 38 Prozent aller Kündigungen waren Eigenkündigungen. Nur 24 Prozent aller Kündigungen gingen von Arbeitgeberseite aus. Im Jahr 2005 lag das Verhältnis noch bei 13 Prozent Eigenkündigungen zu 35 Prozent Kündigungen durch die Arbeitgeber.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Zeiten des Niedriglohnstandorts Thüringen müssen also endgültig der Vergangenheit angehören, denn nur durch bessere und damit attraktive Löhne und Gehälter werden wir zukünftig die Chance haben, unseren Fachkräftebedarf zu decken. Doch wir dürfen uns nicht mit einer Situation zufriedengeben, in der allein die sogenannten Starken höhere Löhne gegenüber ihren Arbeitgebern durchsetzen können, während die Schwächeren von dieser Entwicklung abgekoppelt werden. Denn gerade die unteren Einkommensgruppen würden am meisten von Lohnsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen profitieren. Gerade für Thüringen ist dies von ganz besonderer Relevanz, denn leider haben wir noch immer einen der größten Niedriglohnsektoren in Deutschland. Etwa ein Drittel aller Beschäftigten im Freistaat erhält Niedriglohn, auch wenn dieser Anteil durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist. Die Statistik zeigt uns, dass gerade in jenen Branchen Niedriglöhne am verbreitetsten sind, in denen die Gewerkschaften relativ gering organisiert sind, so zum Beispiel in der Gastronomie oder in der Pflege.

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Viele Beschäftigte in Thüringen müssen außerdem länger arbeiten als ihre Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland. Diese langen Arbeitszeiten gehen in vielen Fällen eben gerade auf niedrige Einkommen und fehlende Tarifbindung zurück. Gerade Beschäftigte mit niedrigem Einkommen sehen sich gezwungen, die Lücke durch längere Arbeitszeiten zu kompensieren, damit am Ende des Monats genügend Geld auf dem Konto ist. Doch auch Beschäftigte in der Industrie arbeiten länger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland, für die seit mehr als 30 Jahren die 35-Stunden-Woche gilt. Versuche der Gewerkschaften, die Arbeitszeiten auch in Ostdeutschland an westdeutsche Verhältnisse anzupassen, sind leider vor 15 Jahren am massiven Widerstand der Arbeitgeberverbände, damals auch mit Unterstützung der CDU, gescheitert. Trotz der positiven Entwicklungen bleibt also immer noch sehr viel zu tun.

**(Ministerin Werner)**

Ich will aber noch ganz kurz auf den DGB-Index „Gute Arbeit“ verweisen, weil es natürlich nicht nur um Löhne geht. Es geht auch um gute Arbeit, es geht um menschengerechte Arbeit und es muss uns wirklich besorgen, wenn viele Menschen hier in Thüringen immer noch sagen, dass sie sich zwar auf der einen Seite mit ihrer Arbeit identifizieren und beispielsweise länger als im Bundesdurchschnitt, trotzdem sie krank sind, auf Arbeit gehen, auf der anderen Seite aber fast 50 Prozent der Menschen sagen, sie können sich nicht vorstellen, dass sie in dieser Arbeit tatsächlich ihre Rente erreichen werden.

Das heißt also: Wir haben viel zu tun. Für mich ist es ein schönes Ergebnis. Oder worüber ich mich auch freue, ist, dass wir uns in der Regierung auf einen vergabespezifischen Mindestlohn in der Höhe von immerhin 9,54 Euro verständigen konnten. Das ist ein notwendiger und, wie ich denke, längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Wir wissen aber auch, dass das noch lange kein rentenfester Mindestlohn ist und der nicht dafür sorgen wird, dass Menschen tatsächlich im Alter unabhängig von Grundsicherung leben können. Also auch hier haben wir noch einige Aufgaben vor uns. Wichtig für uns aber ist, der fortschreitenden Erosion der Tarifbindung weiter entgegenzuwirken und so gute Arbeit für alle Menschen im Freistaat zu ermöglichen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktionen stehen jetzt jeweils noch 2 Minuten Redezeit zur Verfügung. Wünscht jemand das Wort? Das kann ich nicht erkennen. Dann schließe ich den dritten Teil und rufe auf den **vierten Teil** der Aktuellen Stunde

**d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Moralischer Druck auf Thüringer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/6089 -

Ich eröffne die Aussprache und das Wort erhält Abgeordneter Herrgott, Fraktion der CDU.

**Abgeordneter Herrgott, CDU:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Seenotrettung ist eine notwendige und selbstverständliche Aufgabe auf allen

Meeren der Welt. Dies stellt niemand ernsthaft infrage.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Wo waren Sie denn die letzten Wochen?)

Ich war da, hier im Land, und habe gut zugehört und gut aufgepasst, Frau Berninger. Das werden Sie auch gleich sehen.

Die aktuellen privaten Initiativen zur Seenotrettung gerade im Mittelmeer sind derzeit nämlich Gegenstand von verschiedenen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, unter anderem in Italien. Gerade vor diesem Hintergrund das Thema der Seenotrettung zu einem moralischen Erpressungsversuch zu nutzen und die Thüringer Bürgermeister und Oberbürgermeister in eine Falle der Kompetenzüberschreitung zu locken, ist aber ziemlich dreist und perfide, meine Damen und Herren. Denn die deutsche und europäische Außenpolitik und auch die Flüchtlingspolitik stehen weit außerhalb der Kompetenzen der kommunalen Familie in Thüringen. Die Schutzbehauptung, es ginge der Initiatorin nur um eine grundsätzliche Positionierung zur Seenotrettung, verfängt hier nicht. Denn das Thema wird neben dem Grundsätzlichen mit einer Reihe von Themen und Positionen vermischt, die weit außerhalb der kommunalen Kompetenz liegen. Das sollte jedem klar sein, der das Anschreiben und den Brief der Migrationsbeauftragten gelesen hat. So sollen die Gemeinden sich einer pauschalen Kritik gegen das Handeln der Europäischen Union im Mittelmeer anschließen und sich zu einer gesonderten Aufnahme von Geretteten in Thüringen in ihrer Kommune bereit erklären.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Vielleicht hätten Sie ihn mal lesen sollen, diesen Brief!)

Dies widerspricht nicht nur den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, es bringt denjenigen, der dies leichtfertig zusagt, auch in die Bredouille, wer für die entstehenden Kosten später einmal aufkommt.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Das steht in dem Brief überhaupt nicht drin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ein System der Flüchtlingsverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer und nach der Thüringer Flüchtlingsverteilungsverordnung auf die Kommunen. Die Kommunen tun gut daran, sich hier an Recht und Gesetz zu halten. Wenn die Migrationsbeauftragte daran etwas ändern möchte, ist eine Bundesratsinitiative Thüringens das zumindest formal richtige Mittel, auch wenn es ein solches Vorhaben inhaltlich nicht besser macht. Die kurze Frist für die Rückmeldungen führt die Kommunen in eine weitere von der Migrationsbeauftragten zumindest in Kauf genommene Falle. Denn selbst wenn es eine inhaltliche Zuständigkeit zu diesem Thema gäbe, stünde diese in den

**(Abg. Herrgott)**

Kommunen unter Gremienvorbehalt. Stadt- und Gemeinderäte sind in der Sommerpause nun mal nicht in wenigen Tagen beschlussfähig zusammenzufassen und zusammenzuführen. Das sollte, glaube ich, allen, die kommunalpolitisch Verantwortung tragen, in diesem Haus bewusst sein.

Wir danken daher ausdrücklich dem Gemeinde- und Städtebund für die klaren Hinweise an seine Mitglieder, diesen ominösen Brief nicht zu unterzeichnen und sich an Recht und Gesetz zu halten.

Meine Damen und Herren, die Migrationsbeauftragte sollte sich auf ihre Aufgaben und deren Grenzen besinnen. Wenn sie etwas für die Kommunen, für die Asylbewerber und Flüchtlinge und gegen falsche Anreize zur illegalen Migration tun möchte, dann sollte sie sich zunächst für die Nichtverteilung von gewaltbereiten Asylbewerbern und Flüchtlingen während des Verfahrens auf die Kommunen und die Einrichtung eines Ankerzentrums in Thüringen einsetzen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wird sie nicht tun!)

Weiterhin könnte sie aktiv die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten unterstützen, was die Rückführung abgelehnter Asylbewerber beschleunigen würde und damit die kommunale Familie tatsächlich entlastet. Eine falsche Vermischung von unterschiedlichen Sachverhalten abseits der Basis von Recht und Gesetz und Zuständigkeit hilft jedoch keinem weiter.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, kann ich daher nur eine Reihe von Anrufen von Bürgermeistern bei mir persönlich zitieren, die mit dem einheitlichen Tenor allesamt geschlossen haben: Dieser Brief und die damit versuchte moralische Erpressung ist eine Frechheit. – Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordnete Berninger das Wort.

**Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren der demokratischen Fraktionen, sehr geehrte Zuhörerinnen! Herr Herrgott, Haltung zeigen ist keine Kompetenzüberschreitung. Das hat beispielsweise der Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, Herr Bruns, sehr eindrucksvoll letzte Woche bewiesen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde „Moralischer Druck auf Thüringer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die Beauftragte für In-

tegration, Migration und Flüchtlinge“ wirft ein sehr bezeichnendes Licht darauf, was Sie von den Thüringer Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern halten, sehr geehrte Damen und Herren der CDU. Es wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie wenig Sie ihnen zutrauen, sich zur Bitte, einen Brief zu unterstützen, selbstbewusst positionieren zu können und möglicherweise auch Nein sagen zu können, wenn sie den Inhalt nicht teilen. Inhalt des Briefs, Herr Herrgott, ist nicht, was Sie eben vorgelesen haben, dass sich Städte und Gemeinden bereit erklären sollten, Geflüchtete aufzunehmen.

(Zwischenruf Abg. Herrgott, CDU: Lesen Sie doch mal daraus vor!)

Inhalt des Briefs ist – ich habe den gelesen –, dass Mirjam Kruppa daran erinnert, worauf die Europäische Union begründet ist, nämlich auf der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und der Wahrung der Menschenrechte, und bittet, dieser humanitären Verpflichtung wieder gerecht zu werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mirjam Kruppa hat formuliert: „Wir halten ein deutsches Engagement bei der staatlichen und privaten Seenotrettung für unabdingbar. Dafür haben Sie“ – „Sie“ meint Frau Dr. Merkel – „meine Unterstützung als Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge des Freistaats Thüringen sowie die der folgenden Thüringer Städte und Gemeinden.“ Das, meine Damen und Herren, hält die CDU-Fraktion für – Zitat – „versuchte Politisierung der Kommunen und ihre moralische Nötigung“.

Auch wenn ich das für einen eigentlich ziemlich lächerlichen Versuch halte, das Anliegen zu diskreditieren, meine Damen und Herren, so bin ich doch eigentlich ganz froh, dass Sie, Herr Herrgott und liebe CDU, damit diese Aktuelle Stunde sicherlich ungewollt zu einer orangefarbenen Aktuellen Stunde gemacht haben und die unter „#Seebrücke“ entstandene Bewegung gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung, gegen die Kriminalisierung der Seenotretterinnen und -retter in den Thüringer Landtag holen, dass Sie die Bewegung „Seebrücke“, die sich gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer einsetzt, hierher ins Plenum holen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im ersten Halbjahr 2018 ist von den Menschen, die die gefährliche Flucht über das Mittelmeer gewagt haben, jeder Siebente gestorben. Noch 2017 war es einer von 38, heute ist es einer von sieben Menschen, die diesen Fluchtweg wählen. Bis Ende Juli waren es schon mehr als 1.500 Tote. Das, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ist der moralische Druck, dem wir nachgeben müssen und den

**(Abg. Berninger)**

wir auf europapolitisch Verantwortliche – und zu denen gehört zweifellos die Bundesrepublik Deutschland – ausüben müssen.

Weil zunächst vor allem über ablehnende Stimmen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern berichtet wurde, habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Astrid Rothe-Beinlich vorige Woche begonnen, noch andere Unterstützung für den Brief von Mirjam Kruppa zu organisieren, nämlich in Form einer Unterschriftensammlung, für die öffentlich zu werben Sie mir mit Ihrer orangenen Aktuellen Stunde die Gelegenheit geben – danke schön dafür –,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine Unterschriftensammlung mit dem Aufruf an Frau Dr. Merkel für sichere Fluchtwege, für die Entkriminalisierung der Retterinnen und Retter, für eine menschenwürdige Aufnahme geflüchteter Menschen in Europa, für die Seebrücke und ihre Forderung „Schafft sichere Häfen“.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Namen meiner Fraktion möchte ich Mirjam Kruppa Danke sagen für diese Initiative. Im Namen meiner Fraktion möchte ich unseren Respekt und Dank all jenen gegenüber ausdrücken, die sich für Seenotrettung engagieren, allen, die der Diskreditierung der Seenotrettung als falsche Anreize – Herr Herrgott, das ist AfD-Sprech – entgegengetreten. Ich möchte allen, die unter dem Label der „Seebrücke“ der Kriminalisierung ausgesetzt sind, wie es zum Beispiel Herrn Kapitän Claus-Peter Reisch von der „Lifeline“ gerade passiert, der heute den Thüringer Landtag besucht hat,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

all jenen, die sich dagegen laut und deutlich aussprechen, herzlichen Dank dafür sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner hat Abgeordneter Höcke, Fraktion der AfD, das Wort.

**Abgeordneter Höcke, AfD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, es liegt für meine Fraktion und mich auf der Hand, dass Frau Kruppa mit ihrer Briefaktion nicht nur ihre Kompetenzen überschritten hat, sondern auch an der Demontage des Rechtsstaats mitarbeitet,

(Beifall AfD)

**(Unruhe DIE LINKE)**

die heute allerorten von unseren Regierungspolitikern auf Landes- und Bundesebene betrieben wird. Der Rechtsstaat, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sieht klare Kompetenzzuweisungen an die verschiedenen Gebietskörperschaften vor. Auch für die Kommunen ist rechtlich geregelt, was sie im Rahmen des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises tun müssen und tun dürfen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Briefe schreiben, das dürfen sie doch!)

Zu den Zuständigkeiten der Thüringer Kommunen gehören weder die Fragen der europäischen Grenzsicherungspolitik noch die des Umgangs mit Migranten im Mittelmeer. Wenn ich mir nun den kruden Brief von Frau Kruppa noch mal vor mein geistiges Auge ziehe, dann muss ich fast vermuten, dass sie die fein abgestimmten Strukturen und Prozesse unseres Rechtsstaats nicht in der Lage ist zu entflechten. Wenn sie es aber doch ist – Frau Kruppa –, dann ist der Versuch, Amtsträger für ihre eigene migrationspolitische Agenda zu instrumentalisieren, ein politischer Skandal.

(Beifall AfD)

Dann muss ich dieser Dame entschieden die Fähigkeit absprechen, staatlicher Funktionsträger zu sein.

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, dass Kruppas Ansinnen bei den Bürgermeistern und Landräten überwiegend auf Ablehnung stieß, ist also völlig berechtigt. Unsere Bürgermeister und Landräte haben Vorschläge, Aufforderungen und Belehrungen einfach nicht nötig, die allein aus den Quellen einer irrlichternden Hypermoral gespeist sind.

(Beifall AfD)

Ja, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, unsere Bürgermeister und Landräte erleben nämlich jeden Tag – und mit ihnen ihre Bürger vor Ort – das Scheitern von Politprojekten, die ohne rationale Folgeabschätzung von gefühlsbesoffenen Gesinnungsethikern in die Wege geleitet werden.

(Beifall AfD)

Rationale Folgeabschätzung – das sei all denen hier im Hohen Hause ins politische Stammbuch geschrieben, die die Politik der offenen Grenzen, die federführend von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verantworten ist, beklatschen – heißt zur Kenntnis zu nehmen, dass nach neuesten Umfragen etwa zwei Drittel der Afrikaner grundsätzlich bereit und willens sind, ihre Länder zu verlassen, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete – zwei Drittel von 1,2 Milliarden Menschen.

Wenn nur 10 Prozent davon nach Europa kämen, dann wären das 70 bis 80 Millionen Menschen.

**(Abg. Höcke)**

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das ist doch Blödsinn!)

Politische Folgeabschätzung nennt man das.

Kein europäischer Politiker, der eine europäische Zukunft will, darf überhaupt noch ernsthaft erwägen, weitere afrikanische Zuwanderung über die europäische Grenze zuzulassen.

(Beifall AfD)

Wir müssen Europa, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, in dieser Lage, ob wir es wollen oder nicht – ich sage in dieser Lage, in dieser welt-demografischen Lage und mir wäre eine andere welt-demografische Lage wahrlich lieber –,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Eine arische Lage ist Ihnen lieber!)

tatsächlich als Festung denken, und zwar als belagerte Festung.

(Beifall AfD)

Wenn wir das nicht tun und wenn wir unsere Politik nicht danach ausrichten, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, dann werden wir einen Kultur- und Zivilisationsbruch historischen Ausmaßes erleben. Das möchte ich nicht und das möchte die AfD nicht.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das erleben wir doch bei Ihnen permanent!)

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, Frau Kruppa, der Integrationsbeauftragten des Freistaats Thüringen stehen Vorschläge, Aufforderungen und Belehrungen schlicht nicht zu. Ich habe das in einem Schreiben an die Bürgermeister und Landräte des Freistaats deutlich zum Ausdruck gebracht. Im Übrigen ist auch aufschlussreich, wie Abgeordnete der Linken und der Grünen mit dem Fall umgehen. Eine stand ja gerade hier vorne am Rednerpult. Die Kolleginnen Berninger und Rothe-Beinlich sprangen der Integrationsbeauftragten – wen wundert es – mit Schaum vor dem Mund reflexartig bei.

(Beifall AfD)

Die beiden gaben kund – bitte hören Sie jetzt genau zu –, sich nicht damit abfinden zu wollen, dass sich Thüringer Bürgermeister für nicht zuständig erklärten. Sieht man einmal von der Arroganz ab, die in solchen Stellungnahmen mitschwingt, so ist es auch hier bezeichnend, dass das Recht unter Verweis auf eine angeblich höhere Moral einfach beiseite gewischt wird. So ersetzt man die Ordnung des Rechtsstaats durch erpresserische Gesinnung.

(Beifall AfD)

Wer also wissen will, wer die Totengräber des Rechtsstaats sind, der braucht sich nur solche Äußerungen zu vergegenwärtigen.

Meine Damen und Herren, das Amt des Integrationsbeauftragten kostet den Thüringer Steuerzahler Hunderttausende.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie kosten auch ganz schön viel!)

Ein Wahlversprechen kann ich hier zum Abschluss meiner Rede schon in den öffentlichen Raum stellen: Wenn wir, die AfD, in Thüringen die Regierungsverantwortung übernehmen, dann wird diese Stelle ersatzlos gestrichen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Rothe-Beinlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem Herren, der eben hier gesprochen hat,

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Der hat einen Namen!)

der übrigens auch für den 1. September gemeinsam mit Pegida nach Chemnitz aufruft, wo wir gerade erleben, wie Menschen Menschen jagen, will ich hier nichts weiter sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, seine Gesinnung ist hinlänglich bekannt und auch hier heute noch einmal deutlich geworden. Zivilisationsbruch beschreibt es ganz gut, wenn ich Sie, Herr Höcke, so sehe.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber kommen wir zu dieser Aktuellen Stunde, die ich nutzen möchte, um zunächst einmal Menschen zu danken. Einer davon ist Claus-Peter Reisch; er war heute hier zu Gast im Thüringer Landtag. Er ist der Kapitän der „Lifeline“ und einer derjenigen, der ehrenamtlich Menschen rettet. Ich habe Hochachtung vor diesen Menschen – es sind fast alles Ehrenamtliche –, die auch im Moment auf Schiffen unterwegs sind im Mittelmeer, nicht weil sie dort Urlaub machen, sondern weil sie die Bilder nicht mehr ertragen von den vielen Tausend Menschen, die immer und immer wieder im Mittelmeer sterben,

**(Abg. Rothe-Beinlich)**

weil ihnen niemand hilft. Und dann kommt eine Beauftragte für Integration und Migration, die übrigens unabhängig ist, so war auch die Idee, glaube ich jedenfalls, als sie mal eingesetzt wurde

(Zwischenruf Abg. Herrgott, CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

– das glaube ich sehr wohl; das mag bei Ihnen anders gewesen sein, so ist es –, und macht genau das, was ihre Aufgabenbeschreibung ist, nämlich sich für Integration und Migration zu verwenden, und schreibt einen Brief an Kommunen – ich bin auch Stadträtin und ich hoffe, dass wir es auch im Erfurter Stadtrat beraten werden, wie wir uns dazu verhalten –, an Kommunen, die sich teilweise ja auch schon entschieden haben – Jena beispielsweise hat es getan und auch der Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen hat sich sehr klar dazu positioniert –, Menschen zu helfen, die aus Seenot gerettet werden. Das jetzt als „dreist und perfide“, als „ominösen Brief“ und als „moralische Erpressung“ zu bezeichnen, zeigt, glaube ich, vielmehr das Dilemma, in dem wir uns befinden. Denn ich sage es ganz deutlich, es ist eine relativ einfache Entscheidung: Es geht darum, dass weniger Helfer tagtäglich mehr Tote im Mittelmeer bedeuten. Es geht darum, zu retten statt zu reden. Wir alle wissen, dass ein Menschenleben unbezahlbar ist. Deshalb wenden wir uns doch einfach mal ein paar Fakten zu.

Die Situation im Mittelmeer wird immer dramatischer. In einem aktuellen Aufruf zur Stärkung der Seenotrettung vom 6. Juli stellte die UNHCR klar, dass trotz sinkender Ankünfte die Todesrate täglich steigt. Allein zwischen Januar und August starben im Mittelmeer 1.540 Menschen, das ist der Stand vom 29. August. Zwischen 2014 und 2018 gelten bislang 17.000 Menschen als tot oder vermisst. Italien sabotiert die Rettung von Flüchtlingen durch die EU-Schiffe der Mission „Sophia“ seit Monaten ganz massiv. Die von Italien geführte Leitstelle für die Seenotrettung im Mittelmeer setzt die Kriegsschiffe der EU-Mitgliedstaaten schlicht nicht mehr für Rettungsmissionen ein, obwohl Herr Herrgott ja am Anfang sagte, dass selbstverständlich gelte, dass Menschen aus Seenot gerettet werden müssten. Circa 110.000 Menschen schafften es nach Angaben des UNHCR in diesem Jahr über das Mittelmeer nach Europa. Die meisten führen über die zentrale Route von Libyen nach Italien. Zwei Drittel der Geflüchteten nutzen Schlauchboote; den Experten zufolge ist keines dieser Gummiboote in der Lage, das Festland zu erreichen. Die Schlepper zwingen 120, manchmal sind es auch 150 und noch mehr, Menschen auf die Schlauchboote, viel zu viel Last für die billig zusammengeklebten Gummihüllen. Diese Menschen sind faktisch schon in Seenot, wenn sie den Strand verlassen, sagen ehrenamtliche Retter. Europäische Behörden bestätigen die Einschätzung. Mit den geringen Vorrä-

ten und ihrem Grad an Überladung sind die Flüchtlingsboote tatsächlich bereits in dem Moment ein Seenotfall, wenn sie ablegen. Das stellte auch schon der italienische Konteradmiral Enrico Cendamo im Januar 2016 fest.

Jetzt gibt es einen Aufruf, dass auch wir uns beteiligen, indem wir Gerettete aufnehmen. Dass die AfD wieder von Millionen schwadroniert, die angeblich hierherkommen, widerspricht jeglicher Faktenlage. Das wissen wir auch. Es geht darum, ob ich Menschen im wahrsten Sinne des Wortes ertrinken lasse, ob ich dann die Boote, die sie retten, in Häfen anlegen lasse und ob ich mich dafür starkmache, dass diese Menschen auch in unterschiedlichen Ländern und Kommunen aufgenommen werden. Genau dafür – so verstehe ich den Brief – wirbt die Beauftragte für Integration und Migration. Genau das ist – aus meiner Sicht jedenfalls – auch ihr Job und dafür gilt es zu danken, genauso allen, die sich an „Seebrücke“-Aktionen bundesweit beteiligt haben, die sich landauf, landab dafür starkmachen, dass es niemals Realität werden darf, Menschen einfach im wahrsten Sinne des Wortes ersaufen zu lassen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Hartung, Fraktion der SPD, das Wort.

**Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, als ich das Thema der Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich es noch mal gelesen und noch mal und konnte eigentlich nur mit dem Kopf schütteln. Zum einen wird da von politischer Instrumentalisierung geredet. Der erste offene Brief dieser Art geht von drei Kommunen aus. Ich gehe davon aus, dass die nicht von der CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen genötigt worden sind. Die sagen, wir nehmen Leute auf, wir wollen nicht, dass diese Menschen ertrinken. Da ist auch ein CDU-Bürgermeister dabei. Der hat das rechtlich offensichtlich anders gewürdigt, als Sie es heute getan haben, Herr Herrgott.

Ich persönlich will das rechtlich gar nicht entscheiden. Ich halte mich an das Thema Ihrer Aktuellen Stunde. Da schreiben Sie, hier wurde moralischer Druck aufgebaut. Aus meiner Sicht gibt es genau zwei Möglichkeiten. Entweder ich lese diesen Brief und es sind handfeste Gründe, die mich davon abhalten, den zu unterschreiben. Das können meine rechtlichen Bedenken sein, das können meine Überzeugungen sein, das kann auch die Überzeugung sein, meine Kommune ist überfordert. Dann unterschreibe ich den Brief nicht. Dann stehe ich

**(Abg. Dr. Hartung)**

auch nicht in einem moralischen Dilemma. Wenn ich Gründe habe, brauche ich einen solchen Brief nicht zu unterschreiben. Habe ich keine handfesten Gründe, sehr geehrter Herr Herrgott, dann bin ich tatsächlich in einem moralischen Dilemma, dann muss ich nämlich entscheiden, unterschreibe ich das oder nicht. Aber das moralische Dilemma ist doch nicht durch den Brief von Frau Kruppa aufgelöst. Bei aller Wertschätzung für Ihre Arbeit glaube ich nicht, dass so ein Brief, so ein Stück Papier mehr Druck entfaltet, als die Bilder der ertrunkenen Menschen, der ertrunkenen Kinder, die wir jeden Tag abends im Fernsehen sehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, da kommt doch der moralische Druck her. Die Frage, ob ich mich diesem Druck stelle, das kann ich jedem kommunalen Vertreter abverlangen. Er kann das ausblenden, dann geht das in den Reißwolf, er kann es mit Nein beantworten – ich habe es gesagt –, aus welchen Gründen auch immer. Da wird hier keiner an den Pranger gestellt. Aber ich glaube, wir sind alle menschliche Wesen und wir sollten zumindest Mitgefühl empfinden, wenn Menschen ertrinken, wenn Kinder ertrinken. Die Bilder von an den Strand gespülten kleinen Kindern, die ertrunken sind, gehen seit Jahren durch die Nachrichten. Ich glaube, es ist nicht zu viel verlangt, dass sich Menschen einfach mal damit auseinandersetzen, unabhängig davon, ob sie Bürgermeister sind, ob sie Abgeordnete sind oder Minister oder Beauftragte. Ich glaube, jeder Mensch sollte sich damit auseinandersetzen.

Ich sehe keinerlei moralische Nötigung durch den Brief. Die moralische Nötigung entsteht durch die Situation. Wenn man dieser Situation tatenlos zuschauen kann, dann muss man sich natürlich fragen, wie weit ist es her mit der Moral. Aber diese Frage stelle ich an dieser Stelle gar nicht, denn – wie gesagt – es kann gute Gründe geben. Und diese guten Gründe muss jeder Mensch für sich selber abwägen. Das ist sein gutes Recht.

Warum stellen Sie eine solche Aktuelle Stunde hier zur Diskussion? Ich glaube nicht, dass Sie tatsächlich glauben, dass Frau Kruppa mit ihrem Brief solche Wirkmacht entfaltet, dass sich Oberbürgermeister und Bürgermeister wirklich genötigt fühlen. Das glaube ich nicht, dass Sie das ernsthaft denken. Ich glaube, Sie wollen hier ein Zeichen setzen. Sie wollen ein Zeichen setzen für all die, die sich am Stammtisch zusammensetzen und viele Reden mit „man wird doch wohl noch sagen dürfen“ beginnen. Für all die wollen Sie ein Zeichen setzen, die Sie zurückgewinnen wollen von einer anderen Partei, die gerade gewählt wird und en vogue zu sein scheint. Sie wollen sicher nicht die Leute, die dort Hetzjagden veranstalten, ansprechen. Das würde ich Ihnen niemals unterstellen. Das möchte ich

nicht, so möchte ich mich auch nicht verstanden wissen. Sie schielen aber sehr wohl auf die, die still am Rand stehen, vielleicht im Geiste applaudieren, vielleicht selber applaudieren, die wollen Sie zurückgewinnen. Sie wollen denen zeigen: Wir sind auch für Law and Order, auch wir halten Flüchtlinge fern. Deswegen haben wir so eine Aktuelle Stunde und genau deswegen haben Sie auch die Ankerzentren wieder angesprochen. Sie wollen so tun, als wären Sie hier die „AfD light“. Das wollen wir nicht hinnehmen. Ich persönlich unterstütze jeden Bürgermeister, der seine Haltung hier zeigt, und habe Verständnis für jeden Bürgermeister, der sie nicht zeigt, der nicht unterschreibt. Das kann ich verstehen. Es gibt mittlerweile ein Klima, dass Leute, die sich für Flüchtlinge einsetzen, angefeindet werden. Denen muss man Unterstützung geben und nicht so tun, als wären die, die einen Brief empfangen, jetzt genötigt, den unbedingt zu unterschreiben. Das sind sie nicht, jedenfalls nicht durch den Brief. Wenn sie genötigt sind, dann sind sie es durch die Realität, durch die ertrinkenden Menschen, durch die sterbenden Kinder. Das ist eine Nötigung. Der muss sich jeder stellen auf seine Art und Weise, und das ist jedem selbst überlassen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der CDU hat sich Abgeordneter Herrgott noch mal zu Wort gemeldet. Sie haben 40 Sekunden.

**Abgeordneter Herrgott, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Hartung, wir waren schon immer für Recht und Gesetz. Das müssen wir auch nicht gesondert betonen, das war schon immer so und das bleibt auch so. Aber weil vorhin noch mal die Unabhängigkeit der Migrationsbeauftragten insbesondere ins Feld geführt wurde, will ich mal von der Rechtsanwaltskanzlei Hiemann von der Homepage zwei Sätze zitieren, die für die Unabhängigkeit stehen. Unter der Rechtsanwältin Mirjam Kruppa steht: „1999 wurde Frau Kruppa durch die Rechtsanwaltskammer Thüringen die Fachanwaltswürde für Verwaltungsrecht verliehen. Sie ist Mitglied der [Thüringer Härtefallkommission]. Ab 01.05.2015 ist [sie] als Landesbeauftragte für Integration, Migration für Flüchtlinge des Freistaats Thüringen tätig. Sie bleibt unserer Kanzlei jedoch auch weiterhin verbunden.“ Wenn man die Anzahl der Fälle, die diese Kanzlei gerade im Flüchtlings- und Migrationsrecht behandelt, sieht, mache ich hinter die Unabhängigkeit der Migrationsbeauftragten an der Stelle doch ein sehr großes Fragezeichen. Vielen Dank.

**(Abg. Herrgott)**

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um. Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Berninger das Wort. Sie haben noch 20 Sekunden.

**Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:**

Sehr geehrter Herr Herrgott, das Niveau kann immer noch tiefer sinken. Das war gerade ein ganz deutlicher Beleg dafür.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: So eine Unverschämtheit!)

Die Unabhängigkeit der Flüchtlingsbeauftragten bleibt, auch wenn sie weiterhin ihrer Tätigkeit als Rechtsanwältin nachgeht.

(Zwischenruf Abg. Herrgott, CDU: Und die Kanzlei explizit dafür wirbt!)

**Vizepräsidentin Jung:**

Jetzt hat sich Abgeordneter Hartung noch mal zu Wort gemeldet. Sie haben 30 Sekunden.

**Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:**

Eine Unabhängigkeit zu negieren, weil die Beauftragte die Interessen derer, für die sie beauftragt wird, wahrnimmt, finde ich ein bisschen merkwürdig, nur deswegen, weil sie vielleicht eine Haltung vertritt, die auch Parteien hier im Parlament vertreten. Das berührt doch nicht die Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit ergibt sich daraus, dass wir ihr keine Weisungen geben können. Das heißt Unabhängigkeit. Niemand ist ihr letztlich weisungsberechtigt. Ich glaube, nur die fehlende Unabhängigkeit zu postulieren, weil sie eine ähnliche Auffassung hat wie wir, das ist glaube ich ein bisschen sehr dünn.

**Vizepräsidentin Jung:**

Aus den Reihen der Abgeordneten liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Herr Minister Lauinger, Sie haben das Wort für die Landesregierung.

**Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, auf Antrag der Fraktion der CDU befassen wir uns in der heutigen Aktuellen Stunde mit dem Thema „Moralischer Druck auf Thüringer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht vorab einige Worte zu der Stellung der Beauftragten in Thüringen sagen und – weil es ganz aktuell jetzt noch mal hochgeplöppt ist – vielleicht auch zu der Weisungsgebundenheit. Ich spreche heute als Migrationsminister zu Ihnen und nicht Frau Kruppa selbst, da sie als Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge im Landtag selbst kein Rederecht hat. Die Beauftragte ist in ihrem Amt unabhängig und nicht weisungsgebunden und Interessenvertreterin einer bestimmten Personengruppe gegenüber der Landesregierung.

Herr Herrgott, wenn Sie das zitieren, was Sie hier zitiert haben, dann sollten Sie auch wissen, dass die Verbundenheit mit einer Kanzlei nicht bedeutet, dass man weiterhin als Rechtsanwältin tätig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zulassung von Frau Kruppa ruht, seit sie dieses Amt hat, und sie ist gerade nicht mehr als Rechtsanwältin tätig.

(Zwischenruf Abg. Herrgott, CDU: Das habe ich nie bestritten!)

Also wenn Sie schon solche Vermutungen in den Raum stellen, dann sollten sie wenigstens richtig sein. Sie sind ganz einfach und schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Amt wurde 1991 – auch das ist bemerkenswert – unter Regierung der CDU eingerichtet. Darauf verweise ich und betone das sehr gern, auch auf die von Ihrer Partei damals definierte Aufgabenbeschreibung – ich zitiere –: Die Beauftragte hat kraft ihres Amtes Stellung zu ausländerrelevanten Vorhaben und zu Programmen zu nehmen, die Ausländerarbeit Thüringens zu koordinieren, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und Stellung zu Grundsatzfragen der Asylpolitik zu beziehen. – Das war Ihre Aufgabenbeschreibung, die Sie damals definiert haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da stelle ich doch wirklich mit aller Deutlichkeit fest: Die Beauftragte hat mit ihrer Stellungnahme zur Seenotrettung und ihrer Einladung an die Kommunalvertreterinnen und -vertreter, ebenfalls Stellung zu diesem dramatischen aktuellen Thema zu beziehen, nichts anderes getan, als genau diese Aufgabe zu erfüllen, die Sie ihr damals gegeben haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor Europas Grenzen ertrinken täglich Schutzsuchende. Und Sie meinen tatsächlich, es sei unangebracht, wenn die hierfür zuständige Beauftragte sich zu

**(Minister Lauinger)**

diesem Thema zu Wort meldet? Will jemand von Ihnen ernsthaft und aufrichtig behaupten, es gebe eine moralisch und juristisch vertretbare Rechtfertigung für diese unterlassene Hilfeleistung? Ich sage das klar und deutlich: Als Thüringer Minister und Vertreter der Landesregierung stelle ich mich ohne Wenn und Aber hinter diese Haltung der Beauftragten. Diese Haltung ist auch meine Position.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kruppa hat auf eine menschliche Katastrophe hingewiesen, zu der wir als Teil der Europäischen Union wohl oder übel Stellung beziehen müssen. Das hat sie sich nicht als Flüchtlingsbeauftragte ausgedacht. Die Realität an den Außengrenzen Europas ist es, die uns unter Druck setzt und die uns auffordert, uns zu positionieren.

Das, was Sie, werte Damen und Herren Abgeordnete der CDU-Fraktion, in Ihrer Begründung zur Themenanmeldung als versuchte Politisierung abwerten, ist die Einladung, sich zu den Grundwerten der Europäischen Verfassung und zu den Menschenrechten zu bekennen, da diese gerade von dem, was tagtäglich auf dem Mittelmeer geschieht, infrage gestellt werden. Auf nichts anderes – nicht mehr, aber auch nicht weniger – hat die Beauftragte in ihrem Schreiben an die Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Kommunen und ihrem Entwurf für einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin verwiesen.

Mit ihrer Haltung und ihrem Vorgehen steht Frau Kruppa im Übrigen nicht allein. Viele haben sich bereits deutlich in dieser Frage positioniert: Verbände, Kirchen und auch andere Kommunalvertreter. Sie alle wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, dass Frau Kruppa gute Vorbilder für ihre Einladung zu einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin hatte. Parteiübergreifend haben sich viele Städte, zunächst die drei Rheinstädte Köln, Bonn und Düsseldorf, auf einen entsprechenden Brief geeinigt und diesen auch versandt. Mittlerweile sind viele diesem Beispiel gefolgt. Ich nenne nur einige Städte davon: Potsdam, Stuttgart, Freiburg, Regensburg, Bielefeld.

Lassen Sie mich zu diesem Thema auch den Bielefelder Oberbürgermeister zitieren – Zitat –: „Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken, während sich die europäischen Länder nicht über Aufnahmequoten und Zuweisungsverfahren einigen können.“ Diese Kommunalvertreter übernehmen unter Verweis auf ihre Zuständigkeit als Flüchtlinge aufnehmende Städte und Gemeinden tatsächlich Verantwortung. Dabei haben sie ausdrücklich auch die Rückendeckung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, der hervorhebt, wie sehr sich Kommunen positiv in die Flüchtlingspolitik einbringen und sich dort engagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts dieser dramatischen Situation, die wir erleben, stehen wir alle unter einem moralischen Druck. Es geht um Leben und Tod, es geht um ertrinken lassen oder retten. Europa muss sich in diesen Fragen entscheiden. Und wir alle sind ein Teil Europas.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Beauftragten daher dankbar, dass sie diese dringend notwendige Debatte in den Kommunalverwaltungen angestoßen hat. Sie mahnt dabei eine überfällige Diskussion an, die sicher nicht leicht und bequem ist – Herr Hartung hat darauf hingewiesen. Doch sie muss geführt werden und dabei geht es eben gerade nicht um diese von Ihnen problematisierten Fragen von Zuständigkeiten, sondern es geht ganz grundlegend um die Frage, ob wir, ob die europäischen Staaten die Grundsätze, auf denen die europäische Gemeinschaft gegründet ist, tatsächlich auch leben. Thüringen soll und darf sich dieser Debatte nicht entziehen. Auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, sollten sich nicht scheuen, hierzu sachlich und inhaltlich Stellung zu beziehen, nicht nur formal. Das sind wir den Menschen, um die es hier geht, schuldig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Ich schließe den vierten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **fünften Teil** der Aktuellen Stunde

**e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Nach der verhinderten Großveranstaltung von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten in Mattstedt – Gemeinsames Engagement weiter stärken“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- [Drucksache 6/6094](#) -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Abgeordneten Marx, Fraktion der SPD.

**Abgeordnete Marx, SPD:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, am vergangenen Samstag sollte Thüringen zum wiederholten Male Austragungsort eines Rechtsrockkonzerts mit mehreren Tausend Neonazis werden. Mit den Rechtsrockveranstaltungen zuvor, unter anderem in Themar, ist Thüringen eine Wohlfühlase der rechtsextremen Veranstaltungen-

**(Abg. Marx)**

szenen geworden. Die Hintergründe und Ursachen dafür haben wir im Landtag hier in mehreren Aktuellen Stunden bereits vielfach debattiert, auch die verschiedenen Aspekte. Dennoch war auch jetzt wieder in einigen Beiträgen, auch in sozialen Netzwerken, zu lesen: Na ja, lass die doch ihre Musik machen, was ist denn daran so schlimm. – Das ist keine Musik, Rechtsrock ist keine Musik. Rechtsrock ist ein Brandbeschleuniger für Hassparaden, wie wir sie jetzt gerade wieder in Chemnitz in diesen Tagen erleben müssen.

Für uns als Demokratinnen und Demokraten ist dieser seit Jahren anhaltende Zustand unerträglich. Im Koalitionsvertrag haben wir darum vereinbart, Rassismus und Rechtsextremismus zurückzudrängen und dazu nicht nur präventiv, sondern auch konsequent repressiv vorzugehen, mit allen zulässigen und geeigneten Mitteln. Was den Erfolg repressiver Maßnahmen angeht, mussten wir in den vergangenen Jahren einige Niederlagen hinnehmen. Auch wenn ich den Reflex und den Wunsch nach dem Verbot solcher Veranstaltungen mit der Einschränkung des Versammlungsrechts nachvollziehen kann – viele können das –, ist es wichtig, zu betonen, welch hohes Gut dieses Grundrecht ist. Grundrechte gelten auch für diejenigen, welche diese Grundrechte abschaffen würden, wenn sie denn könnten. So einfach, wie es scheint, ist es nicht, ein Rechtsrockkonzert zu verbieten. Umso mehr möchte ich mich bedanken und möchten wir uns, denke ich, alle hier bedanken für den unermüdlichen Einsatz aller beteiligten Akteurinnen und Akteure, Behörden, Ämter und Institutionen, der dazu geführt hat, dass die Teilnehmerzahlen in Themar in diesem Jahr zurückgegangen sind, und in Mattstedt tatsächlich ein Verbot erreicht werden konnte. Ganz besonders bedanke ich mich hier bei unserem Innenminister Georg Maier, der den Kampf gegen Rechtsrock zu Beginn seiner Amtszeit zur Chefsache gemacht und bewiesen hat, dass er dies auch ernst meint, trotz Rückschlägen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dank gilt auch den vielen Einsatzkräften der Polizei, die mit einem großflächigen Zurückweisungskonzept das Verbot erfolgreich durchgesetzt haben. Damit wurde ein deutliches Signal an die Bürgerinnen und Bürger von Mattstedt, an die zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort und der Region gesetzt. Wir lassen euch nicht allein und stehen an eurer Seite im Kampf gegen Rechtsextremismus und gegen den braunen Mob. Ich freue mich, dass sich alle demokratischen Fraktionen an diesem Protest beteiligt haben.

Der rechtsextremen Szene wurde verdeutlicht: Ihr seid hier nicht willkommen und wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um euch zu behindern. Denn ein wichtiger Grundsatz der demo-

kratischen Wertvorstellung ist auch das Verständnis von wehrhafter Demokratie und es ist mir sehr wichtig, auf Folgendes hinzuweisen: Demokratie kann nicht voreilig etwas verbieten, aber sie muss sich deshalb noch längst nicht alles gefallen lassen. Wie wichtig es ist, dass sich demokratische Akteure zu diesem Grundsatz bekennen und entschlossen danach handeln, zeigen leider auch wieder die aktuellen Hassparaden, die wir in Sachsen, in Chemnitz erleben müssen. Dass die Demokratie angesichts menschenverachtender Ideologie nicht wehrlos ist und es dazu konsequenter und permanenter Engagements bedarf, muss zum Selbstverständnis demokratischer Kräfte gehören. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, Rassismus ist keine Sorge von irgendwelchen besorgten Bürgern, sondern es ist verblendeter Hass und er ist deswegen auch in unserer Verfassung nicht hinzunehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mattstedt ist ein Etappensieg. Dass es sich nur um einen von vielen Schritten handeln wird, wird auch dadurch verdeutlicht, dass ein bekannter Rechtsextremist natürlich noch am selben Tag, an dem das Rechtsrockkonzert verboten wurde, im südthüringischen Kloster Veßra eine Ausweichveranstaltung mit circa 500 Personen auf seinem privaten Gelände durchführen konnte.

Wir wissen alle, dass wir zum Beispiel in Themar, Kloster Veßra oder Kirchheim, wo regelmäßig Konzerte und Liederabende der rechtsextremen Szene durchgeführt werden, vor anderen Herausforderungen beim Umgang mit diesen Veranstaltungen stehen. Aber dennoch: Für einen Erfolg gegen Rechtsextremismus und zur Verhinderung von weiteren Rechtsrockkonzerten braucht es weiterhin – wie jetzt hier in Mattstedt Gott sei Dank geschehen – einen Schulterschluss aller demokratischen Parteien, aller Behörden und der zivilgesellschaftlichen Kräfte. Dann – da bin ich zuversichtlich – werden wir unsere Demokratie gegen die Anfeindungen der Rechtsextremisten erfolgreich gemeinsam verteidigen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Fiedler, Fraktion der CDU, das Wort.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ja nun das Thema heute hier als letzte Aktuelle Stunde zu besprechen. Lassen Sie mich vorab sagen, dass ich froh bin, auch meine Fraktion, dass dieses Neonazikonzert verhindert werden konnte.

**(Abg. Fiedler)**

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sind wir uns vollkommen einig und haben da überhaupt kein Problem, das auch laut und deutlich zu sagen und auch hier kundzutun.

(Beifall AfD)

Aber man muss bei dem Ganzen auch aufpassen. Das, was wir dieses Mal geschafft haben, wird uns wahrscheinlich nicht gleich wieder gelingen. Deswegen, meine Damen und Herren, macht es zwar Mut, dass es gelungen ist, das Ganze zu verhindern, aber alle, die sich mit der Materie beschäftigen und beschäftigt haben, wissen, dass das mit dem Grundbuch ein Glücksfall war – 1 Prozent und wer da welches Eigentum hat usw. usf. Ich danke auch ausdrücklich dem Bürgermeister und Gemeinderat, also der Landgemeinde, dem Landratsamt bis hin zum Innenminister, der sich hier eingebracht und sich Mühe gegeben hat – auch das muss man mal sagen.

(Beifall CDU)

Ihr müsst nicht klopfen, es kommt noch ein Aber: Aber, Herr Innenminister, wir alle wissen – der Präses, Herr Ruck, hat es dort ja wohl auch gesagt –, dass das ein Glücksfall war. Ich denke, wir können nicht auf Glücksfälle vertrauen, sondern müssen alle gemeinsam eine Möglichkeit finden, wie wir das weiter nach hinten stellen oder abschaffen. Es muss leider gesagt werden, meine Damen und Herren, dass wir wieder – Gott sei Dank! – circa 1.500 Bereitschaftspolizisten hatten, aber 2.300 und soundso viele Polizisten insgesamt. Wir haben sie alle aus Thüringen und den Umländern zusammengekratzt, damit wir hier die Dinge auch ordentlich händeln können.

Und dann, Herr Minister, komme ich irgendwo nicht nach. In der Zeitung stand – gestern oder heute – auf einmal eine Zahl von 14.000. Sie hätten gesagt, es wären bis zu 14.000 Teilnehmer erwartet worden.

(Zwischenruf Maier, Minister für Inneres und Kommunales: Quatsch!)

Dann sagen Sie nachher was. Ich habe es heute zweimal gelesen, da habe ich gedacht, wer hat die Zahl erfunden. Es steht in der Presse, ich kann nicht genau sagen in welcher, die Entsprechenden können nachschauen. Ich habe gedacht, so was gibt es überhaupt nicht.

(Zwischenruf Maier, Minister für Inneres und Kommunales: Nein!)

Wir wussten, wie viele in etwa kommen sollten, die Zahlen waren klar. Es war auch ordentlich vorgeplant und es konnte ordentlich gehandelt werden. Die Polizei hat ordentlich gehandelt. Deswegen danke schön an die viel Gescholtenen, die von der

rot-rot-grünen Koalition keine Bodycams bekommen, die andere Dinge nicht bekommen, aber die den Kopf hingehalten haben und sie haben ihn gut hingehalten. Danke schön.

(Beifall CDU, AfD)

Meine Damen und Herren, ich will auch noch daran erinnern, damit das nicht alles immer so schnell vorbeigeht. Sie müssen sich daran erinnern, wir haben alle mitgewirkt. Sie, Herr Minister, wissen – wir haben ja auch manche Geheimkommission, mittlerweile soll es ja wohl auch eine interministerielle Arbeitsgruppe geben –, wir haben das immer gefordert. Wir müssen alle ran, von der Justiz über die Finanzämter, über die Ordnungsämter, alle. Die Hürden müssen im Vorfeld aufgebaut werden. Und wenn die dreimal kontrolliert werden, bis sie an dem sogenannten Veranstaltungsort sind, da muss geguckt werden, wie viele Toiletten brauchen die, wie viele Abstandsflächen und, und, und. Wir kriegen die mit so einer Geschichte wie jetzt nicht noch einmal weg. Es ist leider so – das muss man noch mal konstatieren –, dass es gerade unter Rot-Rot-Grün zu einer deutschland- und europaweit bekannten Hochburg der sogenannten Rechtsrockkonzerte geworden ist, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja ein Witz!)

Das können Sie halten, wie Sie wollen. Ich behauptete das und es stimmt, dass es unter Rot-Rot-Grün dazu gekommen ist, dass Thüringen leider Gottes hierzu geworden ist. Das ist besorgniserregend. Ich erinnere daran: Der Ministerpräsident, ich glaube, auch der Innenminister ...

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE)

– Du wolltest doch heute nicht mehr schreien vor 19.00 Uhr. – Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hatte angekündigt, das Versammlungsrecht zu ändern. Der Innenminister hat sich vorsichtig verhalten. Am Ende haben sie beide zurückgezogen und nichts gemacht, weil es sehr schwierig ist. Ja, aber wer was verkündet und dann zieht er es wieder zurück, muss gute Argumente haben, dass er es den Leuten überbringt. Deswegen, meine Damen und Herren, denke ich mal, ist der Ansatz vollkommen richtig: Alle gemeinsam was versuchen, das beizeiten versuchen, dass alle zusammenhalten und zusammenarbeiten. Aber da gehört es auch dazu, wenn ich das am Ende noch mal anmerken darf: Wenn natürlich Jugendorganisationen von Linken, Grünen und SPD den österreichischen Kanzler und EU-Ratsvorsitzenden hier als „Baby-Hitler“ bezeichnen, meine Damen und Herren, das bringt uns

**Vizepräsidentin Marx:**

Herr Fiedler, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

auch kein Stück weiter. Da sollten Sie mal in sich gehen, Herr Adams, dass Sie solche Dinge in Zukunft unterlassen. Da kommen wir auch kein Stück weiter.

(Beifall CDU)

Danke an alle, die mitgeholfen haben, das zu verhindern. Es wird ein schweres Stück Arbeit werden, das weiterhin aufrechtzuerhalten. Hoffentlich gelingt es uns.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marx:**

Als nächster Redner hat Abgeordneter Möller von der AfD-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Möller, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, mir ist schon klar, dass die Verhinderung der Veranstaltung des Rechtsrockkonzerts in Mattstedt für Sie ein großer politischer Erfolg ist.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Für Sie nicht, ne!)

Da haben Sie sich auch alle Mühe gegeben und Sie sind dabei weit über das verfassungsrechtlich zulässige Maß hinausgeschossen.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ja, lachen Sie ruhig.

Der Innenminister hat schon Anfang letzter Woche angekündigt, diesen Rechtsrockkonzerten mit Auflagen – versammlungsrechtlichen Auflagen – ihre Attraktivität zu nehmen. Hierzu zählt nach weiteren Zeitungsberichten zum Beispiel, die Teilnehmerzahl durch ein strenges Parkverbot zu begrenzen. Der Veranstaltungsort in Mattstedt wäre für die Teilnehmer nur zu erreichen gewesen, wenn sie über die dicht befahrene Bundesstraße von Apolda hingelaufen wären.

Ja, da können Sie jetzt Ihre Geräusche von sich geben, aber das ist zumindest insofern eine interessante Auflage, als man mal wieder darüber diskutieren könnte, ob nicht Auflagen grundsätzlich Ordnung und Sicherheit gewährleisten sollen oder beispielsweise eine Straßenverkehrssituation schaffen sollen, die beispielsweise unfallgeneigter ist.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Entschuldigung, es waren 4 Kilometer für die Teilnehmer des Rechtsrockevents und 8 Kilometer für die Gegemonstranten vorgesehen! Sie kennen wohl die Auflagen nicht?)

Da muss ich schon mal fragen, was ist denn das für eine seltsame Auflage. Aber es wurde auch gesagt, es war nicht Primäraufgabe dieser Auflage, Ordnung und Sicherheit zu garantieren, sondern die Attraktivität der Veranstaltung, der Versammlung zu mindern. Dafür sind Auflagen – versammlungsrechtliche Auflagen – nicht da, meine Damen und Herren. Das ist verfassungswidrig. Das Gleiche gilt auch für Verkehrssicherheitskontrollen, Herr Minister.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist aber Ihre Behauptung!)

Wenn Sie bereits am 8. August im Interview bei „Spiegel Online“ eine sogenannte Politik der Nadelstiche ankündigen, zu der unter anderem zählt, dass Autos von Neonazis vermehrt kontrolliert werden und geprüft wird, ob Autoreifen abgefahren sind, dann ergeben sich

(Zwischenruf Maier, Minister für Inneres und Kommunales: Alle Autos werden kontrolliert!)

– aber Sie haben es anders gesagt, im Spiegel-Interview steht es anders – nämlich – vorsichtig ausgedrückt – erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines entsprechenden Vorgehens. Denn Verkehrssicherheitskontrollen, meine Damen und Herren, sind nicht dazu da, Veranstaltungen unattraktiv zu machen. Es gibt auch keine diskriminierungsfreie Vermutung, dass Autos von anreisenden Rechtsextremisten weniger verkehrssicher sind als von anreisenden Linksextremisten, die gegen die Veranstaltung demonstrieren.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, man muss es sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Dieselben Leute, die den Missbrauch von Auflagen feiern, weil sie ein Rechtsrockkonzert verhindern, die finden es andererseits berufsmäßig ziemlich empörend, wenn die Polizei bestimmte Ethnien stärker kontrolliert als die deutsche Bevölkerung, obwohl es dafür durchaus Sachgründe gibt. Da merkt man die Janusköpfigkeit in Ihrer Argumentation

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch mal einen Sachgrund!)

und auf welchen Pfaden Sie wandeln.

(Beifall AfD)

Denn, meine Damen und Herren, Sie haben bei der Verhinderung des Rechtsrockkonzerts – das müssen Sie sich einfach mal ans Jackett kleben – auf Mittel der Schikane zurückgegriffen, ohne Zweifel auf Mittel der Schikane. Das ist ein evident verfassungswidriges Verhalten, egal welchen Gegner es trifft.

(Beifall AfD)

**(Abg. Möller)**

Nach genau dem Prinzip, meine Damen und Herren, hat die DDR funktioniert.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE:  
Sie haben doch gar keine Ahnung davon!)

Auch da gab es eine Verfassung, auch da gab es formal ein Versammlungsrecht – was unserem nicht mal so unähnlich war –

(Unruhe DIE LINKE)

auf dem Papier. Aber es gab eben auch einen gesellschaftlichen Rahmen, in dem definiert worden ist, was gut und was schlecht ist. Was vom Politbüro als schlecht eingeordnet wurde, das ist nach Kräften schikaniert worden, egal, was in der Verfassung stand. Genau diesen Pfad, den haben Sie natürlich nicht in der Intensität der DDR beschritten, aber vom Grundsatz her haben Sie dieselbe Richtung eingeschlagen. Das ist ein schwerer rechtsstaatlicher Fehler. Sie haben dem Gebot rechtsstaatlichen Handelns zeitlich und auf bestimmte Leute bezogen einen Dispens erteilt. Das ist eigentlich nicht hinnehmbar, denn Ihnen steht es nicht zu, zu überlegen, wer beispielsweise von der Verfassung geschützt wird und wer nicht.

(Beifall AfD)

Dann kann man natürlich viel herummoralisieren, dass es doch eigentlich um Menschenfeinde geht, die den Rechtsstaat abschaffen wollen, die da eine Veranstaltung machen wollten.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Sind die 5 Minuten denn noch nicht rum?)

Meine Damen und Herren, diese Leute, die da diese Veranstaltung gemacht haben, Neonazis, Rechtsextremisten, Rechtsradikale, ich weiß es nicht, wer da alles dort war, die haben gar nicht die Gelegenheit,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das sind die AfD-Wähler von morgen!)

den Rechtsstaat abzuschaffen. Aber Sie haben die Gelegenheit und leider gehen Sie mit dieser Gelegenheit auch sehr fahrlässig um. Das hat das Vorgehen hier gezeigt.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Marx:**

Als nächste Rednerin erhält Abgeordnete Henfling von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Entschuldigt er sich schon beim Innenminister?)

**Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Präsidentin, natürlich ist es erfreulich – und

den Dank, den richte ich an alle Beteiligten –, dass am Samstag keine Rechtsrockveranstaltung in Mattstedt stattgefunden hat, dass diese verhindert wurde.

Herr Fiedler, ja, wir haben Glück gehabt, dass das passiert ist. Aber um zu diesem Glück zu gelangen, mussten einige Menschen etwas tun. Das ist das, was neu an dieser Sache ist und was es notwendigerweise braucht, dass die Beamtinnen und Beamten, aber dass auch Zuständige in den Kommunen und Zuständige auf Landesebene sich darum bemühen, dass wir Lücken finden. Das ist in diesem Fall passiert und war erfolgreich. Da gilt es, klar Danke zu sagen, weil das aufwendig ist und viel Zeit und Spitzfindigkeit bedarf.

Herr Möller, ich sage mal so, Sie haben es ja jetzt tatsächlich geschafft, nicht mal mehr einen Hehl daraus zu machen, dass Sie eigentlich mit diesen Rechtsrockkonzerten gar kein Problem haben

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dass Sie der Meinung sind, dass die Verhinderung von menschenverachtenden Parolen, Ideologien und deren Austragung auf solchen vermeintlichen Konzerten nicht so schlimm ist wie, dass sich Demokratinnen und Demokraten darum bemühen, dem etwas entgegenzusetzen. Ich finde, damit haben Sie eigentlich entlarvt, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Dazu hat er doch gar nichts gesagt!)

Wenn Sie wirklich, tatsächlich, ernsthaft Rot-Rot-Grün die Abschaffung des Rechtsstaats vorwerfen, dann empfehle ich Ihnen eine Lektüre einiger Tweets Ihrer Kolleginnen und Kollegen

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie haben nicht zugehört!)

vom Wochenende in Bezug auf Chemnitz,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er kann doch seine eigenen Tweets lesen!)

die aus meiner Sicht mindestens knapp daran vorbeischrannen, zur Selbstjustiz aufzurufen, und die ganz offensichtlich die Stimmung in Chemnitz per Tweet mit angeheizt haben. Ich zitiere da mal den Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier: „Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach! Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringenden/die Messermigration zu stoppen.“ Das ist eine Infragestellung des Rechtsstaats und das ist tatsächlich ein Aufruf – aus meiner Sicht – zur Selbstjustiz.

**(Abg. Henfling)**

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Problem, Herr Möller, und das sind Ihre Kolleginnen und Kollegen der AfD.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Absage dieses Rechtsrockkonzerts in Mattstedt gelungen ist, habe ich schon positiv kommentiert. Das heißt aber vor allen Dingen, dass wir da nicht nachlassen dürfen. Es ist falsch, Herr Fiedler, wenn Sie sagen, unter Rot-Rot-Grün gibt es jetzt ein Blühen des Rechtsrocks. Den gab es auch schon unter der CDU-Regierung. Die Immobilien in Thüringen sind zu großen Teilen unter CDU-Regierung gekauft worden. Ich sage mal so: Es hilft uns, glaube ich, allen nicht, wenn wir uns gegenseitig immer zuschieben, wer nun am meisten dafür gesorgt hat, dass die Nazis Raum haben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in Thüringen Neonazis einen großen Raum haben, dass sie diesen großen Raum nutzen und dass dieser große Raum dazu führt, dass sie ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten können, dass diese menschenverachtende Ideologie tatsächlich auch in Taten umgewandelt wird, nämlich in das, was wir in Chemnitz sehen, das ist eine unmittelbare Folge auch genau dieser Verbreitung dieser Ideologie, und vor allen Dingen, dass vermeintliche Demokratinnen und Demokraten oder die, die sich dafür halten, auf diesen Zug mit aufspringen. Dann muss man eben auch beispielsweise Herrn Seehofer mit in Haftung nehmen. Eine Verschärfung des Tons im Umgang miteinander, in dem Sprechen miteinander führt dazu, dass Menschen sich auf die Straße begeben und tatsächlich dem, zu dem sie verbal aufgerufen werden, folgen und übergriffig werden, auch gegenüber Menschen, Menschenjagd betreiben. Da ist das Wort sozusagen die Musik dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das gilt es ganz klar einzugrenzen, nicht nur in der Frage, wie wir selbst über bestimmte Sachen reden, sondern eben auch bei der Frage, wie wir solche Rechtsrockkonzerte einschränken und möglichst sogar verhindern.

Der größte Dank gilt an dieser Stelle vor allen Dingen den zivilgesellschaftlich engagierten Menschen in Thüringen, sowohl in Mattstedt als auch in anderen betroffenen Gemeinden. Kirchheim und Themar seien hier genannt, aber zum Beispiel am Samstag auch Leinefelde, wo schon wieder der Eichsfeldtag von Thorsten Heise stattfindet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Menschen gehören unterstützt und – ich sage mal – da ist noch Luft nach oben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit gucke ich sehr gern auch in den CDU-Block. Ich glaube, auch die Mattstedterinnen und Mattstedter hätten sich mehr Unterstützung vonseiten

der CDU gewünscht. Ich glaube auch, dass wir in Zukunft die Zivilgesellschaft besser unterstützen müssen, wenn es beispielsweise um die Anmeldung von Versammlungen und Gegendemonstrationen geht.

(Unruhe CDU)

Herr Mohring, wenn Sie so in den Bart nuscheln, den Sie nicht haben, dann versteht man Sie immer so schlecht. Ich bin gern offen für Ihre Kommentare, aber da muss ich sie auch hören.

Ich glaube, dass es wichtig ist, diese Menschen besser zu unterstützen. Da müssen wir eben auch zum Beispiel die Ordnungsbehörden stärker darauf hinweisen, was denn tatsächlich die Rechte und Pflichten von zivilgesellschaftlich engagierten Menschen sind. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marx:**

Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete König-Preuss von der Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, als Erstes: Das Entscheidende an der Rede des Abgeordneten Möller von der AfD war, dass man gemerkt hat, dass er keine Haltung zum Thema „Rechtsrockkonzerte hier in Thüringen“ hat. Das ist, glaube ich, das Entscheidende,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Ich habe eine Haltung zum Rechtsstaat, nicht zum Rechtsrockkonzert! Das ist ein Unterschied!)

nämlich dass alle anderen sich hier klar positioniert haben.

Das Zweite zu seiner Rede: Er erklärt, dass die Entscheidung, das Rechtsrockkonzert dort nicht stattfinden zu lassen, verfassungswidrig und schikanös wäre. An der Stelle nur mal der Hinweis: Zwei Gerichte haben das bestätigt. Ich frage mich, wie Sie da auf die Idee kommen, das Ganze wäre verfassungswidrig und/oder schikanös.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Herrn Fiedler: Ich kann Ihnen nur zustimmen. Ja, das war pures Glück am Sonnabend. Das hat auch etwas damit zu tun, dass akribisch gearbeitet wurde, um genau auf diesen einen Glückspunkt – nenne ich es jetzt mal – zu stoßen, sowohl durch das Innenministerium als auch durch andere beteiligte Behörden. An der Stelle vielleicht auch mal – Herr Maier ist ja schon gelobt worden – das Lob an den Leiter der Abteilung 2 des Innenministeriums, der da sehr viel Engagement mit reingesteckt hat.

**(Abg. König-Preuss)**

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Und ja, es ist nichts, was wir uns hier für die Zukunft in irgendeiner Form auf die Schultern schreiben können, wo wir sagen können, das haben wir erreicht, sondern das war eine Ausnahmesituation. Die Regelsituation ist eine andere. Die Regelsituation war am Sonnabend dann in Kloster Veßra zu beobachten. Die Regelsituation wird am kommenden Sonnabend in Leinefelde zu beobachten sein, nämlich wenn dort Neonazis innerhalb des Rahmens des Versammlungsrechts Rechtsrockkonzerte durchführen und es dort eben nicht die Möglichkeit gibt, mit entsprechenden Glücksfällen/Glücksmomenten über Grundstücke, Eigentum und Ähnliches mehr dort zu agieren. Da, glaube ich, ist es notwendig – und das ist etwas, was wir zumindest als Fraktion schon länger fordern –, dass man genau dieses bis zum Bundesverfassungsgericht mal durchklagt, damit es beim Bundesverfassungsgericht mal vorliegt, damit die sehen, was denn dort stattfindet, was für Eintrittspreise werden erhoben, wie ist der Anteil der Reden, der Anteil der Musiker, der Anteil dessen, was dort am Ende als Hassideologie verbreitet wird, und der Anteil dessen, wo sozusagen Neonazis nur feiern und sich zum Teil auch noch unter dem Deckmantel des Versammlungsrechts die Köpfe zukippen und alkoholisiert dann diverse Straftaten begehen – wobei sie das auch nicht alkoholisiert tun.

Darum bitte ich, dass durch eine Versammlungsbehörde mit Unterstützung des Innenministeriums versucht wird, diesen Gerichtsprozess bis zum Ende durchzuklagen, um dann zu schauen, ob es möglich ist, dass das Bundesverfassungsgericht dazu vielleicht auch mal urteilen und sagen kann, ja, das ist vom Versammlungsrecht noch gedeckt, oder nein, ist es nicht.

Das ist nichts, was wir nur in Thüringen und nur auf Landesebene entscheiden und feststellen können. Das sei wenigstens als Anmerkung an Sie, Herr Fiedler, hier wohlgemeint.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das schmerzt, das schmerzt! Das schmerzt!)

Ich muss Sie an einer Stelle richtig kritisieren. Zu erwähnen, dass Thüringen unter Rot-Rot-Grün zum Rechtsrockland geworden wäre, ist am Ende nichts anders als Geschichtsklitterung. Ich kann Ihnen dafür jetzt ein paar Beispiele bringen. Das größte Beispiel wäre „Rock für Deutschland“ der NPD im Jahr 2009 in Gera, zu dem 4.000 Neonazis aufliefen. Ich kann Ihnen aber auch das Beispiel Pößneck 2005 nennen, das Lunikoff-Landser-Abschiedskonzert, bevor er ins Gefängnis gegangen ist, wo an die 2.000 Neonazis aufgelaufen sind.

Ein entscheidender Punkt vielleicht noch, Herr Fiedler: Ich glaube, da ist es wirklich nicht sinnvoll, wenn wir uns hier an der Stelle in irgendeiner Form

unterstellen, wer jetzt mehr Schuld hat oder weniger. Immer zuständig im versammlungsrechtlichen Rahmen für diese Konzerte, damals und zum überwiegenden Teil auch heute, sind Landräte der CDU.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jetzt machen Sie genau das, was Sie mir vorwerfen!)

An der Stelle würde ich mir wünschen, dass Sie nicht so agieren und sagen, Sie sind schuld und was weiß ich, sondern dass wir einfach mal bei den Fakten bleiben und dann auch schauen, wo macht es Sinn, gemeinsam zu agieren und gemeinsam zu probieren, das zu verhindern.

Eine Sache, die überhaupt keinen Sinn macht und die mich – und ich glaube, nicht nur mich – sehr wütend gemacht hat, war heute in der dpa zu lesen, und zwar die Forderung des Innenministers im Nachgang von Mattstedt, mehr Personal für den Verfassungsschutz zu bekommen –

(Beifall CDU, SPD)

als ob der Verfassungsschutz an irgendeiner Stelle irgendwas damit zu tun gehabt hätte, dass diese Rechtsrockveranstaltung in Mattstedt verboten wurde bzw. am Ende nicht stattgefunden hat! Als ob der Verfassungsschutz in den letzten Monaten und Jahren an irgendeiner Stelle bewiesen hat, dass er kompetent wäre, wenn es darum geht, sich mit Neonazis, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Weiterem mehr zu befassen!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen –

**Vizepräsidentin Marx:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:**

ja, ich komme zum Schluss – nur ein Beispiel nennen. Wenn gemeint wird, dass der Verfassungsschutz nicht gut genug aufgestellt wäre, dann empfehle ich eins: Ziehen Sie diejenigen ab, die in den Monatsberichten unter anderem solche diskreditierenden Äußerungen verbreiten, dass es in Jena oder auch in Weimar

**Vizepräsidentin Marx:**

Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:**

Linksextremisten gäbe im Bündnis „Bürgerbündnis Weimar gegen Rechts“ oder auch im Bündnis „Läuft nicht“. Bilden Sie die vielleicht auch entsprechend aus und ziehen Sie die auf die richtigen Stellen, anstatt hier neues Personal zu fordern, wo wir

**(Abg. König-Preuss)**

alle wissen, wohin das führt – nicht dazu, dass die Situation in Thüringen besser wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marx:**

Frau König-Preuss, Ihre Redezeit ist zu Ende. Für die Landesregierung erteile ich dem Innenminister Herrn Maier das Wort.

**Maier, Minister für Inneres und Kommunales:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es ist heute schon mehrfach angekommen: Eine kleine Gemeinde im Weimarer Land hat den Neonazis erfolgreich die Stirn geboten. Es gibt zwei Gründe, warum uns das gelang. Einmal, weil es uns erstmals sehr gut gelungen ist, über alle staatlichen Verwaltungsebenen hinweg bis zum Bundesfinanzministerium zusammenzuarbeiten, vertrauensvoll und intensiv. Und es ist uns gelungen, weil vor Ort auch ein durchaus spürbarer friedlicher Protest organisiert werden konnte. Beides war Bestandteil des Erfolgs.

Ich möchte an dieser Stelle natürlich nicht versäumen, ausdrücklich denjenigen zu danken, die mit mir zusammen diesen Weg gegangen sind. Das sind in erster Linie der Ortsbürgermeister Schuchert, der Bürgermeister der Landgemeinde, Herr Gottweiss, und die Landrätin, Frau Schmidt-Rose. Es ist kein Geheimnis, dass diese drei Personen der CDU angehören.

(Beifall CDU)

Es ist auch ein wichtiges Signal, dass alle demokratischen Parteien hier gemeinsam und gut zusammen gearbeitet haben.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist es gelungen? Auch das ist schon gesagt worden: Wir haben durch Recherchen herausgefunden, dass es, was die Eigentumsrechte angeht, eine Möglichkeit gab, hier anzusetzen. Herr Möller, wenn Sie den Eindruck erwecken wollen, dass ich nicht auf dem Boden des Rechtsstaats agiere, ist das eine Unverschämtheit.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Wir haben einfach nur das getan, was unsere Pflicht ist, Eigentumsrechte zu schützen.

(Beifall CDU)

Wenn diese Neonazis sich auf einem Gelände aufhalten, was ihnen nicht gehört, wo sie keinen Zu-

griff drauf haben, dann gehen sie auf dieses Gelände nicht drauf.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Dagegen habe ich nichts gesagt!)

Wenn Sie den Eindruck erwecken wollen, dass das Trickserie gewesen sein soll, dann ist das, wie gesagt, eine Unverschämtheit.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das habe ich nicht gesagt!)

Das lasse ich mir von Ihnen – gerade von Ihnen – nicht bieten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Miteigentümerin gewesen und sie hat einfach nur das getan, was sie tun muss, ihre Eigentumsrechte gewahrt. Das hat gut funktioniert und die Gemeinde hat mutig – mutig, weil wir nicht wussten, ob wir da vor Gericht auch bestehen, weil es im Rechtsstaat natürlich so ist, dass Gerichte auch unser Handeln überprüfen. Das hat stattgefunden. Vor Gericht haben wir es geschafft, für die restlichen Grundstücksanteile dann eine Sicherstellung zu erreichen, und die Neonazis durften nicht auf das Gelände – Punkt, aus, vorbei. So war es.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das hat keiner kritisiert! Es ging um die Auflagen!)

Was die Thematik von Auflagen angeht, auch das ist eine Möglichkeit, die der Rechtsstaat bietet.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Verkehrssicherheitskontrollen!)

Das Ordnungsrecht ist auch Bestandteil.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Nein, aber nicht so!)

Doch, natürlich. Der Rechtsstaat hat ein gutes Recht darauf, zu prüfen, ob die Reifen dieser Teilnehmer abgefahren sind oder nicht.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich den eingesetzten Polizistinnen und Polizisten. An diesem Wochenende waren alle dabei, ausgenommen die, die tatsächlich im Jahresurlaub waren. Über 2.500 Vollzugsbeamte haben an diesem Wochenende Dienst getan für uns, für unser Land, für diese Verfassung. Das war ein sehr, sehr positives Signal. Sie haben einen hervorragenden Job gemacht. Denn sie mussten sich natürlich sehr flexibel wieder auf die neue Lage einstellen und haben das getan, weil es dann nicht mehr darum ging, sage ich mal, diese Versammlung zu begleiten, sondern letztendlich auch dafür Sorge zu tragen, dass gewaltbereite Rechtsextremisten nicht nach Mattstedt kommen –

**(Minister Maier)**

und ich empfehle Ihnen einfach mal, kommen Sie mal zu einem Rechtsrockkonzert,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Nein, da gehe ich nicht hin!)

machen Sie sich doch selbst mal einen Eindruck von den Leuten, die da sind. Schauen Sie sich doch mal die Tattoos an.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Nein, das interessiert mich nicht!)

Das interessiert Sie nicht?

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Nein!)

Schauen Sie sich mal die Tattoos von den Leuten an, die da sind. Das sind Verfassungsfeinde.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Mag ja sein, aber nicht jeder Zweck heiligt die Mittel!)

Deswegen setzen wir den Rechtsstaat dafür ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Rechtsstaat muss agieren können. Dazu gehört auch, dass die Polizei so ausgestattet ist, dass wir solche Lagen beherrschen. Wir waren an der Leistungsgrenze, das muss man so sagen. Wir waren sehr dankbar, dass uns andere Bundesländer unterstützt haben. Aber grundsätzlich muss es so sein, dass wir in Thüringen auch weitgehend in der Lage sind, solche Situationen selbst zu beherrschen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen in der Lage sein, das Gewaltmonopol des Staats durchzusetzen – knallhart. Denn das, was sich gerade in Chemnitz abgespielt hat, war grenzwertig. Hier geht es auch darum, deutlich zu machen, wo die Grenze liegt. Das ist in Mattstedt deutlich geworden. Das Gewaltmonopol des Staats war hier überhaupt nicht infrage gestellt. Deswegen brauchen wir auch für die Zukunft mehr Polizei. Wir haben reagiert. Wir werden nächstes Jahr 300 Anwärter einstellen. Und es tut mir leid, ich bleibe dabei: Wir brauchen auch einen leistungsfähigen Verfassungsschutz.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das muss dir nicht leidtun!)

Wenn hier behauptet wurde, der Verfassungsschutz habe nichts dazu beigetragen, dass die Lage beherrschbar war, dann ist das einfach nicht zutreffend.

(Beifall CDU, SPD)

Wir waren sehr, sehr dankbar für die Hintergründe, die letztendlich auch vonseiten des Verfassungsschutzes geliefert wurden. Auch die haben einen

guten Job an dieser Stelle gemacht, was nicht heißt, dass es in der Vergangenheit zu Schwächen gekommen ist, die abgestellt werden müssen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jawohl!)

Da bin ich vollkommen Ihrer Meinung.

Was das weitere Vorgehen anbelangt: Das Versammlungsrecht ist natürlich ein schwieriges Rechtsgebiet, wo wir Schwierigkeiten haben, letztendlich solche Versammlungen auch zu verhindern. Und ich will so etwas verhindern, Herr Möller.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das glaube ich Ihnen, aber es hat Grenzen!)

Das Gesetz zu ändern, ist nicht der richtige Weg. Davon bin ich überzeugt. Aber die Rechtsprechung kann sich weiterentwickeln und das wird sie auch. Es ist auch mein Ziel, einen Fall vor das Bundesverfassungsgericht zu bekommen. Das kann nur die Landesregierung nicht machen, dieser Weg steht uns nicht offen. Das muss eine Bürgerin, ein Bürger machen. Ich glaube, es ist der richtige Ansatz, noch mal deutlich zu machen, dass es hier ums Geldverdienen geht. Das ist eine kommerzielle Veranstaltung nach meinem Dafürhalten. Die Gelder, die da eingenommen werden, die dienen dazu, rechtsextreme Strukturen auszubauen, und die dienen dazu, dass sich diejenigen, die Rädelsführer, persönlich bereichern. Darum geht es auch und deswegen ist dieses Phänomen so stark am Wachsen, weil es auch ums Geldverdienen geht.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir vonseiten der Landesregierung werden die notwendigen Schritte einleiten, um diesen Umtrieben ein Ende zu bereiten. Danke schön.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marx:**

Die Redezeiten waren erschöpft und damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet. Ich schliesse diesen Tagesordnungspunkt und damit auch die heutige Sitzung.

Ich darf Sie noch mal an den parlamentarischen Abend erinnern – um 19.00 Uhr, das ist ja nicht mehr lange hin. Wir treffen uns hier morgen um 9.00 Uhr zur nächsten Plenarsitzung wieder.

Ende: 18.42 Uhr